

Materialien zu Studentenbewegung und Hochschulpolitik in Hamburg

Teil 4: Das Attentat auf Rudi Dutschke und die Osterunruhen Mitte April 1968

Von [Jürgen Schröder](#), Berlin

Dieser vierte Teil der Darstellung zur [Hamburger Studentenbewegung](#) umfasst nach der Darstellung zum durch inhaltliche Auseinandersetzung mit der braunen Vergangenheit des akademischen Lehrkörpers und der Agitation der Hamburg Bevölkerung geprägten [Wintersemesters 1967/68](#) allein den Protest gegen den Anschlag auf [Rudi Dutschke](#). Bei diesen kommt es, wie bereits bei den Protesten im Juni 1967 zu heftigen Attacken der Polizei auf die Protestierenden, aber offenbar erstmals auch zu Steinwürfen, wobei deren Urheberschaft umstritten scheint. Hervorzuheben sind sowohl die Vorbeugehaft gegen SDS-Mitglieder als auch die Vorsicht und Zögerlichkeit des AStA bei der Vorbereitung weiterer Aktionen (vgl. 17.4.1968), wie sie dann aber doch anlässlich des [1. Mai und der Notstandsgesetze \(NSG\)](#) organisiert werden. Wie bereits 1967 verbreitet der AStA wiederum Zeugenaussagen (vgl. 22.4.1968) und wendet sich sowohl an die Presse (vgl. 19.4.1968) als auch an die Bevölkerung (vgl. 18.4.1968, 25.4.1968).

Erste Verurteilungen gegen die Protestbewegung erfolgen ebenfalls in diesem Zeitraum (vgl. 20.4.1968).

An der Aprilausgabe des 'Auditorium' (vgl. 22.4.1968), die wesentlich den Osterereignissen gewidmet ist, wird die plötzliche Wichtigkeit der Gewaltfrage deutlich, aber auch die internationale Dimension der Studentenbewegung, die mittlerweile auch den Ostblock erfasst hat, die weitere Präsenz der Moskautreuen Kräfte in der APO über kurz oder lang in Frage stellend, kann aus dieser Ausgabe der Hamburger Studentenzeitschrift ersehen werden.

Auszug aus der Datenbank „Materialien zur Analyse von Opposition“ (MAO)

11.04.1968:

In Hamburg findet, laut Detlev Albers, in der Innenstadt eine erste spontane Demonstration gegen das Attentat auf Rudi Dutschke statt. Es rufen SDS, SHB und AStA zur Demonstration auf.

Laut AStA der Uni (vgl. 22.4.1968) fliegen am Gänsemarkt an der Hamburger Abendblatt-Filiale erste Steine. Dies seien die ersten Steinwürfe in Hamburg überhaupt.

Laut AStA der Uni (vgl. 25.4.1968) protestieren in der Hamburger Innenstadt 500 spontan gegen das Dutschkeattentat. Steinwürfe seien von einem 'Geheimpolizisten' bzw. von einem Polizisten in Zivil durchgeführt worden.

Quellen: Zur Sache, Hamburg 25.4.1968, S.1; Partisan Nr.2, Hamburg o. J., S.51; AStA-Dokumente Nr.1, Hamburg 22.4.1968

12.04.1968:

Vermutlich heute erscheint in Hamburg ein Flugblatt "Mordanschlag auf Dutschke", mit dem

die Humanistische Studenten-Union (HSU), der SDS, der SHB, der Liberale Studentenbund Deutschlands (LSD) und der AStA der Universität zur Demonstration um 19 Uhr ab Moorweide aufrufen.

Laut AStA der Uni (vgl. 25.4.1968) beginnt die Polizei ein "sinnloses Gemetzel" am Valentinskamp. Vor dem Polizeihochhaus seien 1200 Demonstranten eingekesselt und zusammengeschlagen worden.

Laut Detlev Albers gelingt es 1 000 Demonstranten längere Zeit über den Hauptausgang des Springerkonzerns an der Kaiser-Wilhelmstraße zu blockieren.

Q: HSU, SDS, SHB, LSD, AStA Uni Hamburg: Mordanschlag auf Dutschke, o. O. o. J.; Zur Sache, Hamburg 25.4.1968, S.1; Partisan Nr.2, Hamburg o. J., S.51f.; AStA-Dokumente Nr.1, Hamburg 22.4.1968

4/68

Mordanschlag auf Dutschke

Die Saat der Gewalt ist aufgegangen.
Rudi Dutschke wurde in der "freien" Stadt Berlin auf offener Straße niedergeschossen.

Die Verantwortlichen kondolieren und eilen ans Krankenbett. Sie nennen den Mordanschlag die Wahnsinnstat eines Einzelnen und wollen von ihrer eigenen Schuld ablenken.

Sie wollen davon ablenken, daß der Mordanschlag auf Dutschke die unmittelbare Folge der von dem Berliner Senat und seiner Springer-Presse seit langem betriebenen antistudentischen Programmetze ist.

Der Ruf: "Schlagt Dutschke tot !" wurde schon tausendfach am 21. Februar vor dem Schöneberger Rathaus auf der "Freiheitskundgebung" des Berliner Senats angestimmt.

Die Wut des "gesunden Volksempfindens" — aufgestachelt von Schütz, Neubauer, Springer und ihren Helfershelfern — begnügte sich am 21. Februar noch mit dem Verprügeln von Ersatz-Dutschkes. Nun hat sie ihr wirkliches Opfer gefunden.

Und die wahren Urheber dieser Pluttat drücken biedermännlich ihr Bedauern aus...

Gestern Benno Ohnesorg, heute Rudi Dutschke, — wer wird der Nächste sein ?

Wir rufen Sie auf :

Protestieren Sie mit uns gegen die vom Berliner Senat unterstützte Faschisierung der Bevölkerung !

Leisten Sie mit uns Widerstand gegen den Meinungsterror der Springer-Presse !

Bekunden Sie mit uns Ihren Abscheu gegen die Bluttat von Berlin auf der Protestversammlung

heute - 19⁰⁰ - Moorweide

Verantwortlich: Humanistische Studenten-Union (HSU), Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS), Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB), Liberaler Studentenbund Deutschland (LSD), AStA der Universität Hamburg.- H.Duchrow
Druck: Eigendruck.

15.04.1968:

In Hamburg findet, laut Detlev Albers, eine weitere Demonstration gegen das Attentat auf Rudi Dutschke statt, die von der Abschlußkundgebung des Ostermarsches 1968 auf der Moorweide startet und 4 – 5 000 Teilnehmer hat. Gegen Mitternacht erfolgt vor dem Polizeipräsidium der blutigste Polizeieinsatz der Ostertage überhaupt gegen ca. 1 500 Menschen, die vor dem Polizeipräsidium die Freilassung der vorbeugend inhaftierten SDS-Mitglieder fordern.

Q: Partisan Nr.2,Hamburg o. J.,S.52f; AStA-Dokumente Nr.1,Hamburg 22.4.1968

17.04.1968:

In Hamburg findet, laut Detlev Albers, ein Teach-In statt, auf dem der AStA vor über 2 000 Studenten sein Konzept der Demonstrationspause begründet.

Der AStA der Universität Hamburg sowie die Gewerkschaftliche Studentengruppe (GSG) der Universität und der Akademie für Politik Hamburg veröffentlichen von diesem Teach-In den Beitrag von Otto Köhler über die Rolle des Springerkonzerns.

Auf dem Teach-In wird Geld gesammelt für eine erste Ausgabe der AStA-Zeitung für die Hamburger Bevölkerung, 'Zur Sache' (vgl. 18.4.1968).

Quellen: Partisan Nr.2,Hamburg o. J.,S.53; AStA der Universität Hamburg, die Gewerkschaftliche Studentengruppe der Universität und der Akademie für Politik: Presserklärung von Otto Brenner,Hamburg o. J. (1968); Unilife,Hamburg April 1968,S.2

Presseerklärung von Otto Brenner

Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, hat am 13.4.68 in Frankfurt seine Abscheu vor dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke und seine Sorgen über die Folgen zum Ausdruck gebracht. Die Schuld daran treffe jene, die besonders in Berlin gegen linke Minderheiten hemmungslos Haß gesät hätten. Bereits am Karfreitag hatte Brenner ein entsprechendes Telegramm an Frau Dutschke gerichtet.

Der Gewerkschaftsvorsitzende warnt in seiner Erklärung die Bundesregierung davor, die Studentenunruhen im Anschluß an das Attentat auf Rudi Dutschke eventuell als Vorwand für eine Forcierung ihrer Notstandspläne zu benutzen. Ein solcher Vorwand würde auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften stoßen. Andererseits müßte auch den Studenten klargemacht werden, daß sie durch bestimmte Aktionen in Gefahr gerieten, die Absichten ihrer Gegner zu fördern, der Demokratie Schaden zuzufügen und bei der Bevölkerung auf Ablehnung zu stoßen, anstatt sie für sich zu gewinnen. Brenner kündigte an, daß die IG Metall in Zukunft mehr als bisher in ihrer Presse- und Bildungsarbeit auf die Gefahren der Meinungsmanipulationen eingehen und über studentische Angelegenheiten aufklären werde. Sie werde auch wissenschaftliche Untersuchungen unterstützen, die der Überprüfung der Rolle des Hauses Springer dienen. In der Konsequenz müsse es zu einer Gesetzesinitiative des Bundestages gegen Pressemonopole kommen.

An die Polizei appellierte Brenner, bei den Auseinandersetzungen mit den Demonstranten, die von einem Grundrecht unserer Verfassung Gebrauch machten, Gewaltanwendung zu vermeiden.

Otto Köhler (Kolumnist von SPIEGEL & PARDON)

"Chronologie vom Mauerbau bis heute"
-Beitrag der Springer Zeitungen zur gegenwärtigen Bürgerkriegssituation-
Auszüge aus einem Vortrag anlässlich des Teach-In der Studentenschaft in Audi-Max der Universität Hamburg am 17.4.68

Die Springerpresse ist eine Presse, die für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit bestimmt ist. Für konfliktlose, glückliche deutsche Menschen, die nett zueinander sind. Für unglückliche Kühe, die die saftige Weide abgrasen, die für sie bestellt ist: "Bravo" für die Jungen, "Twen" für die Heranwachsenden, "Jasmin" für die Brünstigen, "Eltern" für die schönsten Jahre des Lebens und sicher auch bald "Holunder", die Zeitschrift für des Lebens Herbstjahre. Und immer "BILD" auf aller Wegen.

Aber wir leben in einer Gesellschaft, in der es Konflikte gibt, in der nicht alle nett zueinander sind. Warum? Springers Philosophie sagt: Da muß doch einer dran gedreht haben. Einer, der Schuld hat, daß wir nicht glücklich sind. Ein Volksfeind. Springer fand den einen rasch: Den Kommunismus.

In den guten alten Zeiten des kalten Krieges genügte dieser Volksfeind Springers Ansprüchen ganz: es war ein eingeführter, traditioneller Feind, den man günstig aus der Konkursmasse des vorhergehenden Reiches übernehmen konnte. Springer, von Haus aus edelmütig, gab diesem Feind eine Chance, er flog vor Jahren nach Moskau und bot den Russen großzügig Versöhnung an. Als ihm die Sowjets aber nicht Ulbrichts Kopf vor die Füße legen wollten, nahm er es sehr übel. Er gab Anweisung, die Situation in Berlin "bis zum Knall" anzuheizen. Während sich seine Blätter früher wenig um Flüchtlingszahlen gekümmert hatten, produzierte er jetzt mit den Schlagzeilen von "BILD" und "BZ" Alarmstimmung: "Flüchtlingsstrom verdoppelt", "Massenflucht", "In der Zone Alarmstimmung", "Die Flucht wird zur Lawine". Das Ergebnis: Die Schlagzeilen trieben die zurückgegangenen Flüchtlingszahlen wieder in die Höhe. Die Mauer wurde gebaut. Und sie hat, so scheußlich sie ist, den Bürgerkrieg verhindert, dem uns Springers Anheizen bis zum Knall mit Sicherheit beschert hätte.

Es kam die bittere Zeit der Entspannung. Die Mauer machte aus dem feindlichen Gegeneinander der deutschen Staaten ein feindliches

Nebeneinander. Der Kommunismus als Volksfeind hatte an die Unmittelbarkeit verloren. Und da traf es sich gut, daß just zu dieser Zeit eine unerfreuliche Politisierung der Studentenschaft einsetzte. Springer hatte einen neuen Volksfeind - mitten in bundesdeutschen Landen.

1966 ließ eine Vietnam-Demonstration in Berlin, die mit 6 Frisch-eiern auf der Fassade des Amerika-Hauses endete, die Springerpresse erstmals studentischen Terror entdecken: "Pfu! Teufel ... Schande für Berlin...gemeingefährliche Radikale" kommentierte Springers "BZ" Seiner "Morgenpost" stieg angesichts der "schmählichen Untat" der "akademischen Kampftruppen" selbst im Nachrichtenteil die "Zornesröte ins Gesicht" und BILD drohte: "Zwei Millionen Berliner lassen sich nicht von 1500 Wirkköpfen auf der Nase herumtanzen. Sie werden dafür sorgen, daß in Zukunft ähnliche Demonstrationen die gebührende Antwort zuteil wird." Auf einer anschließenden Sühnekundgebung wurden denn auch prompt und unter Rufen wie "Hängt die Schweine auf!" Zwischenrufer zusammengeschnitten und durch die S-Bahnsperre des nahegelegenen Bahnhofs ZOO getrieben: ein Vorgang, der sich in Springers BZ so darstellte: "Einige Zwischenrufer wurden von mehreren Hundert Menschen zum S - Bahnhof gebracht, die Menge wartete, bis die jugendlichen Wirkköpfe ihre S-Bahnkarte gelöst hatten und auf dem Bahsteig verschwunden waren."

Die Reaktionen des Senats gegen die Studenten waren den Springer - Blättern lange nicht hart genug. Im Januar 1967 etwa erklärte der Senat, er werde der FU jede Unterstützung geben, "wenn ihre verfassungsmäßigen Organe gegen Störungen der verfassungsmäßigen Ordnung vorgehen". Die Morgenpost machte daraus: der Senat sage jede Unterstützung zu, "wenn es gelte, gegen Störenfriede vorzugehen". Und setzte darüber den von Herzen kommenden Imperativ "Störenfriede ausmerzen".

Durch den SPIEGEL auf die ungewöhnliche Umfälschung einer Senatserklärung in eine Liquidationsaufforderung aufmerksam gemacht, wiederholte die Morgenpost einen Monat später das gleiche Verfahren. Ein Leserbrief, der verlangt, daß die Studentenumruhen beseitigt werden, wurde in der Überschrift wiederum umgefälscht in den Imperativ: "Unruhestifter unter Studenten ausmerzen."

Um diese Forderung Nachdruck zu verschaffen, bedurfte es allerdings noch einer entsprechenden Präzisierung des Feind-Bildes. Der studentische Terror mußte allen klargemacht werden: so erschien im April 1967 Springers "Mittag" mit der Schlagzeile: "Berlin: Humphrey sollte heute ermordet werden", BILD: "Bombenanschlag auf den US-Vizepräsidenten". Und die Berliner Morgenpost mit dem Aufmacher: "Attentat auf Humphrey von Kripo vereitelt - FU-Studenten fertigten Bomben mit Sprengstoff aus Peking."

Als schon längst alle Welt darüber lachte, daß sich der Sprengstoff als nahrhafter Pudding entpuppte, ließ der "Mittag" trotzdem den Kommentar folgen: "Bomben wurden gebastelt .. mit Terror sollte Politik gemacht werden, dem muß ein Riegel vorgeschoben werden."

Der zweimalige Morgenpost-Imperativ: "Störenfriede ausmerzen" wurde am 2. Juni endlich in die Tat umgesetzt: Benno Ohnesorg wurde bei den Demonstrationen gegen den Schah von dem Polizisten Karlheinz Kurras erschossen. Am Tag danach aber mußten Berliner Zeitungsleser glauben, daß Benno Ohnesorg von seinen Kommilitonen umgebracht worden sei.

BILD-Berlin bot die Schlagzeile "Blutige Krawalle: ein Toter!" und erläuterte: "Ein junger Mann ist gestern in Berlin gestorben. Er wurde Opfer von Krawallen, die politische Halbstarke inszenierten. Gestern haben in Berlin Krawallmacher zugeschlagen. Ihnen genügte der Krach nicht mehr. Sie müssen Blut sehen ... Gestern haben bössartige und dumme Wirkköpfe zum erstenmal versucht, den Terror in den Freien Teil der Stadt zu tragen."

Die BZ meldete: "Linksradikale Störenfriede haben gestern oben .. der Polizei eine regelrechte Straßenschlacht geliefert!" Dabei "gab es ein Todesopfer" und ein BZ-Kommentar, erkennbar an die Adresse der Demonstranten und nicht die der Polizei gerichtet, erklärte: "Das ist Terror! ... Das war kriminell. Das war kriminell in übelster Weise!"

Lediglich die Berliner Morgenpost, deren Leser ohnehin ausreichend abgehärtet sind, meldete gleich, daß der Tote ein Demonstrant war. Die Todesursache konnten findige Leser hinter dem Satz vermuten: "Ein Kriminalbeamter feuerte in wirren Tumult und in dem unüberschaubaren Handgemenge einen Warnschuß ab."

Am Sonntag ließ es sich auch für die übrigen Zeitungen nicht mehr verheimlichen, daß der Tote ein Demonstrant war. Die "Welt am Sonntag" - mit eigener Berlin-Ausgabe - hatte jedoch keinen Zweifel, warum ein Kriminalbeamter "von seiner Schußwaffe Gebrauch gemacht hatte": "Er war von Demonstranten in einen Hof abgedrängt, dort festgehalten, und mit Messern bedroht worden". Zahlreiche Zeugen hatten schon längst bekundet, daß Benno Ohnesorg wehrlos von hinten aus wenigen Zentimetern Entfernung niedergeschossen wurde. Doch für Wams war die Version einer Polizei, deren märchenhafte Phantasie spätestens seit dem "Humphrey-Attentat" weltberühmt ist, die einfache und lautere Wahrheit.

Und am Montag darauf erfand BILD-Berlin die Nachricht zu der Blut-Illustration, die es zwei Tage zuvor den Studenten zukommentiert hatte; BILD-Titel: "Studenten drohen: Wir schießen zurück - sanfte Polizeiwelle". Dazu erklärt der Verfasser des Artikels, BILD-Reporter Peter Behrendt zum "Berliner Extradienst": "Ich schäme mich für meine Zeitung. Das mit dem Zurückschießen hat mit keinem Wort in meinem Artikel gestanden. Das haben die erst in der Redaktion dazugedichtet, um eine knallige Überschrift zu kriegen."

Mitte Februar 1968: Vietnam-Kongress in Berlin. Der Senat verbietet unter dem Druck der Berliner-Springer-Blätter die angekündigte Vietnamdemonstration des SDS. Das Verwaltungsgericht hebt das Senatsverbot als unzulässig auf.

Für die Berliner Morgenpost, die den Studenten oft Mißachtung der Gerichte vorgeworfen hat, ist diese Gerichtsentscheidung ein "juristischer Klimmzug", der an "gewisse Phasen der braven Selbsterstörung der Weimarer Demokratie erinnert." Die Entscheidung eines unabhängigen Gerichts wird in der Sicht der Berliner Morgenpost ein Akt anrüchigen Komplimentums: "Heute wird also, so schreibt sie, mit dem Segen des Verwaltungsgerichts in Berlin wieder demonstriert werden."

Die Morgenpost erinnert an das, was studentische Demonstranten gewöhnlich tun: "Am 2. Juni 67 endete die genehmigte Demonstration mit dem Tod des Studenten Ohnesorg." Die Morgenpost weiß "Nichts anderes ist heute zu erwarten." Die Morgenpost tut deshalb ihr Bestes, um zu verhindern, daß die Studenten einen zweiten Benno Ohnesorg umbringen, sie verlangt: "Alle Berliner stehen deshalb heute hinter der Polizei, die ihren schweren Dienst erfüllt."

Alle Berliner standen hinter der Polizei, die Unberliner demonstrierten. "Mit einiger Sicherheit" hatte sich die Morgenpost auf "Krawalle in der City" eingerichtet. Doch diese Sicherheit trug. 10.000 Demonstranten protestierten mit Disziplin. Sie ließen sich nicht zur Gegengewalt provozieren, als ihnen Transparente entrissen wurden, als man auf sie einprügelte und als Autos in ihren Zug hineinfuhren. Hätte es nicht den Volkszorn der Berliner gegeben, die Demonstration der Unberliner wäre völlig friedlich verlaufen. Und so zeigte es sich wieder einmal, daß es böse und gute Krawalle gibt. Die BZ erschien mit der Titelzeile "Das war den Berlinern zuviel!" Beglückt berichtete das Blatt: "die Empörung der Berliner, an denen die Demonstranten vorbeizogen, wuchs von Kilometer zu Kilometer. Es kam zu Zwischenfällen, Rote Fahnen wurden entrissen und verbrannt. Die Proteste häuften sich, so bekamen vor allem die Demonstrationsteilnehmer, die am Ende des Zuges zogen, die Wut der Passanten zu spüren. Denn das war manchen Berlinern zuviel." Und wie beurteilt das Blatt diesen gewalttätigen Volkszorn? Als spontane Gegendemonstration der Berliner."

Für BILD waren die Gewalttaten der Gegendemonstranten eine Form der "Ruhe" Denn die BILD-Schlagzeile lautete: "Berliner ließen sich nicht aus der Ruhe bringen." Es gab bei den Gegendemonstrationen nicht einmal Zwischenfälle. Sondern nur "beherzte Berliner", die sich "die kommunistische Demonstration nicht gefallen" ließen, die Vietcong-Fahnen wegrissen und verbrannten. Kein Terror, kein Krawall, nicht einmal ein Zwischenfall, sondern wie BILD genau wußte ganz einfach nur "Selbsthilfe", eine Formulierung, die etwa auch diskret Prügel durch Berliner Fäuste für den Kommunisten Langhans in sich einschloß.

Für die reinliche Scheidung zwischen Berlin und Unberlin sorgt die als Freiheitskundgebung bekannte Senatsdienststellenkundgebung, deren Besuch etwa den städtischen Müllarbeitern mit Überstunden-Vergütung für den durch sie entstehenden Mehrwert honoriert wurde. Schon vor der Freiheitskundgebung stand es fest: "Berliner Morgenpost: 'Morgen demonstriert Berlin für Frieden und Freiheit' und BZ: 'Berlin wird ihnen eine Antwort geben!'" "Nachdem Berlin seine Antwort gegeben hatte, war für die Berliner Morgenpost die "Bilanz der großen Freiheitskundgebung durchaus erfreulich. Es gab Freiheitstransparente der Berliner mit dem Titel: "Heute fährt Teufel zur Hölle". Ein anderes, das einer Figur am Galgen, "Glückliche Reise!" wünschte. Und Schilder mit der Aufschrift: "Dutschke raus", Dutsch

ke - Volksfeind Nr. 1".

Ein Ueberliner, der aussah wie Rudi Dutschke, wurde unter den Rufen "Lyncht ihn, hängt ihn auf!" zusammengeschlagen. Die Polizei, die dem Prügeln zumeist freundlich zuschaute, zählte am Ende 23 verletzte Opfer des unbezähmbaren freiheitswillens der Berliner. Und Springers BZ jubelte beglückt über die halbe Titelseite: "Das war die Antwort der Berliner". So geschah es sieben Wochen vor dem Attentat auf Rudi Dutschke: schon kurz zuvor hatte die BZ wichtige Hinweise gegeben. Sie erschien mit einem Klaus-Schütz-Imperativ auf der Titelseite "Seht Euch doch diese Typen an!" Dazu die Edüterung: "Nicht länger debattieren - jetzt handeln". Und dazu die BZ-Meinung: "Zeit des Langmuts ist vorbei."

Und - um einmal auch die Mitbämühung von Nicht-Springer-Zeitungen zu zeigen - der "arbeitgeber", das offizielle Organ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, erschien am 5. März mit einem Titelbild, das diese Type Dutschke zeigt. Der Kopf fein säuberlich durch die Mitte gespalten, an beiden Schnittstellen verkürzt wieder zusammengefügt, das Bild eines Lebensunwerten, jüdischbolschewistischen Untermenschen, wie es Dr. Josef Coebbels nicht besser hätte erfinden können.

BILD wiederum hatte wenige Wochen vor dem Attentat wichtige Fragen zu stellen: "Sind wir denn eine Apfelsinen-Republik, in der man Recht und Gesetz, Autorität und Ordnung unter fadenscheinigen Vorwänden mit Füßen treten darf. Wie lange wollen unsere Politiker noch zulassen, daß unsere jungen Leute von roten Agitatoren aufgehetzt werden?" BILD mahnte: Man darf auch nicht die ganze Dreckerarbeit der Polizei und ihren Wasserwerfern überlassen. Überschrift des roten Kastens, in dem dies stand: "Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt!" Daneben ein Bild von: "SDS-Dutschke".

Und drei Wochen vor dem Mordanschlag variierte die gelehrige Deutsche National- und Soldatenzeitung den "BILD-Slogan". Ihre Schlagzeile verlangt: "Stoppt Dutschke jetzt !!! sonst gibt es Bürgerkrieg". Darunter fünf gut erkennbare Fahndungsphotos von Rudi Dutschke.

Am letzten Donnerstag hat der Attentäter Bachmann Rudi Dutschke erkannt und mit drei Schüssen niedergestreckt. Wir wissen nicht, wieviel Bachmann von dem gelesen hat, was die Springer-Presse über Rudi Dutschke und die Studenten geschrieben hat. Aber der Täter Bachmann, der Einzeltäter, wie man uns versichert, ist unwichtig. Entscheidend ist die Atmosphäre, die solche Täter hervorbringt. Gewiß, die Springer-Presse fordert nicht direkt zu Mord und Totschlag an den roten Studenten auf. Aber ihre Leser werden systematisch in eine Disposition versetzt, in der sich ihre durch die Lektüre hochgekommenen Affekte in Gewalttätigkeit umsetzen können.

Bachmann ist nur einer von vielen möglichen Einzeltätern. Die Pogromatmosphäre, die Springer von allem - und Schütz nicht zuletzt - hervorgerufen haben, dieser Dunst von Gewalt hätte Tausen Bachmanns hervorbringen können. Darum hat Springer in Berlin mitgeschossen. So wird es weitergehen, wie damals nach der Erschießung Benno Ohnesorgs. Die Studenten werden beschuldigt, Gewalt und Terror auszuüben, während sie selbst Gewalt und Terror zum Opfer fallen. Und die Gefahr besteht, daß einige von ihnen, weil man ihnen einredet, sie seien Terroristen und liebten die Gewalt, tatsächlich zu Gewalt, zu Steinen greifen. Zu Steinen, von denen einer Pressephotographen Frings tötete. Der, der den Stein warf, hat dies nicht gewollt, aber er hätte wissen müssen, daß ein Stein eine tödliche Waffe sein kann. Er ist nicht zu entschuldigen.

Wir wollen aber nicht vergessen, daß alle verantwortlichen Studentenfürher einschließlich des SDS am Montag nochmals alle Studenten zur Gewaltlosigkeit aufriefen.

Die Auszüge herausgegeben vom Landesverband Hamburg der Gewerkschaftlichen Studentengruppe.
Verantwortlich: Manfred Weichsel.
Copyright by Otto Köhler.

18.04.1968:

In Hamburg erscheint vermutlich heute die erste Ausgabe der AStA-Zeitung für die Hamburger Bevölkerung, 'Zur Sache' (vgl. 25.4.1968) unter der Schlagzeile: "Mit der Polizei kam die Gewalt" zu den Osterunruhen. Berichtet wird in "Draufhauen! Nachsetzen!" aus Bremen vom Protest gegen die Fahrpreiserhöhungen, gefragt wird: "Bild schoß mit. Was hat Springer mit Dutschke zu tun?", festgestellt: "Springer pfeift – Regierung tanzt!", dargestellt die "Gefahr durch Springer", wobei es dann nicht verwundert, wenn es zu Otto Brenner, Vorsitzender der IG Metall heißt: "Brenner warnt Bundesregierung".

Berichtet wird vom schwerverletzten Dietmar Schmidt und im Impressum vom Teach-In, welches das Geld aufbrachte (vgl. 17.4.1968), aufgerufen zum Griechenlandprotest (vgl. 19.4.1968).

April 1968

Zur Sache

Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß der Universität Hamburg

Mit der Polizei kam die Gewalt

Draufhauen! Nachsetzen!

BILD schoß mit
Was hat Springer mit Dutschke zu tun?

Fast alle Zeitungen berichten, daß die Demonstranten der Ostertage Gewalt ausgeübt hätten. Wir fragen dagegen, was ist überhaupt Gewalt und von wem geht die Gewalt aus?

In dem jetzt stattfindenden Hauptbahnhof-Prozess erklärte Staatsanwalt Dose unter anderem: Die Stimmung der Demonstranten im Hauptbahnhof war zunächst friedlich – diese Stimmung dauerte an bis zum Auftreten der Bahnpolizei.

Wir alle sind uns darin einig, daß Demonstrationen durch die Stadt und Sitzstreiks auf Straßen nicht andere Bürger körperlich beeinträchtigende Gewalttätigkeiten darstellen. Gewalttätigkeiten drücken sich vielmehr im Einsatz von Knüttelkommandos der Schutzpolizei, von zivilen Greiftrupps der Kriminalpolizei, von unter heftigem Druck stehendem Wasserstrahl der Wasserwerter und von Nebelkarzonen und Tränengas aus.

Unsere demonstrativen Mittel waren also Märsche durch die Innenstadt Hamburgs und Sitzstreiks um die Verlagegebäude des Springer-Konzerns, sowie vor dem Polizeipräsidium. Erklärung und allgemeine Demonstrationen bekannte Methode des Protestes war der gewaltlose Widerstand. Wenn es zu unbedachten Reaktionen der Demonstranten kam, die einmal zu Steinwürfen gegen die Polizei führten, dann nur auf Grund von durchdrachten und geplanten Knüttelaktionen der Polizei.

Die Gewalttätigkeit der Polizei wurde bei diesen Einsätzen klar unter Beweis gestellt und wird hier in einigen Zeugnisaussagen aus dem Zeugnisprotokoll des Allgemeinen Studentenausschusses belegt.

Christine Repp, Lehrerin
Am Ostermontagabend zogen ca. 1000 Personen zum Polizeipräsidium. Sie wollten dort in einem friedlichen Sitzstreik gegen die Festnahme einiger Kommilitonen protestieren. Nachdem sich die Demonstranten dort niedergelassen hatten, kehrten hinterher aufgehobene Hundertschaften der Polizei die wehrlosen Demonstranten ein und knüttelten wahllos in die Menge. Erbarmungslos wurde selbst auf die am Boden Liegenden eingetreten. Die Brutalität der Polizei war unglücklich.

Jan Polak, Student
Beim Polizeidurchzug setzten sich die meisten Studenten. Ungefähr 200 mit Helmen und Schlegelstäben bewaffnete Beamte schlugen und traten ohne jede Vorwarnung sofort auf die sitzenden und hilflosen Demonstranten ein, die panikartig zu fliehen versuchten. Auf mich stürzten junge Beamte ein, die mit mit versetzten Gesichtern auf den Rücken schlugen. Ich blieb mit zwei Kollegen zurück, die laut weinten. Einer fuß das Blut vom Kopf, beide Mädchen waren am Rand der Bewußtlosigkeit. Ich hat einen Oberarm, sich um die Verletzten zu kümmern, was ich mit einem Fußtritt und zwei Knüttelschlägen bezahle mußte.

Georg Thiel, Studienreferendar
Ohne Vorwarnung stürzten sich die Polizisten auf die sitzenden Demonstranten und schlugen und traten auf sie ein. Ich habe die Möglichkeit, zur Flucht zu gehen... Langsam wurde ich bewußtlos... Ich verlor das Bewußtsein... Ich bekam einen Schlag auf den Kopf...
Andreas Franke, Studienreferendar
Die Polizei sprang aus den Wagen, hob auf Kommando die Gummiknüppel und fiel ohne Vorwarnung sofort über die sitzenden Demonstranten her. Ich ging auf die gegenüberliegende Straßenseite, da ich dort einen bewußtlosen blutüberströmten Demonstranten sah. Ich bat die Polizisten um einen Verbandkasten, der mir jedoch mit dem Hinweis, wir könnten ruhe auf den Unfallwagen warten, verweigert wurde.

Astrid Geiß, Studentin
Ich habe 3 Verletzte gesehen, auf die die Polizei losgerannt hat, obwohl sie schon auf dem Boden lagen und sich nicht wehren konnten.

Hartmut Kesser, Kaufmann
Ich wurde am Montag bei der friedlichen Demonstration vor dem Polizeipräsidium aus der Reihe der Demonstranten gezielt herausgerissen. Ich wurde mit den langen Haaren und von 5 oder 6 Beamten gleichzeitig mit Gummiknüppel und Faustschlägen – dann mit brutalen Methoden (insbesondere Schläge in die Gesichtsbereiche) bis in die Zeit verprügelt. All dies geschah unter dem Anruf 'Hört! Hör!'. Die Beamten durch unartikulierte Rufen noch intensiver.

Wer also Gewalt ausübt, vorzuziehen und gestraft, ist nachweisbar. Es ist die Polizei, die und vor allem ihre politische Fiktion sind dafür zur Verantwortung zu ziehen.

Ein immer wiederkehrendes Bild an den vergangenen Osterlagen: Sitzstreiks der Demonstranten werden mit Gewalt von der Polizei gebrochen.

Das ist das Hauptmotto der Polizei gegenüber friedlichen Demonstranten. Bei den Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen in Bremen im Januar tauchte Bremens Polizeipräsident Erich von Bock und Polach selbst mit Gummiknüppeln bewaffneten Polizeigruppen an: „Draufhauen, draufhauen – nachsetzen!“ Das geschah jetzt auch in Hamburg, wie unser Bild beweist.

Nachdem ich eine Zeile Einsteiger in Zivil hielt mich dabei an meiner Hand fest, die seit längerer Zeit weiten Verletzungen in einem Verband steckt. Er drückte so fest, daß ich aufdrückte, danach drückte er noch stärker auf meine Wunde und schlug mir mit der flachen Hand ins Gesicht... Mir wurde schlecht und ich erbrach mich.

Klaus Schmidt, Chemielaborant
Nachdem ich Polizisten in breiten Ketten vor den Demonstranten aufgestellt bekommen hatte, ging sie im Laufschrift gegen die Demonstranten vor und schlug mit den Gummiknüppeln auf die sitzenden Teilnehmer der Demonstration ein. Ich sah wie mehrere weibliche Teilnehmer von mehreren Polizisten zugleich geschlagen wurden. Die Polizeiketten gingen auch nach hinten. Demonstrationsstreifen vor, die bereits bis zu 500 m vom Polizeipräsidium entfernt waren und wackelten.

Das ist das Hauptmotto der Polizei gegenüber friedlichen Demonstranten. Bei den Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen in Bremen im Januar tauchte Bremens Polizeipräsident Erich von Bock und Polach selbst mit Gummiknüppeln bewaffneten Polizeigruppen an: „Draufhauen, draufhauen – nachsetzen!“ Das geschah jetzt auch in Hamburg, wie unser Bild beweist.

Die systematische Verteilung von Rudi Dutschke als Buhmann der außerparlamentarischen Opposition hat ihre Früchte getragen: Am Gründonnerstag wurde auf den bekanntesten Studenten Deutschlands ein politisches Attentat verübt. Der Attentäter Bachmann erklärte dazu: Ich habe auf Dutschke geschossen, weil ich ihn für einen Kommunisten halte. Diese Worte beleuchten schlagartig die Situation in der Bundesrepublik: Hier genügt offenbar schon eine vermeintliche Parteugehörigkeit, um einen Mordanschlag zu rechtfertigen.

Woran liegt das?

San Jahren schon wird in der Bundesrepublik eine panische Kommunistenfurcht erzeugt. Besonders hat sich hierbei Axel Casar Springer hervorgetan, dessen Fresskonkurs das Meinungsmonopol in Westdeutschland ausübte. Seit einiger Zeit hat Springer diese Vorkensur auch auf andere Gruppen ausgedehnt. Es ist ihm durch geschickte Meinungsmanipulation, alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik mit den Kommunisten gleichzusetzen. Auf diese Weise versucht er, die außerparlamentarischen Kräfte, die von Arbeitern, Angestellten, Studenten und anderen demokratischen Kräften gemeinsam getragen wird, in der Öffentlichkeit unzulänglich zu machen.

Dazu schuf Springer sich einen Preisgeliebten: Rudi Dutschke. Auf diesen konnte die Springerpresse die größtmögliche selbst-erzeugte antikommunistische Halbfähigkeit lenken.

Natürlich paßt es nicht in Springers Bild, daß Dutschke aus der DDR geflohen ist – eine markwürdige Art in der Tat, mit Unrecht zu sympathisieren.

Übrigens ist Dutschke nur einer von vielen Sprechern der demokratischen Opposition, die sich besonders gegen die undemokratische Koalition und die geplanten Notstandsgesetze wenden. Um jedoch jeder geringsten Auseinandersetzung mit den berechtigten Forderungen der Demokraten aus dem Wege zu gehen, personalisierte die Springerpresse das Problem Dutschke und der politischen Meinungshetze des Springerkonzerns deutlich zu machen, haben die demokratischen Kräfte vor der Verhängnisvollen Springer selbst, sondern ein feindlicher Rechtsradikaler, der sich als Volkstreckler des von Springer geleiteten Volkswirtschaft nicht darauf verließ, um diese Zusammenhänge hinwegzusehen.

Seitdem hat die Springerpresse, voran BILD und DIE WELT, ihren Meinungsterror ständig verstärkt. Ein Zufall, daß Dutschke unter diesen Umständen der Volkverhöhnung nicht eher zum Opfer fiel! Kein Zufall dagegen, daß die Springer-Presse den Attentäter als „balltären Einzelgänger“ hinstellt. Damit will sie nur von ihrer Mitschuld an diesem politischen Mordversuch ablenken.

Der Springerterror
geplante bisher in der hysterischen Reaktion auf das Attentat an Dutschke. Der Mordversuch und die selbstverlesendlichen spontanen Reaktionen der demokratischen Kräfte haben der Springerpresse des länger-schlechten Startschuß, Notstandspraktiken zu fordern. Für sie ist das Attentat nur ein Vorwand, die außerparlamentarische Opposition jetzt endgültig zum Schweigen zu bringen.

Um den Zusammenhang zwischen dem Mordversuch an Dutschke und der politischen Meinungshetze des Springerkonzerns deutlich zu machen, haben die demokratischen Kräfte vor der Verhängnisvollen Springer selbst, sondern ein feindlicher Rechtsradikaler, der sich als Volkstreckler des von Springer geleiteten Volkswirtschaft nicht darauf verließ, um diese Zusammenhänge hinwegzusehen.





Springer pfeift – Regierung tanzt

„Eine radikale Minderheit provoziert den Aufstand. Eine radikale Minderheit will diktieren, welche Zeitungen die Menschen in der Bundesrepublik lesen dürfen... Es rollt ab nach Plan. Mit Sprechfunkgeräten. Mit Kommandozentralen.“ „Kommunistische Maßarbeit.“ Springer-Meinung (BILD vom 16. April).
Die Bundesregierung und die Länder, Polizei und Justiz werden Hand in Hand arbeiten, um weitere gewalttätige Ausschreitungen von vornherein im Keim zu ersticken.“ „Das Kabinett stellte fest, daß die Verantwortung für die Ausschreitungen in erster Linie beim SDS liege.“ Staatssekretär Diehl erwähnte, daß die Kommunisten nach anfänglichem Zögern mitmachen.“ Meinung der Bundesregierung (laut WELT vom 18. April).
Beide Stellungnahmen weisen (ausgesprochen oder nicht) drei Punkte auf. Denkwürdigweise dieselben: 1. Politische Forderungen veranlassen politische Lösungen. 2. es existierte ein „Plan“, 3. es handelte sich um „Kommunisten“.
Offenbar ist die Sache eindeutig. Aber ist sie das wirklich? Ist es nicht vielmehr so, daß nicht einmal die Bundesregierung – allem voran Kiesinger – wegsieht gegen Springer zu stellen? Ist die panische Angst vor Springerschem BILD-Terror nicht stärker als die Einsicht?
Ist es wirklich so, daß die Bundesregierung nach Springers Pfeife tanzt?
Allerdings gab es auch Ausnahmen, es sei hier dankbar registriert. 1. Vorsitzender der IG Metall Otto Brenner und Dabrendorf (FDP) bewahren sich eine objektive Optik. Resultat: heftige Attacken aus dem Hause Springer und – wie man hört – aus Bonner Kreisen. Wir Studenten haben mit der Forderung des Springersche Meinungsmonopols zu verhindern, eine POLITISCHE Forderung aufgestellt. Politische Forderungen verlangen politische Lösungen. Keine Schlagstöcke.

Wir fordern:

Die Demonstrationen der letzten Tage haben tiefgreifende soziale Ursachen. Wir bedauern, daß die Bundesregierung – die Erklärung des Herrn Bundesjustizministers Heinemann ausgenommen – diese Ursachen bewußt verschweigt und sich mit der Forderung nach weiteren staatlichen, Gewaltmaßnahmen zur Unterdrückung der Unruhe begnügt. Wir erklären, daß wir es nicht zulassen werden, daß unsere berechtigten politischen Forderungen erneut hinter den Parolen von „Ruhe und Ordnung“ verschwinden. Auch wir mibilligen jedes gewaltsame Vorgehen und haben uns bemüht, ein solches Vorgehen zu verhindern. Die Kritik an unorganisierter und spontaner Gewaltanwendung einzelner Demonstranten darf jedoch nicht länger den Blick auf die Notwendigkeit dringender Reformen in diesem Lande verstellen.
Die Studenten, Schüler, Professoren, Angestellten und Arbeiter, am 17. April 1968 in der Universität Hamburg versammelt sind, legen der Bürgererschaft der Freien und Hansestadt Hamburg die Forderung vor, den Präses der Innenbehörde, Herrn Senator Ruhmann, seines Amtes zu entheben. Senator Ruhmann hat erneut seine Hilflosigkeit gegenüber dem Polizeiparappat bewiesen, der oft gegen unverhältnismäßig und von der politischen Führung unkontrolliert zuechlug.

Wir fordern von der Bundesregierung und vom Bundestag:

- daß sie sofort geeignete Maßnahmen beschließen, um die verhängnisvolle Konzentration auf dem Pressemarkt zu beenden;
- daß die seit langem geforderten Reformen an den Schulen und Hochschulen endlich verwirklicht werden, wobei die berechtigten Forderungen der Schüler und Studenten nach demokratischer Mitbestimmung unbedingt zu berücksichtigen sind;
- daß sofort geeignete Maßnahmen zur Verwirklichung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung, die wir als eine Grundforderung sozialer Gerechtigkeit betrachten, eingeleitet werden;
- daß sie das politische, militärische und wirtschaftliche Engagement der BRD in Vietnam, Griechenland, Spanien, Portugal und den Diktaturen der Dritten Welt öffentlich überprüfen, da die politische Praxis dieser Länder mit den Grundsätzen des freiheitlich-demokratischen Rechtses unvereinbar ist;
- daß sie umgehend die Maßnahmen ergreifen, die die Rückkehr der illegal und gewaltsam aus der BRD entführten südkoreanischen Bürger ermöglichen und sich unserem Protest gegen die Terrorjustiz, der die Entführten in ihrem Heimatland ausgesetzt sind, anschließen;
- daß sie schließlich eine Grundgesetzänderung beschließen, die einen Volksentscheid über die Notstandsgesetze und die Wahlrechtsreform zuläßt. Die Versammelten sehen die Planung von Notstandsgesetzen und einer Wahlrechtsreform als eine Gefährdung dieser Demokratie an und wissen sich hierin mit weiten Teilen der Bevölkerung der BRD einig.
- Wir fordern alle, die an einer wahrhaft demokratischen Aussprache interessiert sind, auf, diese Forderungen aufzugreifen und zu ergreifen. Die Bevölkerung der BRD hat ein legitimes Recht auf eine betriebliche Beteiligung dieser Forderungen durch die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag.

Gefahr durch Springer

Seit Tagen ist die Polizei dabei, gewaltlos demonstrierende Studenten reihenweise zusammenzuschlagen. Ist das nötig? Der Hamburger Senat sagt: Ja! Er hat in seinen Erklärungen das Verhalten der Polizei ausdrücklich gebilligt. Und warum das? Die Bundesregierung sagt, sie müsse die Pressefreiheit schützen!
Ist das wahr? Oder was ist daran falsch?
Unser Grundgesetz garantiert ausdrücklich die Pressefreiheit. Die Presse hat eine demokratische Kontrollfunktion gegenüber Parlament und Regierung. Erfüllt die Springer-Pressse diese Kontrollfunktion?
Die Studenten sagen: nein!
Warum nicht?
Springer erreicht seine hohen Auflagen, besonders mit BILD, dadurch, daß er Zeitungen machen läßt, wie andere Leute seine machen. Für Springer ist nur wichtig, was der Leser wohl haben will, was sich also gut verkaufen läßt. Für Springer zählt nur der Verkaufserfolg, gleichgültig, ob das noch etwas mit demokratischer Kontrolle der Regierung zu tun hat. Damit verstößt Springer bereits gegen den Sinn der Pressefreiheit. Aber noch gefährlicher ist der Sui generis Bildungszeitung. In ihr läßt Springer einseitige Meinungen nicht als Nachrichten drucken, sondern bereits mit einem Kommentar vermischt als vorgefaßte Meinung bringen. Der Leser wird also überhaupt nicht erst objektiv informiert, damit er sich eine eigene Meinung bilden kann. Er wird durch die in Springers Sinne bereits „erklärten“ Nachrichten planmäßig daran erziehen, selbst nicht mehr kritisch zu denken, sondern alles als richtig und wahr anzunehmen. Das ist die Gefahr durch Springer.

Durch dieses Erleben zur Denkfähigkeit wird der Leser planmäßig politisch entmündigt. Die Folge solcher fehlerhaften Vorgänge sind „Wahlkämpfe“, die nichts Politisches aussagen außer ein paar sinnlosen unpolitischen Schlagworten wie „sicher ist sicher“. Die Folgen sind aber auch, daß in der Bundesrepublik ein politischer Skandal den anderen ablösen kann, ohne daß der Durchschnittsbürger überhaupt davon Kenntnis nimmt, geschweige sich dazu kritisch äußern.
Die politische Gefahr der Springer-Pressse ist aber noch viel größer. Springer ist es inzwischen mit solchen Methoden gelungen, eine Monopolstellung auf dem Zeitungsmarkt einzunehmen. Durch immer größere Anzeigenaufträge wird er auch wirtschaftlich immer mächtiger. Dadurch gelangt es ihm, immer mehr unabhängige, kleinere Zeitungen kaputtzumachen.
● Heute ist es so weit, daß Springer in seinen Zeitungen die Unwahrheit schreiben kann, ohne daß der Bürger die Mordlichkeit hat, sich noch in verschiedenen anderen Zeitungen darüber zu äußern.
● Heute ist es so weit, daß Springer Presse-Imperium sich immer weiter vergrößern läßt, weil er auf allen Pressegebieten genug Zeitungen hat, um in diesen für seine neuen Zeitungen eine riesige Reklame zu machen. Ein typisches Beispiel dafür ist „samstag“ – die Zeitschrift für Menschen zu zweit, die kurz nach ihrem ersten Erscheinen bereits über 1 Million Demokontakte hat. Für sie wird die Werbung im Bild durch den

- als eine Gefährdung dieser Demokratie an und wissen sich hierin mit weiten Teilen der Bevölkerung der BRD einig.
- Wir fordern alle, die an einer wahrhaft demokratischen Aussprache interessiert sind, auf, diese Forderungen aufzugreifen und zu ergreifen. Die Bevölkerung der BRD hat ein legitimes Recht auf eine betriebliche Beteiligung dieser Forderungen durch die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag.

Brenner warnt Bundesregierung

Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, hat heute in Frankfurt seine Abscheu vor dem Mordanschlag auf Frau Dutschke und seine Sorge über die Folgen zum Ausdruck gebracht. Die Schuld daran treffe jene, die besonders in Berlin gegen linke Minderheiten hemmungslos Maß gesät hätten. Bereits am Karfreitag hatte Brenner ein entsprechendes Telegramm an Frau Dutschke gerichtet.
Der Gewerkschaftsvorsitzende warnt in seiner Erklärung die Bundesregierung davor, die Studentenunruhen im Anschluß an das Attentat auf Rudi Dutschke eventuell als Vorwand für eine Fortsetzung ihrer Notstandsgesetze zu benutzen. Ein solcher Vorwand würde auf den entscheidenden Widerstand der Gewerkschaften stoßen.
Andererseits müßte auch den Studenten klargemacht werden, daß sie durch bestimmte Aktionen in Gefahr geraten. Die Absichten ihrer Gegner zu fördern, der Demokratie Schaden zuzufügen und bei der Bevölkerung auf Ablehnung zu stoßen, anstatt sie für sich zu gewinnen.
Brenner kündigte an, daß die IG Metall in Zukunft mehr als bisher in ihrer Presse- und Bildungsarbeit auf die Gefahren der Meinungsmanipulation eingehen und über studentische Angelegenheiten aufklären werde. Sie werde auch wissenschaftliche Untersuchungen unterstützen, die der Überprüfung der Rolle des Hauses Springer dienen. In der Konsequenz müsse es zu einer Gesetzesinitiative des Bundestages gegen Pressemonopole kommen.
An die Polizei appellierte Brenner, bei den Auseinandersetzungen mit den Demonstranten, die von einem Grundrecht unserer Verfassung Gebrauch machen, Gewaltanwendung zu vermeiden.

Noch immer im Krankenhaus

Schwerverletzt liegt Dietmar Schmidt im Hafenkrankenhaus. Er wurde von einem Springer-Fahrgewagen überfahren. Die Polizei, die heute noch Rechtfertigungsgründen sucht, bezeichnete in ihrem Funkverkehr diesen Unfall selber als „vorzeitlich“. Das Verhalten dieses Springer-Fahrers ist bezeichnend für die im Hause Springer erzeugte Hysterie gegenüber den Demonstranten.

ZUR SACHE

Herausgeber: Presserat des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Hamburg.
Verantwortlich: Wahrheit Otto, Hamburg, Studentennahe, Schülerstraße 7.
Druck: Plambek & Co., Neumünster.
Weder Pankow... Diese Zeitung wird wieder von Pankow nach von Peiking finanziert. Die Druckkosten in Höhe von 2000 Mark wurden durch eine Sammlung unter den Teilnehmern des Teach-ins vom 17. April 1968 gesammelt.

Es wird weiter demonstriert!

Wir werden weiter friedlich und gewaltlos demonstrieren, deshalb kommen Sie zur Kundgebung gegen den Faschismus in Griechenland, heute, den 19. April, um 18 Uhr, an der Moorwiede, Dammtorbahnhof.

19.04.1968:

Der AStA der Universität Hamburg veröffentlicht vermutlich spätestens Ende dieser Woche eine Presseerklärung des Hamburger AStA zur Korrektur der Erklärungen des Hamburger Polizeipräsidenten unter dem Titel "Frenzel sagte nicht die Wahrheit!".

Q: AStA der Universität Hamburg: Frenzel sagte nicht die Wahrheit! Presseerklärung des Hamburger AStA zur Korrektur der Erklärungen des Hamburger Polizeipräsidenten, Hamburg o. J. (1968)

FRENZEL SAGTE NICHT DIE WAHRHEIT !

Presseerklärung des Hamburger AStA zur Korrektur der Erklärungen
des Hamburger Polizeipräsidenten

Frenzel behauptet: Die Demonstrationen sind keineswegs spontan gewesen. Sie waren von langer Hand vorbereitete Aktionen. Als Beweis: Der Fußverkehr der Polizei sei gestört worden. In Bahnhofsanschließfächern seien Schlagstöcke deponiert worden, die erst am Sonntagmorgen herausgeholt worden seien.

Der AStA erklärt: Die Aktionen konnten schon deswegen nicht von "langer Hand" vorbereitet sein, weil niemand wissen konnte, daß am Gründonnerstag ein Attentat auf Rudi Dutschke verübt werden würde. Bereits am Donnerstagabend fanden aber die ersten Demonstrationen statt.

Zu den "Beweisen": Der Polizeifunk könnte nur durch Störsender gestört werden. Störsender kann man anpeilen. Warum wurde das nicht getan? warum wurde kein solcher angeblicher Sender sichergestellt? weil es keinen gibt. Wenn die Polizei über angebliche Knüppel in Schließfächern so gut informiert ist, muß sie diese gesehen haben. warum wurden diese waffen nicht sofort sichergestellt, ihre Besitzer nicht festgenommen oder zumindest registriert?

Frenzel behauptet: Die Studenten haben für die Demonstrationen "rocker" angeworben.

Als Beweis: Ein angebliches Flugblatt mit der Anrede "Genossen, Freunde, rocker".

Der AStA erklärt: Dies Flugblatt ist nicht vorgelegt worden. Bisher ist es dem AStA nicht gelungen, ein einziges Exemplar in die Hand zu bekommen oder auch nur jemanden zu finden, der solch ein Flugblatt gesehen hat. sollte es dennoch existieren, wäre es interessant zu wissen, wer es fabriziert hat und wann und wo es verteilt wurde. sicher ist nur, daß die BILD-Zeitung vom Ostersonntag die Anrede "Genossen, Freunde, rocker" als Schlagzeile brachte.

Frenzel behauptet: "Die Demonstranten wollten mit Gewalt etwas auf die Beine bringen." Er begründet das damit, daß "Kołotow-Cocktails" geworfen worden seien.

Als Beweis: zwei unzerbrochene Bierflaschen, die mit einer brennbaren Flüssigkeit gefüllt waren.

Der Asta erklärt: Beide Flaschen sind offensichtlich nicht geworfen worden, sonst wären sie explodiert oder zumindest zerbrochen. Wenn sie Demonstranten abgenommen worden wären, hätten diese Personen festgenommen werden müssen. Das ist nicht erfolgt. Es besteht der Verdacht, daß hier mit fingierten Beweismaterial gearbeitet wird.

Der Kommandeur der Schutzpolizei, Leddin, behauptet: Am Karfreitagabend sind vor dem Springerhaus mindestens fünf oder sechs "Molotow-Cocktails" explodiert.

Der Asta erklärt: wenn auch nur ein einziger "Molotow-Cocktail" explodiert wäre, hätte es eine Stichflamme gegeben, Glassplitter wären herumgeflogen, zumindest ein großer Brandfleck hätte zurückbleiben müssen. Tatsächlich gibt es, wie Leddin selbst zugibt, keine entsprechende Zeugenaussage, kein Foto von einer solchen Stichflamme, keine Verletzungen durch Glassplitter, keine Spuren einer solchen Explosion.

Frenzel behauptet: wo immer die Polizei auftauchte, wurde sie bereits mit Steinen empfangen.

Der Asta erklärt: Diese Behauptung ist falsch. Zeugenaussagen, die sie widerlegen, können jederzeit im Asta eingesehen werden. Kommandeur Leddin gab in einem Gespräch mit einem Asta-Vertreter zu, am Ostermontagabend sei im Korntrügergang "hart geräumt" worden. Steinwürfe und verletzte Polizisten habe es dort dennoch nicht gegeben.

Frenzel behauptet: schon am Donnerstagabend seien sechs Polizisten durch Steinwürfe schwer verletzt worden.

Der Asta erklärt: Diese Behauptung ist falsch. Sie wiegt umso schwerer, da Frenzel hiermit den unnötig harten Polizeieinsatz am Freitag rechtfertigen will.

Frenzel behauptet: "Gespräche führten zu überhaupt nichts, und der Versuch, einen Konvoi durchzuführen wurde mit einem Steinhagel beantwortet."

Der Asta erklärt: wie hätten Demonstranten mit Polizisten "sprechen" sollen, die nach dem Wasserwerfereinsatz mit gezogenen Gummiknüppeln auf sie eindrangen? Andere "Annäherungsversuche" sind ja gar nicht versucht worden. Und Steine flogen erst bei der Gewaltanwendung der Polizei.

Frenzel behauptet: Am Freitag ist kein Tränengas geworfen worden.

Der Asta erklärt: Zeugnisaussagen, die das Gegenteil beweisen, können beim Asta eingesehen werden.

Frenzel behauptet: Es war das Ziel der Demonstranten, ins Polizeipräsidium einzudringen. Das ist auch einigen Demonstranten gelungen. Sie wollten diejenigen, die sich dort in Gewahrsam befanden, befreien.

Der Asta erklärt: Im Audi-Max wurde beschlossen, eine Delegation ins Polizeipräsidium zu entsenden, um die Rechtsgrundlage für die Verhaftung der SDS-Mitglieder zu ergründen, bzw. sich in Verhandlungen um die Freilassung der Festgenommenen zu bemühen. Die im Audi-Max Versammelten hatten beschlossen, diese Delegation zu begleiten und vor dem Präsidium auf Ergebnisse zu warten. Von möglichen gewaltsamen Befreiungsaktionen ist nie die Rede gewesen, weil schon der Gedanke an eine Gefangenenbefreiung aus dem Polizeihochhaus Schwachsinn wäre. Es sind genügend zivile Beamte oder Kontaktleute der Polizei in dieser Versammlung gewesen, so daß es auch Herrn Frenzel möglich war, sich über die friedlichen Absichten der Demonstranten zu informieren.

Frenzel behauptet: Es hätten ja auch "Molotow-Cocktails" ins Präsidium fliegen können. Es sind schließlich auch schon Warenhäuser angesteckt worden.

Der Asta erklärt: Mit so fadenscheinigen Spekulationen rechtfertigt Frenzel den brutalen Einsatz von Schlagstöcken ohne jede Vorwarnung vor Senat und Öffentlichkeit. Wir sind entsetzt darüber, daß der Senat sich mit so hergeholten "Argumenten" abspelen läßt und derart leichtfertig seinen Polizeipräsidenten entlastet, wie es in der Presseerklärung des Senats zum Ausdruck kommt.

Frenzel behauptet: Es hat keine Absprache über die bundesweite Aktion gegen den SDS zwischen den Innenministern der Länder gegeben.

Der Asta erklärt: Ist es nicht merkwürdig, daß Durchsuchungen, Verhaftungen und "Schritte" gegen den SDS beinahe gleichzeitig im ganzen Bundesgebiet stattfanden! So z.B. in Hamburg unter dem Vorwand, es bestünde "Gefahr im Verzuge", da Werkzeuge aus einer Baubude gestohlen worden seien. Die Durchsuchung des SDS-Büros hat einen Hammer, eine Säge, ein Tomatenmesser und drei Bretter mit Nägeln zutage gefördert. Den Beweis, daß der SDS etwas mit dem angeblichen Diebstahl zu tun hat, ist die Staatsanwaltschaft bisher schuldig geblieben. "Gefahr im Verzuge" war schon deshalb nicht gegeben, weil die Aktion nicht der Abwendung einer unmittelbaren Gefahr diente. Verdunkelungsgefahr war offensichtlich

ebenfalls nicht gegeben, da nichts entdeckt wurde, was hätte vertuscht werden können. Also hätten richterliche Haft- und Haussuchungsbefehle beigebracht werden müssen. Genau die aber hat es nicht gegeben.

auf die Frage eines Journalisten, ob die Räumungsaktionen der Polizei nicht grundsätzlich gewaltloser hätten durchgeführt werden können, z.B. nach englischem Vorbild, antwortete Frenzel, indem er den Sinn der Frage völlig ignorierte, es sei generell der übergeordnete Zweck verfolgt worden, die Pressefreiheit zu garantieren.

Dazu erklärt der AStA: Der Begriff "Freiheit der Presse" meint die Garantie der Freiheit der Presse von staatlicher Einflußnahme und Zensur, nicht aber die Wahrnehmung privater kommerzieller und verlegerischer Interessen durch die staatliche Gewalt.

20.04.1968:

In Hamburg kommt es laut AStA der Uni (vgl. 25.4.1968) vermutlich heute im Prozeß um die

Vietnamdemonstration am 17.2.1967 zu zwei Freisprüchen und einer Verurteilung zu vier Monaten auf Bewährung.

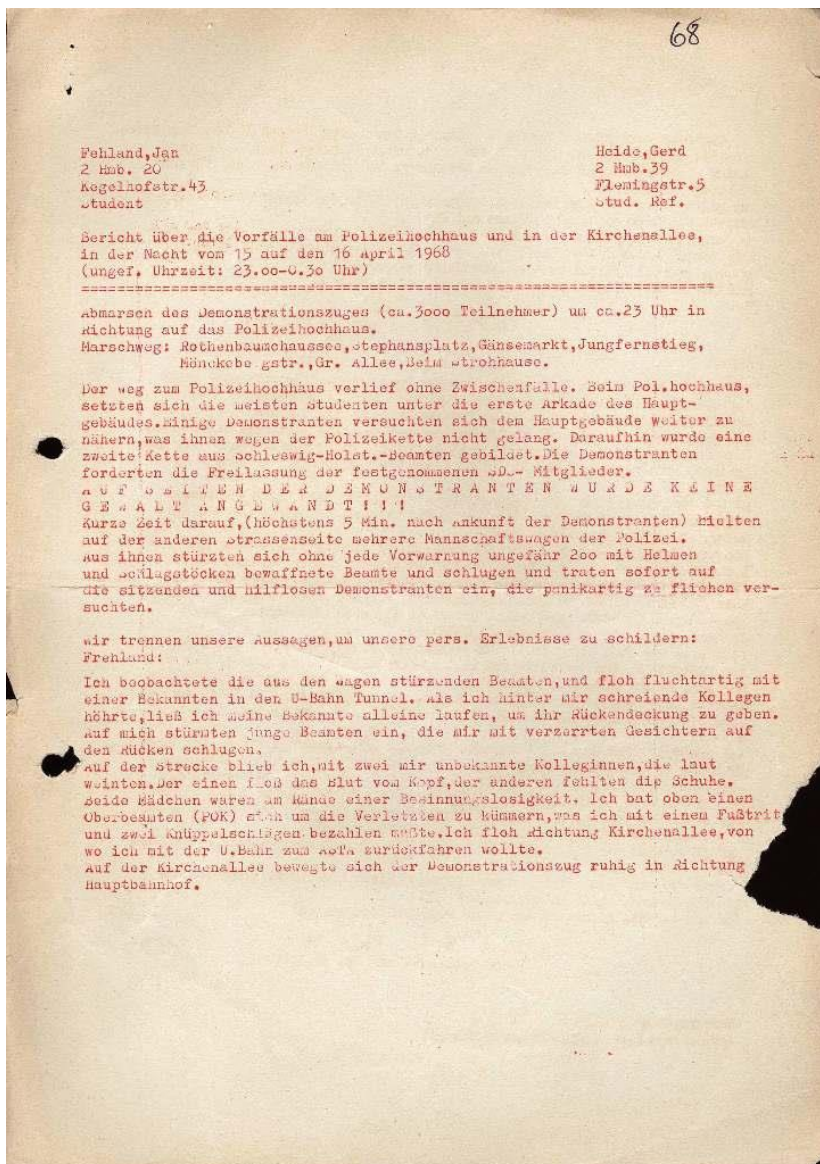
Q: Zur Sache, Hamburg 25.4.1968, S.2

22.04.1968:

Der AStA der Universität Hamburg gibt seine 'Dokumente' Nr. 1/1968 (vgl. Sept. 1967) zu den Demonstrationsereignissen vom 11., 12. und 15.4.1968 heraus, die im Einzelnen dargestellt werden. Dokumentiert werden Verhaltensregeln des Innensenators Heinz Ruhnau für die Polizei und verschiedene Zeugenaussagen.

Eine dieser Aussagen wurde auch als Flugblatt verbreitet.

Q: AStA-Dokumente Nr.1, Hamburg 22.4.1968; Fehland / Heide: Bericht über die Vorfälle am Polizeihochhaus, Hamburg o. J. (1968)



AStA-Dokumente

Berichte und Informationen des Allgemeinen Studentenausschusses
der Universität Hamburg

1/1968

CHRONIK

der Demonstrationsergebnisse
vom 11. - 15. April 1968
in Hamburg

Verantwortlich: Holger Oehrens

Hamburg, den 22. April 1968

Herausgeber: Allgemeiner Studentenausschuß (AStA)

VORWORT DES VERFASSERS

Der Autor dieser chronologischen Darstellung der Ereignisse bezieht sich im wesentlichen auf seine eigenen Beobachtungen, die er bezeugen kann sowie auf - wie er meint - zuverlässige oder übereinstimmende Zeugenaussagen unbeteiligter Passanten, Journalisten und Vertreter des AStA. Dennoch muß diese Chronik zwangsläufig unvollständig bleiben.

Der AStA der Universität Hamburg hat im Interesse einer möglichst objektiven Berichterstattung versucht, auch Zeugenaussagen der Polizei über die Polizeipressestelle zu erhalten. Herr Schläsky, als Sprecher der Polizeipressestelle sagte sowohl Jens Litten, dem 2. AStA-Vorsitzenden, wie auch Sepp Binder, dem AStA-Politreferenten, die Überlassung der Originale zum Fotokopieren zu. Das geschah am Donnerstag, den 18.4.68.

Der Autor wäre gern bereit gewesen, auch die polizeilichen Zeugenaussagen mitzuverwerten, und widersprüchliche Darstellungen gegenüberzustellen.

Leider erklärte Herr Schläsky jedoch am darauffolgenden Tage dem Autor, die Unterlagen befänden sich nicht mehr in seinen Händen, und Polizeipräsident Frenzel, der sie jetzt habe, werde sie nicht aus der Hand geben, 'um den staatsanwaltlichen Ermittlungen nicht vorzugreifen und nicht in den Verdacht zu geraten, die belastendsten Aussagen ausgewählt zu haben'.

Der Autor bedauert diesen Entschluß, der eine wesentlich objektivere Darstellung verhindert hat.

Der Autor glaubt aufgrund der vorliegenden Zeugenaussagen und seiner eigenen Beobachtungen folgendes feststellen zu können:

Die Systematik polizeilicher Gewaltanwendung gegen tendenziell gewaltlosen Widerstand der Demonstranten wurde vereinzelt durchbrochen durch angemessenes und vernünftiges Verhalten von Polizeibeamten. Dies trotz eklatanter Fehler der Polizeiführung und der einzelnen Einsatzleitungen. Die Systematik der Gewaltlosigkeit der Demonstranten wurde vereinzelt durchbrochen durch unverantwortliche Gewaltakte unkontrollierbarer Demonstranten, Mitläufer und Provokateure - zumeist jedoch als erkennbare Reaktion auf vorhergehende polizeiliche Gewaltanwendung.

Der Verdacht liegt nahe, daß die Hamburger Polizeiführung bewußt die gewaltsame Konfrontation mit Demonstranten herbeigeführt hat, um schlagkräftig zu beweisen, wer "Herr im Hause" sei.

SPENDEAUFRUF

Der Asta der Universität Hamburg bittet auch Sie, die Sie diese Dokumentation gerade in Händen halten, um Verständnis dafür, daß die Ereignisse der Ostertage für uns einen Aufwand vor allem an Information bedeuten, der mit den bescheidenen Mittel, die uns aus den studentischen Beiträgen zufließen, kaum zu bewältigen ist. Deshalb ersuchen wir Sie, uns möglicherweise auf das Konto Dresdner Bank Harvestehude Nr. 460 50 unter dem Stichwort "Aktion Bürgerinformation" eine Spende zu überweisen.

A b s c h r i f t

Behörde für Inneres
- Der Senator -

Hamburg, den 8.4.1968

V e r h a l t e n s r e g e l n f ü r d e n e i n z e l n e n
B e a m t e n b e i E i n s ä t z e n a n l ä ß l i c h
p o l i t i s c h e r D e m o n s t r a t i o n e n

"Wenn Sie bei politischen Demonstrationen eingesetzt werden,
dann müssen Sie sich immer folgendes vor Augen halten:

1. Einsätze bei Demonstrationen gehören zu den schwierigsten Aufgaben der Polizei. Auf Ihnen als Polizeibeamter liegt die besondere Verantwortung, eine Frontenbildung zwischen Demonstranten und Polizei und evtl. Gegendemonstranten zu verhindern. Über allem steht der Satz: Lassen Sie sich nicht aus der Ruhe bringen !
2. Rede und Gegenrede sind wichtige Elemente demokratischer Willensbildung. Politische Gegensätze müssen offen ausgetragen werden. Der Staat ist dazu da, das Recht auf die freie Rede wie auch auf die freie Gegenrede zu garantieren.
3. Die Grenzen von Demonstrationen sind durch das Gesetz gezogen. Sie gelten gleichermaßen für Demonstranten und Nichtdemonstranten. Die Meinungs- und Redefreiheit aller Staatsbürger muß geschützt werden.
4. Die Polizei muß in ihrer Rolle zwischen Demonstranten und Gegendemonstranten objektiv bleiben und darf nicht Partei ergreifen. Ihr Handeln als Polizeibeamter wird vom Recht bestimmt. Kleinliche Handhabung führt allerdings nicht zum Erfolg.
5. Ihre Aufgabe als Polizeibeamter ist die des Schiedsrichters. Sie müssen sich so verhalten, daß jeder das Gefühl hat, er könne sich ohne Vorbehalte an Sie wenden.
6. Für den störungsfreien Ablauf einer Demonstration ist in erster Linie der Veranstalter verantwortlich. Ihre Aufgabe als Polizeibeamter ist es, dabei zu helfen.
7. Demonstranten befinden sich oft in starker innerer Erregung, weil sie sich für ihre Ziele engagieren. Sie haben vielfach kein Verständnis für notwendige Regeln.
8. Bewahren Sie in schwierigen Situationen Selbstdisziplin und Besonnenheit. Ihre Ruhe wird auf andere ausstrahlen. Die Polizei muß überzeugen.
9. Lassen Sie sich nicht provozieren und zu unüberlegten Handlungen hinreißen. Einige wenige haben es immer darauf abgesehen. Wenn Sie übertrieben und vorschnell reagieren, erreichen Sie oft nur das Gegenteil. Es ist nicht Ihre Aufgabe, über politische Ziele der Demonstranten zu urteilen und sich lautstark zu äußern.
10. Verzetteln Sie sich beim Einschreiten nicht in Kleinigkeiten. Ignorieren Sie unwesentliche Ordnungsstörungen, um große zu vermeiden. Je wütender der Störer ist, desto gelassener müssen Sie sein."

Heinz Ruhнау

(Am 11.4.1968 ging dieses Schreiben bei den Revierwachen ein.)

CHRONIK DER DEMONSTRATIONSEREIGNISSE VOM 11. BIS 15. APRIL IN HAMBURG
=====

Donnerstag, 11.4.1968 zwischen 17 und 18 Uhr:

Das Pressereferat des AstA erhält die Nachricht vom Berliner Attentat auf Rudi Dutschke. Der AstA-Vorstand und fast alle Referenten sind bereits in der Erwartung eines langen Oster-Wochenendes nach Hause gefahren. Bei den verschiedenen politischen Hochschulgruppen, einschließlich des SDS, sieht es nicht anders aus. Zunächst wird versucht, genauere Informationen über die Ereignisse in Berlin einzuholen.

Bereits eine Stunde später bewegen sich in der Innenstadt kleine Studentengruppen und Fahrzeuge mit Transparenten und Plakaten, um die Öffentlichkeit von dem Verbrechen, seinen Hintergründen und Ursachen in Kenntnis zu setzen. Das Schwergewicht liegt auf der Mittäterschaft und Urheberrolle des Springer-Konzerns, insbesondere der BILD-Zeitung, durch deren langjährige Hetze und Stimmungsmache gegen die außerparlamentarische Opposition und den SDS, personifiziert durch Rudi Dutschke, das Klima für politischen Mord entstanden ist.

Gegen 21 Uhr erscheinen Jens Litten (1. AstA-Vorsitzender) und Sepp Binder (AstA-Referent) im Büro der Studentenschaft und begaben sich sofort mit Hand-Megaphonen in die Innenstadt, wo bereits ein Demonstrationzug vom Gänsemarkt zum Hauptbahnhof unterwegs ist. An der HAMBURGER ABENDBLATT-Filiale am Gänsemarkt fliegen die ersten Steine, zwei Scheiben gehen zu Bruch. Diese ersten Steinwürfe in Hamburg waren richtungweisend für die Eskalation der beiderseitigen Gewalttätigkeiten der folgenden Tage.

Auf dem Weg der Demonstranten zum Hauptbahnhof kommt es zwischen dem Ballindamm und Glockengießerwall in den schmalen Querstraßen zu ersten willkürlichen und konzeptionslosen Greifaktionen der Polizei, die nach Zeugenaussagen sich gegen Beteiligte und Unbeteiligte richten.

Im Hauptbahnhof lassen sich die Demonstranten zu einem Sitzstreik nieder, einige BILD-Zeitungen werden verbrannt. Eine Gruppe Polizisten (etwa 10) attackiert nach Aussage Sepp Binders (Polizeioberbeamter, der zur Zeit studiert) "in völlig unverständlicher und sinnloser Weise"

die friedlich sitzenden Demonstranten und greift wahllos einen jungen Mann heraus, wie sich später ergibt einen Fotografen, der als Schaulustiger aus einem der umliegenden Lokale gekommen war. Die Polizei: "ein Rädelsführer".

Zu ernsthafteren Zusammenstößen kommt es an diesem Abend nicht, noch vor Mitternacht löst sich die Demonstration im wesentlichen auf. Die Behauptung des Polizeipräsidenten Frenzel, schon an diesem Abend seien sechs Polizeibeamten durch Steinwürfe schwer verletzt worden, trifft nicht zu und dürfte auf einer Verwechslung mit den Ereignissen vom folgenden Freitag beruhen.

...

...

...

Freitag, 12.4.1968, 19.00 Uhr, Moorweide:

Mehr als tausend junge Menschen, Studenten, Schüler, Arbeiter und Angestellte haben sich zu einer Kundgebung auf der Moorweide am Dammtor zusammengefunden, zu der AstA, Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB) und Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) aufgerufen hatten. Der AstA-Vorsitzende Litten betont in seiner Ansprache, daß er nicht zu einer Demonstration zum Springer-Verlag und einer gewaltlosen Blockierung der Zeitungsauslieferung aufrufen könne, da ihm erstens das Mandat der Studentenschaft für einen solchen Aufruf fehle und zweitens er selbst die Verantwortung nicht übernehmen könne für eine Aktion, deren gewaltloser Ausgang nicht zu garantieren sei.

Der Sprecher des SDS fordert, entsprechend dem Beschluß des SDS-Bundesvorstandes, zu einer Verhinderung der Zeitungsauslieferung auf.

Gegen 20.00 Uhr ist die Kundgebung beendet, die Teilnehmer bilden einen Demonstrationzug über Dammtorstraße, Gänsemarkt, Jungfernstieg, Große Bleichen zum Verlagshaus des Springer-Konzerns. Die AstA-Vertreter Litten, Binder und Otto (Kressereferent) haben sich mit Handmegaphonen an die Spitze des Zuges gesetzt, um den Überblick und die Kontrolle über die Aktion zu behalten, die auf studentische Initiative zurückzuführen ist und für deren disziplinierten Ablauf sie sich verantwortlich fühlen.

Die Zufahrtstraßen zum Springer-Haus sind mit "Hamburger Gittern" und durch Polizeiketten abgesperrt.

Bei Eintreffen des Demonstrationzuges vor der Absperrung an der Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße/Fuhrentwiete ist das Verhältnis zwischen Demonstranten und Polizei sofort sehr gespannt, da einige Demonstranten versuchen, die "Hamburger Gitter" auseinanderzureißen. (Hieran sind vor allem "Rocker" beteiligt, deren provozierendes auftreten besonnene Demonstranten zu verhindern suchen.) Einzelne Polizisten machen jetzt schon von dem Schlagstock Gebrauch, einige Demonstranten werden festgenommen; einer von Ihnen hatte lediglich nach der Dienstnummer eines Polizisten gefragt.

Innerhalb kurzer Zeit beruhigt sich die Situation jedoch wieder, da die Gitter jetzt in Ruhe gelassen werden. Die AStA-Vertreter rufen über Megaphone immer wieder zur Besonnenheit auf und organisieren einen Sitzstreik, außerdem fordern sie die Mehrheit der Demonstranten auf, sich auf die anderen Zufahrtstraßen zu verteilen, weil in kleineren Gruppen leichter Disziplin zu wahren ist als bei großen Massen. Innerhalb kurzer Zeit sind alle Zufahrtstraßen durch Polizeiketten, Gitter und davor sitzende Demonstranten veraperrt.

Diese Situation ändert sich im Verlauf der nächsten ca. zwei Stunden nur insofern, weil in den Zufahrten, wo Baumaterial in unmittelbarer Nähe lagert, von den Demonstranten mithilfe von Brettern, Bohlen und schubkarren Barrikaden gebaut werden, als Schutz gegen Wasserwerfer- und Schlagstockattacken der Polizei für den Fall eines gewaltsamen Durchbruchversuches.

Ein erster, kaum ernstgemeinte Durchbruchversuch erfolgt - noch ohne Polizeiunterstützung - in der ABC-Straße und endet ohne eine Aufforderung zur Räumung vor den Polizeigittern. Der Transportkonvoi setzt zurück in die Fuhlentwiste, dreht in Richtung Valentinskamp und setzt sich mit dem Wasserwerfer an der Spitze in Bewegung.

Der Wasserwerfer "verschiebt" seinen ganzen Tankinhalt auf die Demonstranten hinter der Barrikade und wird mit zum Teil schweren Steinen beworfen, die auf der U-Bahnbaustelle allzu verlockend herumliegen. Außerdem bestehen die - laut Kommandeur Leddin - rund Hundert Demonstranten an dieser dunklen und unübersichtlichen Stelle zu einem erheblichen Teil aus "Rockern" und weitaus aggressiveren jungen Leuten als an den anderen Zufahrten. Der leere Wasserwerfer setzt zurück. Trotz der Erfahrung mit den Steinwürfen auf den Wasserwerfer gibt Leddin jetzt das Kommando zum Räumen und schickt seine Beamten ohne Deckung und Kopfschutz nach vorn. Mit gezogenen Gummiknüppeln setzen etwa zwei Züge Polizisten über die erste Barrikade und werden prompt mit Steinwürfen von Demonstranten empfangen, die hinter einer zweiten Barrikade, die Leddin übersehen hatte, stehen.

Innerhalb weniger Minuten werden sechs Polizisten erheblich verletzt, das Räumkommando flieht, Leddin befiehlt: "Zurück, zurück!" Der erste ernsthafte Durchbruchversuch ist gescheitert.

Bilanz: eine unbestimmte Zahl verletzter Polizeibeamter, davon sechs oder sieben erheblich verletzt, ein verletzter Pressefotograf, eine unbestimmte Anzahl verletzter Demonstranten, die heil davongekommenen Polizisten in verständlicher Wut und Erregung.

Etwa zehn Minuten später werden dieselben Beamten bei der nächsten Räumaktion einer vollkommen anderen Situation gegenübergestellt: Der aufgetankte Wasserwerfer ist an der Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße/Fuhlen-twiete aufgefahren, wo der von den Asta-Vertretern disziplinierte Sitzstreik vollständig auf passives Verhalten eingestellt ist. Sanitätsfahrzeuge hatten an dieser Stelle, wo es auch keine Barrikade gibt, mehrfach ungehindert passieren können.

Die einmalige Lautsprecherdurchsage der Polizei, den Weg für die Springerfahrzeuge freizumachen, geht in den Empörungsschreien der Demonstranten über den aufgefahrenen Wasserwerfer und die drohend aufgezogenen Polizeitruppen unter. Sie ist nur in den ersten Reihen der Sitzenden zu hören. Die letzte überall zu verstehende Lautsprecherdurchsage kommt aus einem Asta-Megaphon: "Verhaltet euch passiv! Laßt euch nicht provozieren!" Dann "schießt" der Wasserwerfer aus unmittelbarer Nähe in die sitzenden Demonstranten, die ihm den Rücken zuwandten.

Nach etwa zwei bis drei Minuten wird der Wasserwerfer abgestellt, die Demonstranten sitzen unverändert mit dem Rücken zur Polizei, die jetzt die Gitter auseinanderreißt. Etwa fünfzig Mann fallen mit Gummiknüppeln über die Sitzenden her und prügeln wahllos auf sie ein. Vielen, vor allem den hinten Sitzenden gelingt es noch aufzustehen und zu fliehen, sie werden von knüppelschwingenden Polizisten verfolgt und weitergeschlagen. Eine unbestimmte Anzahl der Sitzenden kommt gar nicht mehr dazu aufzustehen, wird auf die Köpfe geschlagen und bleibt liegen, bis die unmittelbar hinter den Polizisten herkommenden Sanitäter sie fortbringen.

Gleichzeitig mit dem Einsatz der Polizei werden auch mehrere Tränengaskörper geworfen. So wird innerhalb von fünf bis sechs Minuten eine Bresche für den Transportkonvoi frei, der mit dem Wasserwerfer an der Spitze passieren kann. Obwohl das Ziel der Räumaktion damit erreicht ist, wird immer noch auf Demonstranten eingeschlagen, Greiftrupps nehmen zahlreiche junge Leute fest - zumeist wahllos und nach undefinierbaren Maßstäben - immer jedoch unter Anwendung von Schlägen und körperlicher Gewalt. Aus den Reihen der Schaulustigen und Demonstranten, die hinter den Sitzenden standen, wird der passierende Konvoi mit Steinen und einer Rauchbombe beworfen.

Die dritte Räumaktion in dieser Nacht erfolgt nach inzwischen "bewährtem" Rezept in der Kaiser-Wilhelm-Straße in Richtung auf den "Carl-Muck-Platz. Hier haben die Demonstranten eine Barrikade errichtet und sitzen dahinter auf der Erde. Etwa gegen Mitternacht fährt der Wasserwerfer auf und beginnt seine Ladung auf die Demonstranten zu entleeren. Die Demonstranten

bleiben sitzen, die Schaulustigen flüchten in die Hauseingänge. Polizei stürmt über die Barrikade und prügelt die Sitzenden entweder nieder oder in die Flucht. Nachrückende Polizei räumt die Barrikade ab, der Weg für den Konvoi mit dem Wasserwerfer an der Spitze ist frei. Das Ziel der Räumaktion ist erreicht.

Dennoch schlägt die Polizei weiter auf Flüchtende ein, die vereinzelt mit Kunststoff- oder Holzplatten (vermutlich von einer Baustelle) ungezielt in Richtung Polizei werfen. Einige Polizisten schleudern die Wurfgeschosse zurück hinter den Flüchtenden her. Verletzte Polizisten werden hier nicht beobachtet, dafür eine große Anzahl verletzter Demonstranten und Schaulustiger, die jetzt ebenfalls aus den Hauseingängen herausgezerrt und geschlagen werden. Ein Polizeioffizier kommandiert: "Nachsetzen, nachsetzen!" Die Greifaktionen ziviler und uniformierter Beamter sind auch hier nach bekanntem Muster zu beobachten. Auf strampelnde Festgenommene wird vereinzelt solange eingeschlagen bis sie sich nicht mehr rühren. Wer dann nicht gehen "will" oder bewusstlos auf der Erde liegt, bekommt solange "aufmunternde" Knüffe und Tritte bis er sein "Simulieren" aufgibt und sich "zusammennimmt" oder wird fortgeschleift (Anführungszeichen bezeichnen wörtliche Zitate, die der Autor als Augen- und Ohrenzeuge bestätigt). Bei dieser Räum- und Verfolgungsaktion in der Kaiser-Wilhelm-Straße werden im Getümmel parkende Fahrzeuge beschädigt.

Zu weiteren Räumaktionen der Polizei kommt es in dieser Nacht nicht mehr, da inzwischen die Zeitungstransporte längst passiert haben und Leddin sich überzeugen läßt, daß weiteres Räumen nur polizeilicher Selbstbestätigung diene und sachlich nicht mehr gerechtfertigt sei, da zudem die Zahl der Demonstranten ständig abnimmt.

Verschiedene voneinander unabhängige Zeugen berichten über Greifaktionen ziviler Polizei vor der "evierwache 10 in der Hohe Bleichen. Mehrere Junge Leute, die hier zufällig auf dem Weg nach Hause vorbeikommen, werden willkürlich gegriffen, durch das schnell geöffnete Gittertor der "evierwache in den Torgang befördert und dort sowie auch im Gebäude mißhandelt. Die Schreie sind auf der Straße zu hören. Die uniformierten Beamten, die das Tor bewachen, sehen tatenlos zu.

der Aufforderung zum Abzug von Polizisten als "Rädelsführer" attackiert, kann sich aber der Festnahme entziehen. Auf dem Weg zur Universität gelingt es ihm, kleinere Gruppen am Ausbrechen in Richtung Hauptbahnhof bzw. Springer-Haus zu hindern: die Demonstranten haken sich ein und bilden Ketten. Während dieses friedlichen Zuges durch die Innenstadt werden von Greiftruppen einige Demonstranten - vorwiegend SDS-Mitglieder - nach Liste festgenommen, d.h. ohne daß ein erkennbarer Grund vorliegt. Die Diskussion im Audimax verläuft den Umständen entsprechend ruhig und diszipliniert.

Alle Diskussionsredner, auch die Mitglieder des SDS, bekennen sich erneut zur strikten Einhaltung der Gewaltlosigkeit bei Demonstrationen. Es wird der Beschluß gefaßt, eine Delegation unter der Leitung eines älteren Herren ins Polizeipräsidium zu entsenden, um wenn möglich die Gründe für die am Nachmittag erfolgte Festnahme der vier SDS-Mitglieder zu erfahren und sich für die Freilassung der übrigen Festgenommenen einzusetzen. Die Versammlung beschließt weiter, die Delegation zu begleiten und vor dem Polizeihochhaus am Berliner Tor Solidarität mit den Festgenommenen zu bekunden und den Bericht der Delegation zu erwarten. Gegen 22,30 Uhr betritt die sechsköpfige Delegation das Polizeipräsidium und wird von einem Beamten abgewiesen - Name und Dienstnummer nennt er nicht. Gegen 22,45 Uhr verläßt die Delegation unverrichteter Dinge das Polizeipräsidium. Gegen 23,15 Uhr trifft der Demonstrationzug vor dem Präsidium ein.

Die meisten Demonstranten setzen sich unter dem Vordach des Präsidiums auf die Erde und fordern in Sprechchören "Freiheit für den SDS" und "Ruhnau raus!", um direkt mit dem Innensenator zu sprechen. Etwas später lauten die Sprechchöre "Wir wollen alle heute noch in Schutzhaft" und "Ruhnau ist ein Hampelmann und da zieht der Springer dran". Gegen 23,30 Uhr fährt aus der Richtung Hauptbahnhof eine vom Springer-Haus abgezogene Hundertschaft auf. Kaum haben die Mannschaftswagen gestoppt, springen die Polizisten mit gezogenen Knüppeln heraus, stellen sich in Zugformation auf, stürmen die etwa 30 Meter zum Präsidium hinüber und beginnen sofort auf die sitzenden Demonstranten einzuschlagen. Eine Warnung ist laut übereinstimmenden Aussagen von Demonstranten und Journalisten nicht erfolgt. Diese Knüppelaktion orientiert sich nach dem Eingeständnis Kommandeur Leddins am "Leberwurstprinzip" des ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Duensing.

Die Demonstranten werden also nach zwei Seiten auseinandergetrieben und noch viele hundert Meter von knüppelnden Polizisten verfolgt. Entgegen der Schutzbehauptung von Polizeipräsident Frenzel wurde der Polizeieinsatz nicht durch Steinwürfe provoziert, Zeugenaussagen auch von Unbeteiligten bestätigen dies. Es gibt ungezählte verletzte und bewusstlos geschlagene Demonstranten, die teilweise noch in diesem Zustand von Polizisten geschlagen und getreten werden. Es sind auffällig viele Mädchen unter Verletzten, da sie sich nicht so schnell in Sicherheit bringen können und offenbar ein bevorzugtes Ziel für die Sadisten unter den Polizisten sind.

Die in Richtung Hauptbahnhof flüchtenden Demonstranten werden von einem Mannschaftswagen verfolgt, der ohne Blaulicht oder Licht mit hoher Geschwindigkeit in die Menge fährt. Polizisten stürzen heraus und schlagen wahllos auf Passanten und Demonstranten ein.

Die Polizeiaktionen hören etwa gegen Mitternacht auf, die Demonstranten haben sich zerstreut. Keine weiteren Zwischenfälle.

Zeugenaussagen: Karfreitag, 12. April 1963

Verschiedene Schauplätze

Hans Esche, Student, 2 Hamburg 67, bei Großen Reich

Gegen 22,20 Uhr zogen sich die Beamten hinter die Absperrungen zurück, und es wurde ein Wasserwerfer auf gefahren, der nach einmaliger Aufforderung ("Wenn Sie sich nicht zerstreuen, wird Wasser gegen Sie eingesetzt!") gegen die Demonstranten saßen friedlich vor der Barrikade, zogen sich jedoch hinter diese zurück, als sie mit einem zunächst noch schwachen Strahl bespritzt wurden. Darauf begann ein gezielter Einsatz mit scharfem Strahl gegen einzelne Demonstranten, die sich hinter den Barrikaden bücken ließen. Das alles spielte sich in rascher Folge ab, ich selbst wurde von einem scharfen Wasserstrahl in das Gesicht getroffen und begab mich ziemlich benommen auf den Valentienstempel (in Richtung Karl-Lueck-Platz). Da ich Brillenträger bin, und meine Brille durch den Strahl naß geworden war, konnte ich kaum etwas erkennen. Plötzlich kamen einige Polizeibeamte auf mich zu. Jemand rief: "Den auch festnehmen, der hat auch mit Steinen geworfen!" und ich bekam einen Schlag mit dem Gummiknüppel über den rechten Oberarm. Zwei Beamte drehten mir gefaltsam die Arme auf den Rücken, obwohl ich zu verstellen gegeben hatte, daß ich freiwillig folgen würde. Unter Beschimpfungen (Studentenwecheln! Du Schwein, mit Steinen auf Frauen und Kinder zu werfen!) wurde ich über ein Baumgrundstück geschleift und zu einem Gefangenenwagen auf dem Springer-Gelände gebracht. Dort nahm man mir meinen Personalausweis ab. Meine Frage nach der Dienstnummer der mich abführenden Beamten wurde wie folgt beantwortet: "Halt's Maul, oder wir schlagen dir die Presse ein!" Dann wurde ich in die Gemeinschaftszelle des Gefangenen-Transporters gebracht.

Noch etwa einer Stunde hörte man draußen Stürmen. Jemand rief: "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten." Anschließend wurde derjenige, der gerufen hatte, mit barschem Ton zum Schließen aufgefordert und man hörte einen harten Schlag gegen die Karosserie des Wagens. Der Festgenommene wurde in unsere Zelle gebracht. Es handelte sich um einen 18-jährigen Kaufmannslehrling, der sagte, die Beamten hätten ihn heftig mit dem Kopf gegen die Karosserie gestoßen. Wegen 0,15 Uhr verließ der Wagen das Springer-Gelände. Man brachte uns zum Polizeipräsidium. Unterwegs wurden 6 oder 7 Gefangene ausgeladen. Nach etwa 10 Minuten in einer Einzelzelle wurde ich zur Person vernommen. Die Aussage zur Sache verweigerte ich. Ich wurde gegen meinen Willen fotografiert ("Ich nehme Ihren Protest zur Kenntnis, aber ich richte mich nicht danach. Meinen Personalausweis habe ich bis heute, den 17.4., nicht wiedererhalten. Um ca. kurz nach 2 Uhr morgens wurde ich dann freigegeben.

gez. Hans Esche

Zusammenfassung: Karfreitag, 12. April 1968,
Verschiedene Schauplätze

Günter Helrich, Student, 211 Buchholz, Gehäge 10

Kurz nachdem der Demonstrationzug am Karfreitag, den 12.4.68, die Absperrung am Axel-Springer-Haus Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße erreicht hatte, befand ich mich direkt am Absperrgitter. Auf der anderen Seite des Gitters standen Polizisten mit Schlagstöcken in Dreierreihen hintereinander. Nächstlich kam ein Polizist aus der hinteren Reihe zum Absperrgitter und prögelte ohne Anlaß auf einen neben mir stehenden Demonstranten ein. Mir schien das Handeln dieses Polizisten unerklärlich, und ich bat ihn direkt, als er noch zuschlug, um seine Dienstnummer. In diese Richtung hörte der Beamte auf, dreinzuschlagen, und mir bemerkte zu mir gerandt: "Du hast auch gleich welche bekommen!"

Als Wachmeister nachfolgenden höflichen bitten um die Angabe seiner Dienstnummer bzw. seiner Visitenkarte zog sich der Beamte rasch nach hinten unter die Polizisten, die den ganzen Vorgang passiv beigezogen hatten, zurück. Ich ging rechts an den Gittern vorbei zu den Polizisten und bat ebenfalls höflich um die Übergabe der Visitenkarte des betreffenden Beamten. Auf dem Weg zu ihm wurde ich von mehreren anderen Beamten behindert, mit den Worten: "Der hat hier nichts zu suchen!" Andere Beamte waren der Meinung, ich könne mir die Nummer ruhig holen.

Diesen Vorgang beobachtete der Polizist, der den Demonstranten grundlos geschlagen hatte, in 5 - 6 Metern Abstand, ohne zu reagieren.

Nach meinen wiederholten Fragen wurde ich von einer sich von hinten nähernden Polizistin in Zivil gegen das Absperrgitter gestoßen. Ich vermute klarzusprechen, daß ich lediglich die Dienstnummer des oben genannten Polizisten haben wollte. In diesem Augenblick trat ein höherer Polizeibeamter hinzu und sagte: "Verhaften Sie diesen Mann wegen Widerstandes." Kurz darauf fanden sich zwei Beamte bereit, mich abzuführen, nachdem sie erst gebögert hatten. Der Beamte mit dem höheren Dienstgrad befahl dann: "Führen Sie ihn mit Knebelkette!" Diese wurde mir dann auch angelegt. Nach einer einstündigen Fahrt mit der U-Bahn, in dessen Verlauf ich mich erst von dem festen Griff des einen Beamten, der einen rechten Arm verdreht hatte, befreien konnte und dann (als ich meinen Personalausweis vorgezeigt hatte, der mir sofort prob aus der Hand gerissen wurde, auch von der Knebelkette befreit wurde) kam erst der Gefangenentransporter. Ich wurde als einziger Gefangener in eine der drei Einzelzellen geführt. Nach ca. 1 Stunde kam noch ein kostenschwerer, ein betrunkenes mittleres Alter, in die Einzelzelle neben mir. Bis ca. 1 Uhr war der Zelle voll besetzt. Kurz darauf wurden wir zum Polizeirevier Leuberg gebracht, nach kurzer Vernehmung laufweise befreit und hier meinen Personalausweis gegen 1, 30 Uhr wieder und wurde freigelassen. Der gesamte Vorfall, der zu meiner Verhaftung führte, ist durch einen Zeugen und durch Photographien zu belegen.

gez. Günter Helrich

Zeugenaussagen: Karfreitag, 12. April 1968
Hohe Bleichen, Revierwache 10

Gerd Müller, Student, 2 Hamburg 13, Grindelallee 3

Gegen 1 Uhr nachts gab es einen Auflauf vor der Polizeiwache Hohe Bleichen. Als ich zu diesem Zeitpunkt hinzukam, ertönte der Ruf: "Einhaken!" Im gleichen Augenblick entstand ein Tumult an dem Toreingang und ich sah, daß ein Demonstrant von mehreren Polizisten durch das Tor hineingezogen wurde. Der Demonstrant fiel dabei zu Boden und drei Polizisten schlugen auf ihn ein. Ihr Opfer machte keinen Versuch, sich zur Wehr zu setzen, sondern versuchte nur, sein Gesicht vor den Schlägen zu schützen. Dabei schrie der Mißhandelte gellend. Da das eiserne Gitter hinter ihm geschlossen worden war, war es den außen Stehenden nicht möglich, ihm zu Hilfe zu kommen.

Nachdem der Demonstrant abgeführt worden war, trat ein Polizeibeamter vor das Tor. Er hatte den Vorgang mit Sicherheit mitangesehen. Auf die Frage der umstehenden Demonstranten nach seinem Namen und seiner Dienstnummer verweigerte er die Auskunft. Sein Kommentar: "Hab ich nicht nötig!"

gez. Gerd Müller

Hans Rudolf Möller, Student

Vor der Wache hatte sich eine Diskussionsgruppe gebildet. Dabei fiel das Wort "Faschisten". Die Polizei stürzte hinter dem Gitter hervor und begann zu schlagen. Mein Bruder wurde auch geschlagen. Ich rief: "Ich kann nicht zusehen, wie mein Bruder geschlagen wird! Bildet Ketten!" Polizisten riefen: "Was, Ketten bilden? Widerstand!" Ich wurde in den Polizeigriff genommen, obwohl ich sagte: "Ich geh ja freiwillig".

Gegen 2 Uhr morgens wurde ich von 5 Polizisten verhaftet, und, obwohl ich keinen Widerstand leistete, im Polizeigriff abgeführt. Die Hände und Arme wurden so über dem Rücken verdreht, daß ich gebückt gehen mußte. Dabei erhielt ich von unten her Faustschläge ins Gesicht und mein eigener Regenschirm wurde mir mit solcher Gewalt auf den Kopf geschlagen, daß er zerbrach.

Als ich in das Revier hineinkam, wurde ich mit dem Kopf gegen den Türpfosten geschlagen. Ich verlangte einen Arzt, weil ich stark aus der Nase blutete und anscheinend am Hinterkopf verletzt war. Der Arzt kam nach etwa einer halben Stunde, behandelte meine Platzwunde am Hinterkopf jedoch nicht.

Gegen 3.30 Uhr wurde ich entlassen und mußte ca. eine Stunde durch das nächtliche Hamburg gehen, bevor ich im Hafens Krankenhaus ankam und die Platzwunde genäht werden konnte.

Zeugenaussagen: Karfreitag, 12. April 1968
Hohe Bleichen, Revierwache 10

Reinhard Gottmann, 6411 Schloß Bieberstein b. Fulda
(zu Besuch in Altona, Zeitwiete 10)

Gegen 23.30 Uhr am Karfreitag ging ich mit meinem Bruder an der Revierwache 10 vorbei. Plötzlich stieß mich jemand weg, ca. 10 Männer griffen meinen Bruder, schleppten ihn hinter das Eisengitter der Wache. Zwei uniformierte Beamte öffneten das Tor und schlossen es wieder sofort hinter der Gruppe. Die uniformierten Beamten taten nichts dagegen. Nach 8 Stunden wurde er wieder freigelassen. Ihm wird Landfriedensbruch, Aufwiegelung und Barrikadenbau vorgeworfen.

Ich habe noch einen anderen Fall gesehen. Ein Demonstrant wurde auch von einer Gruppe ziviler Personen überfallen und sollte weggeschleppt werden. Hinzugelaufene Demonstranten konnten das verhindern.

Zeugenaussagen: Karfreitag, 12. April 1968

Verschiedene Schauplätze

Jutta Stackenberg, 21 Hamburg 90, Bornemannstr. 22

Polizeiaktion Karfreitag, Kaffamacherreihe Ecke Valentianskamp. Bei der Verfolgung von Demonstranten, die vor Wasserwerfern flüchteten (und vor Knüppeln der Polizei) sah ich, wie vier Polizisten einen offenbar besinnungslosen Demonstranten an den Beinen hochhielten und dabei mit ihren Knüppeln auf den Hinterkopf des Mannes einschlugen. Ich war außer mir vor Entsetzen über diese ungeheuerlichen Behandlungsweisen der Polizei und wollte mich dazwischenwerfen, um den Mann zu schützen. Ein Bekannter von mir versuchte, mich zurückzuhalten. Darauf stürzten sich die Polizisten auf ihn und verprügelten ihn ebenfalls. Mir taten die Polizisten nichts und ich lief weg.

Ostermontag, Polizeihochhaus: Bedrohung von Demonstranten durch Mannschaftswagen nach der Knüppelrei. Straße vor dem Hochhaus. Polizeiauto (Mannschaftswagen) fuhr aus der Kolonne ausschierend auf die Demonstranten zu (Fahrzeug fährt von der rechten Fahrbahnseite auf die linke hinüber), mit voller Fahrt (Vollgas, ohne Bremsen, Demonstranten müssen zur Seite springen).

Inge Jahnke, Lehrerin, 26 Jahre, 2 Hamburg 33, Ruthsweg 8
Protokoll vom Freitag Abend, Stadthausbrücke, 23 Uhr - 23,45 Uhr.

Ich saß zusammen mit anderen Demonstranten gegen 23.15 Uhr in der zweiten Reihe vor den Absperzgittern Stadthausbrücke. Etwa 10 Reihen Demonstranten saßen auf dem Boden. Dahinter stand eine nicht einsehbare Menge Sympathisanten und Neugierige.

Zeugenaussagen: Karfreitag, 12. April 1968
Verschiedene Schauplätze

Fortsetzung Inge Jahnke.

Ein Wasserwerfer fuhr auf etwa 20 Meter an das Gitter heran und forderte einmal die Demonstranten auf, die Straße zu verlassen, sonst würden Wasserwerfer eingesetzt. Gelächter erhob sich. Die Demonstranten blieben sitzen, der Wasserwerfer spritzte aus 15 Metern Entfernung auf die sitzenden Demonstranten. Nach etwa drei Minuten sprangen plötzlich Reihen von Polizisten in die sitzenden Demonstranten und begannen zu prügeln. Ohne Wahl wurde auf Köpfe und Schultern eingeschlagen. Obgleich für die Durchfahrt des Wasserwerfers und der Springer-Fahrzeuge vielleicht insgesamt eine Schneise von 7 Metern benötigt wurde, sollte anscheinend die ganze Breite der Straße durch Prügelstücke der Polizei geräumt werden.

Ich bekam zunächst während des Zurückflutens der Demonstranten zwei gezielte Schläge mit einem Gummiknüppel auf den Kopf. Ich sackte zusammen, hielt die Arme schützend auf den Kopf und erhielt noch einmal mindestens 5 Schläge auf die Arme und Schultern. Mittlerweile waren Tränengasgranaten in die Demonstranten geworfen worden. Ich konnte nicht atmen. Ich stand, mich an einem Demonstranten festhaltend, wieder auf und erhielt noch einmal mindestens einen Schlag auf den Kopf. An dem Mantel eines Demonstranten festgeklammert, zog ich mich aus den vorderen Reihen zurück.

Etwa 3 Minuten später machte mich ein Demonstrant darauf aufmerksam, daß ich stark blutete. zwei Symsthiassanten brachten mich mit ihrem Privatwagen ins Altonaer Krankenhaus. Dort wurde eine Platzwunde von etwa 6 Zentimetern Länge und eine von 2 Zentimetern genäht.

Nach Röntgenaufnahmen vom Kopf und dem linken Arm, der eine erhebliche Prellung aufwies, wurde ich gegen 1,30 Uhr aus dem Krankenhaus entlassen mit dem Hinweis, daß es sich um eine leichte Gehirnerschütterung handelte.

Kommilitonen, die im Altonaer Krankenhaus angerufen hatten, erhielten zunächst die Auskunft: "Der Demo gehört mal gründlich der Hintern versohlt!" (oder ähnlich). Zeugin: Dorothee Otto.

gez. Inge Jahnke

Zeugenaussagen: Karfreitag, 12. April 1963

Verschiedene Schauplätze

Wilhelm Herzog, Journalist, 2 Parkburg 22, Orienttreppe 8

Zeuge: Herr Lübker, 2 Parkburg 20, Eppendorfer Baum 30

Ich stand in der Nacht von Karfreitag auf Sonnabend um etwa 0,30 Uhr innerhalb des polizeilichen Abperrungsgebiets auf der Kaiser-Wilhelm-Straße, schräg gegenüber der Straße, auf der links hier. Da beobachtete ich folgenden Vorfall: Nieder einmal zerrten zwei Beamte einen jungen Mann halb im Laufschrift über die Straße. Beide hatten den rechten und den linken Arm des jungen Mannes verdreht, einer hatte ihn in die Haare gefaßt. Der junge Mann war also völlig wehrlos. Als die beiden Polizisten mit ihren Gefangenen in einem der Straßenecken stehenden älteren Polizisten vorbeizogen, trat dieser dem jungen Mann mit voller Wucht ins Kreuz. Ich ging sofort auf den älteren Polizisten zu, zeigte meinen Pressenausweis und bat ihn um seinen Namen und um die Dienstnummer. Der Polizist verweigerte mir dies und entfernte sich schnell und verschwand in einer Menge anderer Polizisten.

Herr Lübker, der diesen Fall gleich als beobachtet hatte, trat auf mich zu und bot mir an, mir bei der Feststellung der Identitäten des Polizisten zu helfen (Herr Lübker konnte ich bis dahin nicht). Wir verloren den Polizisten zunächst aus den Augen, fanden ihn aber nach etwa einer Stunde per Zufall wieder. Auch diesmal verweigerte er Namen und Dienstnummer. Inzwischen hatte sich ein dritter Herr zu uns gesellt: Peter Jacobi. Wir drei verlangten nun von einem Polizeioffizier, er möge uns helfen, Name und Dienstnummer des Polizeireters festzustellen. Der Treter war inzwischen in eine Mannschaftswagen retiriert. Wir fanden ihn. Der Polizeioffizier forderte ihn auf, seine Dienstnummer herauszugeben. Die Dienstnummer: 11515.

Herr Jacobi ist Zeuge aus unmittelbarer Nähe nach dem Polizisten. Er hat den Polizisten fotografiert. Die Photographie liegt bei mir vor.

gez. Wilhelm Herzog

gez. Peter Jacobi

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968

Kornträgergang

Rainer Frank, 2 HH 70, Rüterstraße 69

Ich war Zeuge, wie bei der Räumungsaktion im Kornträgergang - zwischen dem Rademschergang und dem Stacheldrahtverhau auf der Höhe des umgestürzten Autos Polizisten sitzende Demonstranten in den Magen traten, eine alte Frau zusammenschlugen, einem Fotografen auf die Kamera schlugen und andere Fotografen beim Fotografieren behinderten. Auf die friedlich sitzenden Demonstranten wurde ohne Warnung eingeschlagen, ohne daß sie sich zur Wehr setzten.

Hertwig Schulz, 2 HH 20, Heckscherstraße 52

Zeit: 18.30 Uhr

Beim Zebrastrreifen sahen wir die Demonstranten auf der Straße. Wir hörten Rufe wie: "Da kommt einer!" und "hinsetzen!", "Sitzstreik". Zu diesem Zeitpunkt konnten wir das Fahrzeug noch nicht sehen, wir hörten aber den Motor immer lauter werden. Wenige Sekunden später sahen wir, wie der Abendblatt-Transporter den Demonstranten erfaßte. Der Fahrer fuhr weiter, obwohl er wissen mußte, daß er jemanden angefahren hatte.

gez. Hartwig Schulz

Helmuth Kalle, 2 HH 20
Heckscherstraße 52

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968

Bäckerbreitergang

Achill Cabanis, 2 HH 13, Rathenbaumchaussee 1

Meine Verlobte und ich saßen - eingehakt mit anderen Demonstranten - hinter den errichteten Barrikaden am Boden. Die Polizei setzte ohne Warnung Wasserschläuche ein und richtete sie direkt auf die am Boden Sitzenden (etwa 40-50), die jedoch sitzen blieben. Darauf stürzten sich mehrere Beamte auf sie und versuchten, sie wegzuzerren. Meine Verlobte wurde an den Beinen gepackt und weggezogen, ein Polizist schlug ihr mit dem Knüppel mehrmals auf die Beine. Ich selbst hielt sie an einem Arm fest, mußte jedoch loslassen, als ich einen Faustschlag ins Gesicht erhielt. Meine Verlobte wurde abtransportiert, ich folgte freiwillig nach. In der Kommandozentrale der Polizei wurde uns mitgeteilt, daß wir verhaftet seien. Zusammen mit 2 weiteren Demonstranten verlangten wir nach einem Arzt, wurden jedoch vertröstet, bis wir auf der Wache seien. In der Protokolleufnahme wurde mir Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Verstoß gegen das "Bannmeilengesetz" vorgeworfen. Eine Aussage zur Sache lehnte ich ab.

Ich möchte noch feststellen, daß von unserer Seite kein Widerstand geleistet wurde und ich dergleichen auch nicht beobachten konnte.

gez. Achill Cabanis

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Kornträgergang

Erwin Huber, kaufmänn. Angestellter, 2 HH 72, Am Knill 93d

Um 15 Uhr 30 begann ich meine Aufnahmen von der Abschlußkundgebung des Ostermarsches am 15.4.1968 auf der Moorweide. Ich hatte die Absicht, den Verlauf der Demonstration und der einzelnen Reden für private Zwecke, (ich bin Tonbandamateurl), festzuhalten.

Nach Beendigung der Abschlußkundgebung begleitete ich die Demonstranten auf dem Weg von der Moorweide über den Stephansplatz, Gorch-Fock-Weil, Karl-Muck-Platz zur Kaiser-Wilhelm-Straße, Richtung Planten un Blomen. Ich interviewte Demonstranten und Polizisten, um mir ein Bild von den Ansichten und Stimmungen bei diesen Gruppen zu machen.

Einige Studenten berichteten mir von dem Unfall im Kornträgergang, bei dem ein Demonstrant von einem Wagen des Hamburger Abendblattes überfahren worden sein sollte.

Ich begab mich dorthin und befragte an Ort und Stelle einige Studenten und Augenzeugen zu dem Vorfall.

Bis zu meiner Verhaftung befragte ich auch vier Polizisten; es ging dabei um die Bewertung des Unfalles, ich fragte aber auch zwei Polizisten, warum sie mit Gummiknüppeln und Plakatstangen auf mehrere Demonstranten einschlugen, die, wie ich beobachtete, keinerlei aggressive Verhaltensweisen gezeigt hatten, sondern friedlich am Boden vor dem Hamburger Gitter des Kornträgerganges saßen.

Einer der beiden Polizisten sagte mir schließlich auf mehrfaches Verlangen seine Dienstnummer, diese ist mit dem Tonbandgerät aufgezeichnet worden. Der andere Polizist drohte mir Prügel mit seinem Schlagstock an, als ich ihn auf seine momentane Tätigkeit und deren Rechtfertigung ansprach. Auch dieser Vorgang ist auf dem Tonband aufgezeichnet; ich habe mich davon unmittelbar nach den Aufnahmen überzeugt. Außerdem wurde das Tonband nach meiner Verhaftung von Herrn Leddin in Gegenwart von anderen Polizisten im Vertriebshof des Springerhauses teilweise abgehört.

Als ich meine Beobachtungen kommentierte, riß mir ein älterer Polizist ohne eine Erklärung in rüder Manier das Mikrophon aus der Hand und zerrte mich zum Hamburger Gitter des Kornträgerganges und übergab mich einem anderen Polizisten.

Mir wurde mein Tonbandgerät unter Androhung von Gewalt abgenommen, man spielte das Tonband unter Heiterkeitsanfällen der Polizisten teilweise ab, dann wurde ich in einen Raum gebracht, in dem man meine Personalien aufnahm. Man brachte mich dann mit einem Gefangenewagen zur Polizeiwache Depenau, dort wurde ich unter Androhung von Gewalt gegen meinen Willen photographiert. Als ich vernommen werden sollte, verweigerte ich die Aussage. Man erklärte mir, daß ich Landfriedensbruch begangen hätte und den älteren Polizisten, der mich festgenommen hatte - es handelte sich um den Kommandeur der Hamburger Schupo, Herrn Leddin, - beleidigt hätte. Das Tonband wurde unter Androhung von Gewalt mir abgenommen und beschlagnahmt, als Beweismittel für den späteren Prozeß gegen mich.

Da ich weder Herrn Leddin beleidigt, noch Landfriedensbruch begangen habe, sehe ich Festnahme, Anzeige und Beschlagnahme als Willkür an. Für die öffentliche Auswertung stelle ich meine Aussagen zur Verfügung.

gez. Erwin Huber

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Kornträgergang

Thomas Erdner, Student, 2 Hamburg 63, Sengelmannstr. 183

Ich stand mit meiner Frau im Kornträgergang in der Nähe der Barrikade. Beim Einsatz der Wasserschläuche wollten wir uns in die Menge zurückziehen. Dabei wurde ich von einem Polizisten an den Oberarmen gepackt. Er schrie mich mit verzerrtem Gesicht an: "Verschwinde hier sofort!" Ich sagte ihm, daß ich das wollte. Er führte mich daraufhin ab, was ich widerstandslos geschehen ließ. Einige Meter weiter kam uns ein Polizist entgegen, der mich mit seinem Gummiknüppel auf den Kopf schlug und dabei eine Platzwunde am Scheitelbein erzeugte. Ich wurde zu Bodangeschleudert, und ein oder mehrere Polizisten prügelten auf mich ein, während ich auf dem Boden lag. Sie hörten erst auf, als ein anderer Polizist sie an weiteren Schlägen hinderte. Ich stand wieder auf und ging mit einem anderen Polizisten weiter in Richtung Kaiser-Wilhelm-Straße. Als wir an die Absperrungen kamen, packte mich ein Polizist und warf mich über die Absperrung. Danach wurde ich von einem Polizisten in Zivil in Polizeigriff genommen und zum Gefangenenwagen in der Nähe des Springer-Hauses gebracht.

Da die Platzwunde an meinem Kopf stark blutete, verlangte ich nach einem Arzt. Ich bekam die Auskunft: "Der kommt schon noch." Wir fuhren nach ca. einer halben Stunde zum Polizeipresidium, wo wir wir hielten und dann weiterfuhren zur Gefangenen-Sammelstelle in der Polizeikaserne in Alsterdorf. Als wir dort ausgeladen wurden und ich mit dem Hinweis auf die stark blutende Kopfverletzung einen Arzt verlangte, sagte der angesprochene Polizist: "Wenn es schlimm wäre, wäre er schon im Krankenhaus."

Ich wurde in den Sammelraum geführt und dort sitzengelassen. Ich hatte starke Kopfschmerzen, leichte Übelkeit und verlor Blut.

Nach einiger Zeit kam ein Arzt, Dr. Heppner, der sich die Platzwunde besah und sofortigen Transport ins AK Barmbek anordnete. Die Polizisten bestanden jedoch auf einer Vernehmung. Ich wurde ins Vernehmungszimmer geführt und von KOM Kirchner vernommen. Ich verweigerte die Aussage zur Sache. Die Antwort von Kirchner: "Sie sind schlecht beraten worden von den Leuten, die Ihnen sagten, daß sie die Aussage verweigern sollen."

Als Kirchner meine blutigen Hände sah, sagte er sinngemäß: "Das ist wohl das Blut eines Polizisten, den sie angegriffen haben." Des Weiteren sagte er: "Sie sind ja ganz naß, es hat doch gar nicht geregnet." Auf den Hinweis, das käme von den Wasserschläuchen der Polizei, bekam ich zur Antwort: "Sie haben ja auch selber schuld, warum gehen Sie dahin."

Die Vernehmung dauerte ca. eine 3/4 Stunde. Dann wurde ich nicht, wie vom Arzt verordnet, ins AK Barmbek, sondern ins UG-Lazarett gebracht. Dort traf ich um 22,30 Uhr ein, also drei Stunden nachdem ich zuerst einen Arzt verlangt hatte.

Fortsetzung nächste Seite

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968

Kornträgergang

Fortsetzung Thomas Erdner

Im UG - Lazarett wurde ich in ein Gebiet geführt, das wegen TBC-Gefahr mit folgendem Schild gesperrt war:

VORSICHT TBC - NICHT BETRETEN - ANSTECKUNGSGEFAHR
NUR FÜR LUNGENKRANKE

ich wurde dann ärztlich behandelt und in eine Zelle im UG gebracht, wo ich die Nacht verbrachte. Am nächsten Morgen wurde ich vom Erkennungsdienst vernommen.

Bis 17 Uhr wurde ich mit ca. 25 anderen Gefangenen im UG festgehalten und dann ohne weitere Begründung entlassen.

Von den 25 Gefangenen waren nur ca. 5 Studenten. Der Rest bestand aus Arbeitern und Angestellten.

gez. Thomas Erdner

Jochen Hamann, Graphiker, 236 Bad Segeberg, Bahnhofstr. 15

Am 15. 4. 68 beobachtete ich etwa gegen 19 Uhr, wie in dem Kornträgergang zwei Polizisten mit der Aufnahme des Unfalls beschäftigt waren, bei dem ein Demonstrant von einem Kfz des Springerverlages überfahren worden war.

Ich sah auf der Straße einen Blutfleck und die Scherben, die offenbar von dem beteiligten Fahrzeug stammten. Die Scherben waren von der Polizei mit gelben Kreidestrichen auf der Straße markiert.

Ich bemerkte, wie ein ca. 40-jähriger Mann, der nicht zur Polizei gehörte, die Spiegelscherben von der Straße in ein Taschentuch sammelte, offenbar um mögliche Indizienbeweise aus der Welt zu schaffen. Als ich ihn auf die Unzulässigkeit seiner Verhaltensweise hinwies, beschimpfte mich dieser Mann. Ich wandte mich an einen der beiden aufnehmenden Polizisten und bat ihn, die Handlungen des 40-jährigen Zivilisten zu unterbinden, da sie mir zur Deckung des flüchtigen Täters beizutragen schienen. Der Polizist reagierte nicht, auch nicht nach mehrmaliger Aufforderung. Der Scherbensammler hörte erst auf, als er offenbar Angst bekommen hatte, sich strafbar zu machen.

Der Polizist scheint mir in eindeutiger Weise seine Sorgfaltspflicht verletzt zu haben.

Der Sammler gab auf Drängen mehrerer Demonstranten freiwillig seine Adresse bei einem anderen Polizisten an, den wir dann auf diesen Vorfall aufmerksam machten.

Ob die Polizei sich die Scherben tatsächlich verschafft hat oder ob sie die den Täter begünstigenden Handlungen dieses bei der Polizei bekannten Mannes hingenommen hat, habe ich nicht klären können.

Mit der öffentlichen Auswertung dieser Aussage bin ich einverstanden.

gez. J. Hamann

Ich habe die gleichen Beobachtungen bei der Unfallaufnahme gemacht und bestätige die Aussage des Herrn J. Hamann. Mit öffentlicher Auswertung dieser Aussage bin ich einverstanden.

gez. Michael Rinast
236 Bad Segeberg
Falkenburger Str. 118

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
abends, Unileverhaus

Niels N. v. Haken, 2 Hamburg 55, Scheanfelder Landstraße 104

1.) Ein Hundeführer ließ seinen Hund einen Demonstranten anspringen und bedrohte mehrere andere. Die Demonstranten hatten sich voll kommen ruhig verhalten.

2.) Ein Mann im grauen Mantel und blauem Helm schlug ein Mädchen mit der Faust an den Kopf. Begründung des Mannes: sie sei nicht schnell genug zurückgegangen.

3.) Als Polizisten mich und mehrere Demonstranten zurückdrängten, wurde ich von hinten auf die linke Schulter geschlagen. Einem anderen Demonstranten wurde die Brille vom Kopf geschlagen. Als ich darauf einen Polizisten zur Rede stellte, stieß er meinen Kopf mit der Hand zurück. Er sagte: "Was willst Du eigentlich, die Brille ist doch noch heil!" Auf die mehrfache Aufforderung, mir seine Dienstnummer zu geben, reagierte der Polizist nicht.

4.) Ort: Musikhalle. Wir marschierten auf dem Borch-Fock-Wall in Richtung Musikhalle. Die Reihe, in der ich marschierte, bog direkt an der Musikhalle ab. Die erste Reihe bog erst an der Verkehrsinsel ab. Dort stand ein Polizeiwagen. Als die Demonstranten friedlich vorbeigehen wollten, wurde ein Demonstrant (er trug einen Helm) gründlich zusammengeschlagen. Ein anderer Demonstrant, der fortlief, wurde von einem Polizisten verfolgt und mehrmals mit dem Gummiknüppel geschlagen.

gez. N.N. v. Haken

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Kornträgergang

Hermann Mädler, 2 Hamburg 90, Binnenfeld 18 a

Mit mehreren hundert Menschen, jungen und alten, Arbeitern, Oberschülern und Studenten, war ich Teilnehmer der friedlichen Demonstration gegen die Manipulierung der Öffentlichkeit durch das Verlagshaus Axel Springer am Ostermontag am Kornträgergang.

Die Demonstranten saßen ruhig und diszipliniert vor der Polizeikette und den Absperrungen. Gegen 19 Uhr wurde ohne ersichtlichen Anlaß und ohne eine vorherige Aufforderung, den Platz zu verlassen, plötzlich mit Wasser aus Hydranten und Schlagstöcken gegen die Sitzenden vorgegangen. Die Demonstranten standen auf, hakten sich ein und zogen sich, mit dem Gesicht zur Polizei gewandt, zurück. Die Demonstranten riefen: "Pfui, pfui!" Hemmungslos wurde auf die nächsten Menschen durch die Polizisten eingeschlagen, einzelne wurden verhaftet.

Ein einziger Jugendlicher warf wiederholt (etwa 5 - 6 Mal) Knallkörper in die Reihen der Polizei. Er wurde über Megaphon durch einen Demonstranten aufgefordert, das Werfen nachzulassen. Als er sich weigerte, hinderten ihn die Demonstranten selbst daran, indem sie ihm die Knallkörper abnahmen.

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Kornträgergang

Fortsetzung Hermann Mädler

Obwohl die Polizei in unmittelbarer Nähe dieses Warfers stand, schritt sie nicht gegen ihn ein. Stattdessen wurde auf die zur Ruhe und Besonnenheit mahnenden Demonstranten geprügelt und der Demonstrant mit dem Megaphon festgenommen. (Name bekannt)

Besonders hervorzuheben hat sich bei dem Vorgehen der Polizei ein Polizeimeister (vier Winkel, ein Balken), der vermutlich der Einsatzleiter war. Mit Rufen wie: "Knüppel frei!", "Festnehmen!", "Vorwärts!" und anderen Befehlen feuerte er die Überwiegend sehr jungen Beamten zum Vorgehen gegen die Demonstranten an.

Ich ging zu ihm, um seine Dienstnummer zu erfahren. Darauf schrie er: "Festnehmen!" Mehrere Polizisten fielen über mich her, schlugen mit Gummiknüppeln auf mich ein und schlepten mich zur Absperrung. Dabei spielte sich folgendes ab: je zwei Polizisten verdrehten mir die Arme und zusätzlich die Hände auf dem Rücken. Ein fünfter Beamter ging hinter mir. Infolge der Verrenkungen ging ich nach vorne gebeugt. Bei jedem Schritt trat mir der hinter mir gehende Beamte mit dem Fuß in das Gesäß, mindestens 12 Mal.

An der Absperrung wurde ich einem Polizisten übergeben. Ich stieg auf eigenen Wunsch und mit der Erlaubnis eines älteren, hinter der Absperrung stehenden Beamten alleine über die Absperrgitter. Dabei prügelten die hinter mir stehenden Polizisten heftig auf mich ein, während der Ältere Beamte zur Mäßigung aufforderte.

Ich wurde unter ständigen Schlägen zum Gefangenen-Transportweg gebracht. Dabei begleiteten mich Rufe wie: "Auch so ein Schwein!", "Studentenschwein!"; auf meinen Zuruf, ich sei Arbeiter, "Noch so ein einzelner idiotischer Arbeiter!"

Vor dem Wagen wurden meine Personalien festgestellt. Ich stieg allein in den Wagen. Dort saßen schon elf Festgenommene. Einige waren schwer am Kopf verletzt. Die Forderung, diese Verletzten sofort zu einem Arzt oder Sanitäter zu bringen, lehnte ein für den Wagen verantwortlicher Beamter ab. Erst nach Stunden wurden einige ins St.-Georg-Krankenhaus gebracht, wo bei zwei Teilnehmern Kopfverletzungen genäht werden mußten. Wir wurden ins Polizeipräsidium gebracht, unterzogen uns einer Leibesvisitation und wurden dann einzeln von jeweils 2 Beamten der Kripo vernommen. Ich machte keine Aussagen. Entgegen meinem Einspruch wurde ich dem Erkennungsdienst zugeführt.

Ich wurde in eine Einzelzelle im Präsidium gebracht. Nach viermaligem Wechsel der Zellen wurde ich am nächsten Morgen gegen 8 Uhr mit elf weiteren ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Dort blieben wir bis abends gegen 18 Uhr gemeinsam in einer Zelle. Gegen 18 Uhr wurden wir alle entlassen.

Diese Angaben sind wahrheitsgetreu. Ich bin bereit, sie unter Eid vor Gericht zu wiederholen.

gez. Hermann Mädler

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Kornträgergang

Peter Heyckendorf, 2 Hamburg 66, Tannengrünweg 9

Mit einer Gruppe von ca. drei Leuten kamen wir die Treppe seitlich des Kornträgerganges herunter. Plötzlich wurde im Kornträgergang geschrien, daß ein Springer-Wagen durchbräche. Daraufhin lief Dietmar Schmidt auf die Fahrbahn, winkte mit dem Armen, um den VW-Bus von Springer zum Anhalten zu bewegen. Daraufhin gab der Springer-Wagen Gas und fuhr auf Dietmar mit einer Geschwindigkeit von ca. 60 - 70 st/h (nach meiner Schätzung) frontal zu. Dietmar wurde zur linken Seite des Wagens weggedrückt, nachdem er kurz vorher mit ganzem Körper auf der Front des VW-Busses klebte. Dietmar blieb links am Straßenrand liegen. Der Springer-Wagen fuhr mit derselben hohen Geschwindigkeit weiter und bog in die Wexstraße ein.

gez. Peter Heyckendorf

Rainer Frank, 2 Hamburg 70, Rüterstraße 69

Als ich am Ostermontag gegen 18,30 Uhr in den Kornträgergang einbog, sah ich, wie der Student Schmidt mit ausgebreiteten Armen auf einem Fußgängerüberweg stand und ein Springer-Verlagswagen aus Richtung Springer-Hochhaus kommend die Geschwindigkeit beschleunigte und den Studenten überfuhr, die Geschwindigkeit nochmals beschleunigte und flog.

Der Student wurde ca. 5 m mitgerissen und blieb schwerverletzt auf der Straße liegen, bis ein Sanitäter eintraf, der ihm helfen konnte. Die Polizei, die sofort benachrichtigt wurde und in der Nähe stand, traf erst ca. 5 Minuten nach dem Vorfall am Unfallort ein. Einige Personen versuchten, den Springer-Wagen zu verfolgen, durch seine hohe Geschwindigkeit bedingt mißlang dies aber.

gez. Rainer Frank

Jan Goldmann, La Rochette Corent 38, Grenoble, Frankreich,
z.Zt. 2 Hamburg, Stellingergang 49

Ich befand mich am Ostermontag im Demonstrationszug zum Springerhaus. Am Springerhaus stieß ich auf eine Gruppe von Studenten. Dort sah ich einen grünen VW-Bus die Straße heraufkommen. Mehrere Studenten versuchten, den Wagen aufzuhalten. Der Wagen jedoch fuhr weiter u. fuhr einen Studenten an, Dietmar Schmidt, wie ich später hörte. Er wurde mehrere Meter fortgeschleudert und landete auf der linken Seite des Wagens. Ich war einer der ersten, die dort hingelangten. Ich sollte sehen, ob er verletzt sei. Der Wagen fuhr weiter, ich glaube nach rechts. Einige Studenten liefen hinter dem Wagen her und notierten die Kfz-Nummer. Ich weiß die Zeit nicht mehr genau, aber es war noch hell.

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Polizeihochhaus

Erik Zimen

Vor dem Polizeihochhaus befanden sich starke Polizeieinheiten. Die Demonstranten stellten sich vor den Polizeiketten vor dem Hochhaus auf und riefen in Sprechchören: "Freiheit für den SDS" und "Rühnu raus". An den Rändern bildeten sich Diskussionsgruppen, an denen auch einige Polizisten beteiligt waren.

Plötzlich fuhren mehrere Mannschaftswagen der Polizei mit Blaulicht und Sirenen vor, und Polizisten mit Schlagstöcken in den Händen sprangen von den Wagen. Sie hatten schnell die Demonstranten eingeschlossen und schlugen völlig wahllos auf die Wehrlosen ein. Ich stand auf der gegenüberliegenden Seite und sah, wie die Demonstranten auseinanderflüchteten, wobei sie von den Polizeiketten immer wieder verfolgt und geschlagen wurden. Der Platz vor dem Polizeihochhaus war sehr schnell geräumt, viele Verletzte lagen auf dem Boden. Ich habe mehrmals beobachten können, wie mehrere Polizisten auf liegende Menschen, auch Mädchen, gemeinsam einschlugen. Immer wieder setzte die Polizei nach und drängte die Demonstranten hauptsächlich in Richtung Hauptbahnhof ab. Ich bin dabei nicht gelaufen, so daß die Polizei mich überholte. Ich wurde nicht geschlagen - aber links und rechts von mir wurden Laufende, Fallende und Liegende brutal mit den Schlagstöcken geschlagen.

Die Erregung unter den Demonstranten war groß. Vor allem riefen sie jetzt "Nazischweine", wobei sie die Polizei meinten. Zweimal hatte ich gemeint, Demonstranten daran hindern zu müssen, Steine zu werfen, aber beide Male zeigte es sich, daß sie nicht Steine sondern Eier gegen die Polizisten warfen. Ich habe niemanden gesehen, der einen Stein aufgehoben oder geworfen hätte. Einige Male explodierten Feuerkörper in der Luft und auf dem Boden. Woher sie kamen, von der Polizei oder von den Demonstranten, konnte ich nicht sehen. Kein einziges Mal habe ich gesehen, daß Demonstranten tatsächlich gegen Polizisten vorgingen oder sich auch nur tätlich wehrten.

(Es wurde gesagt)... Demonstranten hätten Schottersteine gegen die Polizisten geworfen. Ich habe nichts dergleichen gesehen.

gez.: Erik Zimen

26 Jahre, Student,
schwedischer Staatsbürger,
Institut f. Haustierkunde,
Universität Kiel

Bernd Apel, Werkkunstschüler, 2 Hamburg-Bergedorf, Sichter 6

Ich befand mich am Ostermontagabend unter den Demonstranten am Polizeihochhaus.

Ein Beamter stürzte auf mich zu und begann sofort, mich zu treten und mit dem Gummiknüppel zu schlagen. Danach erst schrie er mich an: "Stehen Sie auf!" Ich versuchte, hochzukommen, doch noch in der Hocke sitzend erhielt ich einen Schlag schräg hinten über die linke Stirnseite, die Augenbraue und das Auge

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Polizeihochhaus und ZOB

Jan Fehland, Student, 2 Hamburg 20, Kegelhofstraße 43

Der Weg zum Polizeihochhaus verlief ohne Zwischenfälle. Beim Polizeihochhaus setzten sich die meisten Studenten unter die erste Arkade des Hauptgebäudes. Einige Demonstranten versuchten, sich dem Hauptgebäude weiter zu nähern, was ihnen wegen der Polizeikette nicht gelang. Daraufhin wurde eine zweite Kette aus schleswig-holsteinischen Beamten gebildet. Die Demonstranten forderten die Freilassung der festgenommenen SDS-Mitglieder. Auf Seiten der Demonstranten wurde keine Gewalt angewandt!! Kurze Zeit darauf (höchstens 5 Minuten nach Ankunft der Demonstranten) hielten auf der anderen Straßenseite mehrere Mannschaftswagen der Polizei. Aus ihnen stürzten sich ohne jede Vorwarnung ungefähr 200 mit Helmen und Schlagstöcken bewaffnete Beamte und schlugen und traten sofort auf die sitzenden und hilflosen Demonstranten ein, die panikartig zu fliehen versuchten.

(Bis hierher gemeinsame Aussage mit Gerd Heide, siehe weiter unten)
Ich beobachtete die den Wagen stürzenden Beamten und floh fluchtartig mit einer Bekannten in den U-Bahntunnel. Als ich hinter mir schreiende Kollegen hörte, ließ ich meine Bekannte alleine laufen, um ihr Rückendeckung zu geben. Auf mich stürzten junge Beamte ein, die mir mit verzerrten Gesichtern auf den Rücken schlugen. Auf der Strecke blieb ich mit zwei mir unbekanntem Kolleginnen, die laut weinten. Der einen floß das Blut vom Kopf, der anderen fehlten die Schuhe. Beide Mädchen waren am rande der Bewusstlosigkeit. Ich bat oben einen Oberveamten (POK) sich um die Verletzten zu kümmern, was ich mit einem Fußtritt und zwei Knüppelschlägen bezahlen mußte. Ich floh in Richtung Kirchenallee, von wo ich mit der U-Bahn zum AStA zurückfahren wollte. Auf der Kirchenallee bewegte sich der Demonstrationszug ruhig in Richtung Hauptbahnhof. Aus Richtung Hauptbahnhof fuhr ein Mannschaftswagen der Polizei in den Demonstrationszug und wartete bis er etwa die Mitte erreicht hatte. Dann kamen noch einige Einsatzwagen aus Richtung am Strohhaus auf den Zug zu, ebenfalls aus Richtung Hauptbahnhof. Aus allen Wagen sprangen Beamte mit Gummiknüppeln in den Demonstrationszug und trieben die Menschen wie die Tiere auf den ZOB zu. An der Ecke Große Allee/ am Strohhaus sah ich einen jungen Mann, dem das Blut aus Ohren, Mund und Nase lief. Ich konnte ihm nicht helfen, ohne Gefahr zu laufen, von der Polizei zusammengeschlagen zu werden. Ich bin bereit, diese Aussagen auf meinen Eid zu nehmen.

gez. Jan Fehland

Gerd Heide, 2 Hamburg 39, Flemingstr. 5, Studienreferendar

Ich saß in der dritten Reihe der sitzenden Demonstranten, gerade noch unter der ersten Arkade des Hauptgebäudes. Plötzlich standen alle auf, um den Aufmarsch der ungefähr zehn Mannschaftswagen zu beobachten. Als die Polizisten die Wagen verließen und auf uns zurannten, setzten sich fast alle wieder hin. Ohne Warnung stürzten sich die Polizisten auf die sitzenden Demonstranten und schlugen und traten auf sie ein, ohne ihnen die Möglichkeit zur Flucht zu geben. Es entstand eine Panik, die Demonstranten versuchten, nach rechts und links davonzulaufen, aber da von allen Seiten die knüppelnde Polizei auf uns eindrang, stürzten viele übereinander. Ich kam gleich zu Anfang unter eine große Menge

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Polizeihochhaus und ZOB

Dieter Westerink, 2 Hamburg 22, Wandsbeker Chaussee 37a

Vor dem Polizeihochhaus am Berliner Tor fand eine Demonstration von ca. 3000 Studenten statt. Die Demonstranten forderten in Sprechchören die Freigabe der vorläufig verhafteten SDS-Angehörigen. Ich befand mich zu Beginn der Demonstration auf dem Straßenbahnkörper in der Straße "Beim Strohhaus", stand also nicht mitten in der Menge der Demonstrierenden, sondern etwas entfernt davon. Von meinem Standpunkt aus konnte ich beobachten, daß nach ca. 5 Minuten des Herumstehens - die Demonstranten verhielten sich ruhig - aus Richtung Hauptbahnhof etwa 10 Mannschaftswagen der Hamburger Polizei anrückten. Die Polizisten verließen sofort diese Wagen und stürmten auf das Polizeihochhaus zu. Die Demonstranten hatten sich inzwischen teilweise auf den Boden gesetzt. Ohne Vorwarnung irgendeiner Art begannen die Polizisten (schätzungsweise 150 Mann) mit Knüppeln auf die Demonstranten einzuschlagen. Die Demonstranten wichen sofort vor der Polizei zurück und flüchteten panikartig. Die in die ganze Umgebung verstreuten Gruppen versuchten, sich neu zu formieren, um geordnet zum Audimax zurückzugehen (ungefähr 300 Meter vom Polizeihochhaus entfernt). Das war aber nicht möglich, da die Polizei mit gezogenen Knüppeln im Laufschrift den Demonstranten folgte, die sich dem Zugriff der Polizei durch Flucht entzogen. Es kam kein geordneter Demonstrationzug mehr zustande. Einzelne kleine Gruppen bewegten sich in Richtung Hauptbahnhof.

gez. Dieter Westerink

Julia Carmesin, 2 Hamburg 13, von Melle-Park 17

Die Demonstranten waren vor dem Portal des Polizeihochhauses. Teilweise saßen sie, teilweise standen sie. Das Präsidium wurde von einer festen Polizeikette und dahinter von einer lockeren Kette abgesichert. Die Demonstranten machten Sprechchöre, ließen jedoch keine Anzeichen für irgendeinen Angriff bemerken. Von hinten kamen Mannschaftswagen. Die Polizisten stellten sich in einem breiten Block hinter den Demonstranten auf und zogen die Knüppel. Da ich oben auf dem Gitter der Straßenbahn stand, konnte ich nicht nur die erste Reihe der Polizisten, sondern auch in deren Reihen hineinsehen. Dabei konnte ich sehen, wie einige die Schußwaffe zogen. Die meisten steckten sie auf einen Wink ihrer Kollegen hin wieder ein. Etwa 4 Polizisten konnte ich erkennen, die die Waffen in der Hand behielten. Plötzlich rannte der Block auf die Demonstranten los und fing an, sie zu prügeln, ohne vorher zu warnen. Die Demonstranten flüchteten in Richtung Hauptbahnhof davon. Die Polizei setzte ihnen unter Gebrüll nach und prügelte brutaler als bei allen vorhergegangenen Prügeleien. Einige Demonstranten waren so stark verprügelt, daß sie sich nicht mehr weiter bewegen konnten. Die Polizei versorgte sie nicht, sondern prügelte sogar noch weiter auf die Wehrlosen ein. Die Demonstranten wurden mehrere Hundert Meter prügelnd von der Polizei verfolgt.

gez. Julia Carmesin

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Polizeihochhaus und ZOB

Christine Ripp, 2 Hamburg 36, Peterstr. 36

Ich saß vor dem Polizeihochhaus unter den Demonstranten, 3-4 m vor der Polizeikette, als einige Hintersitzende aufsprangen und nach vorne drängten mit dem Schrei: Die schlagen. Ich kam zu Fall, und die von der Polizei vorwärtsgetriebenen Demonstranten traten auf mir herum, ein Polizist zog mich aus dem wirren Haufen der liegenden Menschen heraus und half mir, hinter die Polizeikette zu kommen, wo nicht geprügelt wurde. Schock und Schmerzen, die von der Trampellei herrührten, zwangen mich, mich hinzusetzen. Plötzlich wurde ich von einem Polizisten hochgerissen, der mich barsch anfuhr, ich hätte nun genug Krawall gemacht. Mehrere Beamte kamen hinzu, als sie merkten, daß ich einer Ohnmacht nahe war, faßten mich mehrere Beamte an und zogen und schleppten mich in das Präsidium hinein. Dabei drehten die vorne gehenden Beamten meinen Körper in die entgegengesetzte Richtung, in die die hinten Tragenden drehten. Durch diese absichtliche "Schraubenverdrehung" meines Körpers spürte ich furchtbare Schmerzen und schrie. Beim Transportieren im Hochhaus traten die vorderen Leute mit den Hacken, die hinteren mit den Spitzen mir in den Unterleib und Magen. Man brachte mich in eine Zelle, eine weibliche Beamtin tastete mich ab und stellte fest, daß ich keine Waffen trüge. Ein Beamter in Zivil hielt mich dabei an meiner Hand fest, die seit längerer Zeit wegen Verletzung in einem Verband steckt. Er drückte so fest auf die verbundene Hand, daß ich aufschrie, danach drückte er noch stärker auf meine Wunde und schlug mir mit der anderen flachen Hand ins Gesicht. Man nahm mir Spiegel, Schlüsselbund, Fahrkarte und Ausweis ab und ließ mich allein. Mir wurde schlecht, und ich erbrach mich in der Zelle. Nach 40 Minuten etwa wurde ich zur Vernehmung gerufen, man nahm meine Personalien auf. Dann wurde mir gesagt, daß ich festgenommen worden sei, weil ich mit dem Ruf: "Ihr Schweine" die Polizeikette durchbrochen hätte, einen zivilen Polizeibeamten, der mich daraufhin habe festnehmen wollen, zu Fall gebracht und ihn dann an einen Pfeiler des Polizeihochhauses gedrückt habe, so daß ihm 2 weitere Polizisten hätten zu Hilfe kommen müssen. Zu dem Zeitpunkt habe man mich dann überwältigen können. Von einem Dienstwagen wurde ich dann schließlich in die Stadt gefahren.

gez. Christine Ripp

Inge-Anke MacArthur, 2 Hamburg 13, Hagedornstraße 25

Ich hörte von einem Protestzug vor das Polizeipräsidium wegen der Festnahme einiger Angehöriger des SDS und fuhr dorthin. Ich traf dort ein, als ungefähr 20 Personen auf der Straßenseite des und gegenüber des Polizeihochhauses sich versammelt hatten und vor dem Gebäude selber viele Polizisten dabei waren, ihre weißen Mützen gegen verteilte Metallhelme zu vertauschen. Kurze Zeit später traf der Protestzug vor dem Polizeihaus ein und rief laut nach Freilassung der SDS-Angehörigen und verlangte nach einem Gespräch mit Senator Ruhнау. Es entstand vor dem Eingang unter dem Säulendach ein Gedränge, nach dem einige Demonstranten festgenommen wurden. Danach beruhigte sich die Szene, die Demonstranten setzten sich, bzw. standen teilweise und riefen nur ab und zu im Chor ihre Forderungen. Aus dem Polizeihochhaus strömten dagegen immer mehr Polizisten, auch

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Polizeihochnhaus und ZOB

Inge-Anke MacArthur (Fortsetzung)

etliche in grüner Uniform mit Tschako, die sich im Eingang des Hauses zusammenstellten. Nach kurzer Zeit kamen ungefähr fünf Mannschaftswagen der Polizei die Straße heraufgefahren (mit Blaulicht), es sprangen ca. 150 Polizisten in Ledermänteln und Sturzhelmen heraus und gruppieren sich gegenüber den sitzenden Demonstranten, getrennt von ihnen durch die Straßenbahnschienen, insgesamt ca. 10 Meter. Als sie sich alle versammelt hatten, stürzten sie sich ganz plötzlich auf die Demonstranten mit erhobenen Knüppeln. Obwohl die meisten Demonstranten versuchten, zu laufen, gelang es der Polizei, sehr viele auf die übelste Art zu schlagen, ich sah welche mit zerschlagenen Brillen, welche, die sich die Köpfe hielten, welche ohne Schuhe usw. Ich habe die ganze Zeit vor dem U-Bahn-Eingang direkt vor dem Südeingang des Präsidiums gestanden. Die Polizei hat vor dem Angriff in keinerlei Weise die dort Sitzenden aufgefordert, sich zu erheben, oder nach Hause zu gehen. Ohne Vorwarnung und ohne ersichtlichen Grund, wie gesagt, es war von den Demonstranten in keiner Weise etwas beschädigt, oder jemand angegriffen worden oder der Verkehr behindert oder irgendetwas derartiges unternommen worden. Sie saßen nur! Die Polizei warf nach dem Zersprengen der Gruppe vor dem dem Hochhaus Tränengasbomben die Straße herunter und knüppelte in Gruppen zu 10 oder 20 jede auch nur kleinste Ansammlung von Zivilisten auseinander. Wir wurden im Laufschrift und Gebrüll die Straße herunter getrieben, und ich entschloß mich am Siemens-Haus darauf, nach Hause zu gehen. (Gegen 24 Uhr)

gez. Inge-Anke MacArthur

Hermann Görtz, 2 Hamburg 13, Hagedornstr. 25

Ich, Hermann Görtz, 25, Ingenieur, erfuhr durch eine Menschenmenge vor dem Auditorium maximum von dem geplanten Demonstrationzug zum Polizeipräsidium. Da ich die Vorfälle gerne beobachten wollte, fuhr ich zum Polizeipräsidium und traf etwa eine Viertelstunde vor der Ankunft des Demonstrationzuges dort ein. Das Gebäude war in loser Reihe von Polizeibeamten umstellt, die sich zusehends vermehrten. Ich befand mich zu diesem Zeitpunkt am Eingang des U-Bahntunnels, der dem Eingang des Polizeipräsidiums am nächsten in Richtung Stadt lag und konnte die Vorgänge am Präsidiumseingang sehr genau erkennen. Bis zum Eintreffen des Demonstrationzuges waren sehr viele Polizeibeamte aus dem Präsidium gekommen und bildeten eine mehrfache Reihe vor dem Eingang. Einige Minuten nach Eintreffen der Demonstranten kam es zu einer Drängerei vor dem Präsidiumseingang, die von dem Polizeikordon abgewehrt wurde, wobei einige Demonstranten in das Gebäude gebracht wurden. Danach hörten die Tülichkeiten völlig auf. Die Demonstranten saßen und standen auf dem Bürgersteig und z. T. auf der Straße vor dem Eingang und riefen ihre Parolen. Etwa 10 Minuten später - diesen Zeitraum kann ich nicht genau angeben - kamen in schneller Fahrt mit Blaulicht mehrere Mannschaftswagen der Polizei aus der Richtung Hauptbahnhof und hielten dem Präsidiumseingang gegenüber auf der Straße. Die Polizisten - meiner Schätzung nach 100 - 150 - sprangen aus den Wagen und formierten sich auf den Straßenbahngelassen. Auf den Befehl eines Beamten hin, der vom Heben des Schlagstockes begleitet wurde, stürzten sich die Polizisten auf die sitzenden und stehenden Demonstranten und schlugen auf diese

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
- 7 - Polizeihochhaus und ZOB

Hermann Görtz (Fortsetzung)

ein. Ich muß ausdrücklich betonen, daß zu diesem Zeitpunkt keinerlei Tötlichkeiten zwischen den Demonstranten und den vor dem Gebäudeeingang postierten Polizisten stattfanden. Die Demonstranten wurden durch das außerordentlich brutale Vorgehen der schlagenden Polizisten vom Eingang vertrieben. Ich selbst mußte meinen Standort fluchtartig verlassen, um nicht Schläge abzubekommen. Im Laufe der nächsten etwa 20 Minuten trieben die Polizisten mit Schlagstock und Tränengas die Demonstrierenden die Straße herunter in Richtung Hauptbahnhof und schlugen wahllos auf sie ein. Nachdem die Demonstranten und auch ich als Zuschauer bis etwa zur Lindenallee zurückgetrieben waren, verließ ich den Schauplatz. - Auf Befragen füge ich meiner Zeugenaussage hinzu, daß vor dem Angriff auf die Demonstranten durch die Polizei keine Aufforderung ergangen war, den Platz vor dem Präsidium zu räumen. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß der Angriff ohne jede Vorwarnung und ohne jeden aus dem Augenblick heraus erkennbaren Grund erfolgte, zu diesem Zeitpunkt verhielten sich die Demonstranten bis auf ihre Rufe völlig ruhig.

gez. Hermann Görtz

Klaus Schmidt, z.Zt. 2 Hamburg 13, V.-Melle-Park 17

Ich befand mich in der Menge vor dem Polizeipräsidium. Die Polizei ließ die Demonstranten vor dem Eingang des Polizeipräsidiums in den Sitzstreik treten. Als die Demonstranten etwa 5 - 10 Minuten saßen, führen vor dem Polizeipräsidium in etwa 30 m hinter den Demonstranten mehrere Mannschaftswagen vor. Nachdem die Polizei in breiten Ketten vor den Demonstranten aufstellung genommen hatten, ging sie im Laufschrift gegen die Demonstranten vor und schlug mit den Gummiknüppeln auf die Sitzenden und auch auf die fliehenden Teilnehmer der Demonstration ein. Ich sah, wie mehrere weibliche Teilnehmer der Demonstration von mehreren Polizisten zugleich geschlagen wurden. Die Polizeiketten gingen auch noch gegen Demonstranten vor, die bereits bis zu 500 m vom Polizeipräsidium entfernt waren und wogeliefen. Ich selber wurde von zwei Beamten etwa 5 bis 10 m vor den Arkaden des Produktionskaufhauses von zwei Polizisten angegriffen. Ich bekam einen Schlag von hinten auf den Kopf. Verletzungen trug ich nicht davon, da ich einen Schutzhelm trug. Der zweite Polizist schlug nach meiner Schulter, streifte mich jedoch nur, sodaß ich keine sonstige Verletzung bekam.

gez. Klaus Schmidt, Chemielaborant

Andreas Tomczak, 2 Schenefeld, Lernsenstr. 89, Studienreferendar

Ich kam zum Polizeipräsidium, als der Demonstrationzug schon angekommen war. Ich ging zu dem Teil der Demonstranten, die sich vor dem Präsidium hingesetzt hatten. Kurz darauf führen neun Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei mit hoher Geschwindigkeit vor. Nur durch scharfes Bremsen der Wagen und rasches Beiseitespringen der auf der Straße stehenden Demonstranten konnte ein Überfahrenwerden von Demonstranten verhindert werden. Die Polizei sprang aus den Wagen, hob auf Kommando die Gummiknüppel und fiel ohne Vorwarnung sofort über die sitzenden Demonstranten her. Mir gelang es, in Richtung ZOB auszuweichen so schnell ich konnte.

Polizei...
ZOB

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Polizeihochhaus und ZOB

Andreas Tomczak (Fortsetzung)

Ich ging auf die dem Polizeipräsidium gegenüberliegende Straßenseite hinüber, da ich dort einen bewusstlosen blutüberströmten Demonstranten liegen sah, um den sich zwei Mitdemonstranten kümmerten. Ich bat die Polizisten um einen Verbandkasten, der mir jedoch mit dem dem Hinweis, wir könnten ruhig auf den Unfallwagen warten, verweigert wurde. Nach einigen Minuten erschien der Unfallwagen. Inzwischen kam eine weitere verletzte Demonstrantin hinzu, die von der Polizei in Stacheldraht gezerzt sich den rechten Unterschenkel verwundet hatte. Als der am Boden liegende Verletzte abtransportiert wurde, trugen zwei Demonstranten einen bewusstlosen Studenten (Peter Schütt) aus einem Hausflur. Auch er wurde abtransportiert. Solange ich mich um den Verletzten kümmerte, war ich von der Polizei nicht behelligt worden. Die anderen Demonstranten waren inzwischen etwa 150 bis 200 m von der Polizei in Richtung ZOB gejagt worden. Kaum waren die Verletzten im Unfallwagen, schrie mich ein Polizist an, was ich hier noch zu suchen habe und holte zu einem Schlag aus. Ich lief so schnell ich konnte in Richtung ZOB. Dabei mußte ich durch mehrere Polizeiketten hindurch, wobei ich mehrere Schläge auf den Kopf (mit einem Plastikhelm geschützt) und auf den Rücken erhielt. Glücklicherweise kam ich nicht zu Fall und erreichte so noch die anderen Demonstranten; die sich kurz darauf in Richtung Hauptbahnhof in Marsch setzten.

gez. Andreas Tomczak

Astrid Grell, 18, kaufm.angestellte, 23 Kiel 17, Lobsienweg 6

Gegen 23 Uhr befand ich mich vor dem Haupteingang des Polizeihochhauses. Ungefähr 20 Studenten waren bereits versammelt. Man diskutierte mit den Polizisten, die vor dem Gebäude aufgereiht waren. Eine Viertelstunde später näherte sich ein Demonstrationszug von etwa 3000 Leuten. Wir setzten uns vor das Gebäude und forderten in Sprechchören die Freilassung des SDS. Währenddessen versammelten sich etwa 200 Polizisten auf dem Mittelstreifen der Straße. Auf Kommando stürzten sie auf uns zu, die Reihe vor dem Gebäude kam von der anderen Seite. Unsere Versammlung wurde durch rücksichtslose Stockhiebe auseinandergetrieben. Wir liefen in entgegengesetzten Richtungen die Straße hinunter. Ich selbst bekam im Laufen einen schweren Stockschlag auf den Rücken. Ich habe drei Verletzte gesehen, auf die die Polizei losgeprügelt hat, obwohl sie schon auf dem Boden lagen und sich nicht wehren konnten. Als dann Tränengas eingesetzt wurde, machten wir uns auf den Weg zum Hauptbahnhof. Ich möchte noch einmal bekräftigen, daß die Polizei, ohne von uns durch gewalttätige Handlungen provoziert worden zu sein, und ohne, daß sie uns vorher aufforderte, den Platz zu räumen, rücksichtslos von ihren Schlagstöcken Gebrauch machte.

gez. Astrid Grell

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Polizeihochhaus und ZOB

Gerd Heide (Fortsetzung)

anderer flüchtender und bereits niedergeschlagener Demonstranten zu liegen. Andere Demonstranten versuchten, über uns hinwegzukrabbeln. Ich schrie um Hilfe, meine Brust und mein Unterleib wurden so zusammengequetscht, daß ich nicht mehr schreien konnte und keine Luft mehr bekam. Unter mir lag noch eine Schicht von Demonstranten. Langsam wurde ich bewußtlos. Plötzlich war oben alles frei. Ich versuchte, aufzustehen, bekam einen gezielten Tritt in den Unterleib und fiel wieder hin. Ein Demonstrant, der unter mir lag, blieb liegen. Ich lief über die Straße. Auf der anderen Seite lagen mehrere zusammengeschlagene Demonstranten, die alleine oder mit Hilfe anderer Demonstranten die andere Straßenseite erreicht hatten, bevor sie zusammenbrachen. Ich kümmerte mich um einen verletzten jungen Mann, der aus Mund und Nase blutete. Er hatte offensichtlich einen oder mehrere Schläge über den Kopf bekommen. Wir legten ihn hin, da ein anwesender Arzt einen Schädelbruch vermutete. Wir riefen nach Sanitätern. Inzwischen kamen die Polizisten über die Straße gelaufen. Der Arzt verbot uns, den Verletzten aus der Gefahrenzone herauszutragen. Später kam ein Sanitätswagen und transportierte ihn ab. Wir flüchteten vor der wieder im Sturmschritt angreifenden Polizei in Richtung Hauptbahnhof. Vorher war noch ein Polizeimannschaftswagen direkt in die flüchtende Menge hineingefahren, seine Kennnummer war 3371. Ich bin bereit, diese Aussage unter meinen Eid zu nehmen.

gez. Gerd Heide

Hartmut Reiser, Kunstmaler, 2 Hamburg 66, Specksaalredder 29

Ich wurde am Montag, den 15. April bei der friedlichen Demonstration vor dem Hamburger Polizeipräsidium aus der Reihe der Demonstranten gezielt herausgegriffen ("Greift euch den mit den langen Haaren!") und von fünf oder sechs Beamten gleichzeitig mit Gummiknüppeln und Faustschlägen bearbeitet, - dann mit brutalsten Methoden (gezielte Knüppelschläge auf den Kopf, gezielte Schläge in die Gesichtspartien) durch die Räume und Gänge des Polizeipräsidiums bis in die Zelle geprügelt. All dies geschah unter den Augen höherer Zivilbeamter, die sich nicht bemüht fühlten, einzugreifen, sondern die Polizeibeamten durch unartikuliertes Rufen noch anfeuerteten. Nach mehrstündigem Warten in der Zelle wurde ich von Kriminalbeamten verhört, wo ich nur Angaben zur Person machte, Angaben zur Sache aber verweigerte. Ich wurde von den Beamten darauf hingewiesen, daß Anzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung gegen mich erstattet würde. Dabei hätte ich mich, selbst wenn ich gewollt hätte, nicht gegen den plötzlichen und für mich un erwarteten Überfall von Seiten der Polizei beamten wehren können. Nach der Vernehmung wurde ich für eine weitere Stunde in meine Zelle zurückgeschickt. Danach wurde ich zum Erkennungsdienst überwiesen. Ich weigerte mich zunächst verbal, mir diese entwürdigende Behandlung (Fotos, Pin erabürücke und Messung der Körpergröße) gefallen zu lassen, doch man drohte mir, da nach den Worten der Beamten mein Protest nicht rechtmäßig war, mit physischen Repressalien. Durch die vorhergehende Behandlung war ich derart eingeschüchtert, daß ich es nicht wagte, und sei es nur verbal, mich weiter zur Wehr zu setzen. Nach ungefähr einer weiteren Stunde Zellenaufenthalt ließ man mich ohne weitere Angaben frei. Gegebenenfalls bin ich bereit, diese Aussagen unter meinen Eid zu nehmen.

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Caffamacherreihe/Gorch-Fock-Wall

Julia Carmesin, 2 Hamburg 13, voh Melle-Park 17.

Als der Zug der Demonstranten von Stephansplatz über den Gorch-Fock-Wall zum Karl-Muck-Platz kam, stürzten plötzlich etwa 20 Polizisten im Sturzhelm vor, rissen einen Demonstranten aus der Flanke des Zuges und begannen, mit Knüppeln auf ihn einzuschlagen. Sofort scharten sich andere Demonstranten um den geprügelten Genossen und versuchten, ihn zu befreien. Diese Situation der allgemeinen Auflösung der Ketten nützte die Polizei, um sich ein neues Opfer zu holen. Die Demonstranten bemerkten dies erst sehr spät, nachdem 4 Polizisten schon so lange auf den herausgegriffenen Demonstranten geknuppelt hatten, bis er sich nicht mehr bewegte. Dann schleiften die Polizisten den im Gesicht blutig geschlagenen Demonstranten über das Straßenpflaster, indem sie ihn an einem Arm zogen und die Beine hochhielten. Auch dabei knüppelten sie noch auf den Demonstranten. Dann wurde der verletzte Demonstrant in einen bereitstehenden Peterwagen gestoßen.

gez. Julia Carmesin

Klaus Gattermann, 2 Hamburg 13, Harvestehuder Weg 7

Als wir uns an der Caffamacherreihe auf die Straße setzten, ging die Polizei ohne jegliche Vorwarnung mit gezücktem Knüttel im Sturm auf die friedlich dasitzenden Demonstranten los und knüppelte, trat und boxte die Straße frei. Mich selbst packten 2 Polizisten, rissen meine Beine nach oben und auseinander, und der Polizist, der mein linkes Bein packte, trat mir mehrfach in die Geschlechtsteile. Den gleichen Vorgang habe ich kurz danach noch einmal gesehen.
(ca. 19.30 - 20.00 Uhr)

gez. Klaus Gattermann

Karl-Heinz Boisch, 2 Hamburg 52, Fontanastraße 12

Ich befand mich in der zweiten Reihe eines friedlichen Demonstrationenzuges, der gegen 17,30 Uhr vom Holstenwall vorder Musikhalle in die Kaiser-Wilhelm-Straße einbiegen wollte. Während der Schwenkung des Zugesgriff uns unvermittelt ein Trupp Polizisten an, etwa ein Dutzend, die mit Knüppeln bewaffnet waren. Mehrere Polizisten griffen sich einen jungen Demonstranten heraus und schlugen dessen Gesicht blutig. Der Demonstrant wurde im Peterwagen abtransportiert. Ich lege ein Foto aus der Hamburger Morgenpost, Seite 3, erste Auflage vom 16.4.1968 bei. Das Photo kann zur Identifizierung von zwei polizeilichen Tätern dienen.

gez. Karl-Heinz Boisch

22.04.1968:

Der AStA der Universität Hamburg gibt sein 'Auditorium - Hamburger Studentenzeitung' Nr. 53 (vgl. 29.1.1968, Mai 1968) für April vermutlich in dieser Woche in einer Auflage von 10

000 Stück heraus. Eine teilweise verbreitete Beilage der Burschenschaft Alemannia-Redaria lag uns nicht vor.

Das Titelbild ist Axel Springer gewidmet. Die Innenseite enthält Bilder der Osterunruhen in Hamburg. Berichtet wird von diesen auch aus Bochum, Frankfurt, Göttingen, Heidelberg, Kiel, Köln, München und Münster sowie in einer Reihe von Beiträgen. Hans Erich Bahr, Ordinarius für praktische Theologie an der Ruhruni Bochum (RUB) erklärt: "Schweigen ist Verrat". Jens Litten eröffnet in einer Stellungnahme des AStA "Perspektiven", Urs Möller definiert "Pressefreiheit: Freiheit VON der Springerpresse", Peter Münder stellt fest: "Wir schießen zurück!", Wolfgang E. Bolz entrichtet "Dank an Professor Weichmann".

Jenseits der Osterunruhen widmet sich R. Winter in "Ein Film Spiegel für Ordinarien" dem Vorlesungsverzeichnis der Germanistik und Literaturwissenschaft, Richard E. Otto rezensiert in "Studienverführer" den Hamburger Studienführer.

Sven G. Papcke stellt fest: "War is peace. Zur Ideologie der Friedfertigkeit des Westens", Reginald Lark verkündet Thesen "Von der Gewalt", Wolf Walter verfasst "'Zionisten' machen sit-ins. Ein Bericht über die Studentenrebellion in Polen". Tobias Strunk und Peter Münder ergehen sich bzgl. Großbritanniens in "Erinnerungen an die KU beim Besuch der Londoner Anti-University". Aus den USA berichtet Dirk Hoerder von MLK in "Martin Luther King – Attentat auf die Gewaltlosigkeit".

Rezensiert werden Klaus Dörner: "Die Hochschulpsychiatrie", H. J. Schoeps / Chr. Dannemann (Hrg.): "Die rebellischen Studenten", André Gorz: "Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus" und Siegfried Bernfeld: "Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung".

Beworben werden u.a. die 'Sozialistischen Hefte' sowie die Katholische Studentengemeinde (KSG) in der Rentzelstraße 17.

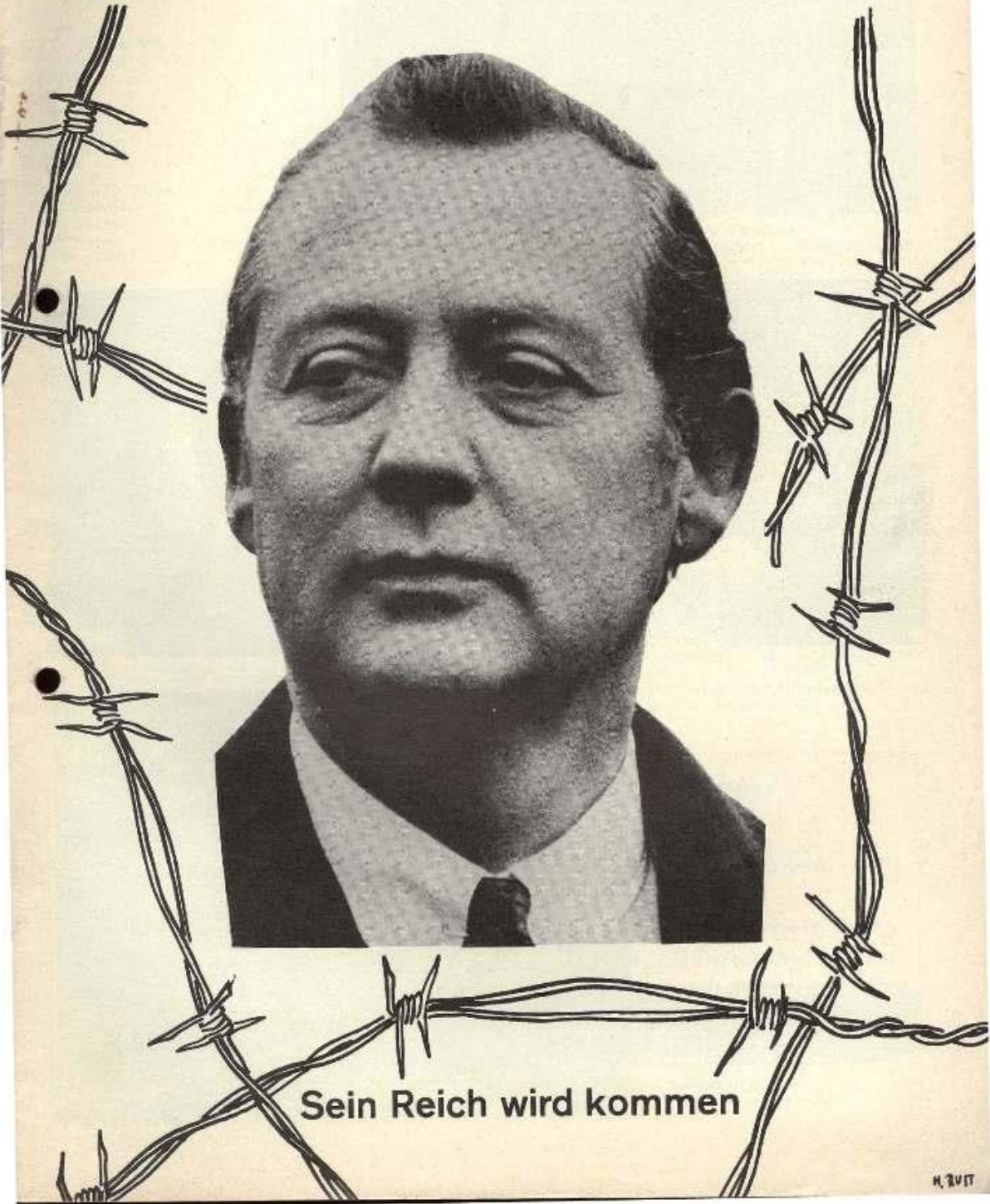
Q: Auditorium Nr. 53, Hamburg Apr. 1968

auditorium

April 1968

53

C 20825 F



Sein Reich wird kommen

H. 2017



Polizei-Phalanx



Blutige Köpfe



Festung Springerhaus



auditorium

hamburger
studentenzeitschrift

in diesem Heft

Verrat	4
ASTA-Stellungnahme	5
Pressefreiheit	6
Schießen	7
Dank	8
Filmspiegel	9
Hints	9
War is Peace	10
Gewalt	13
Polen	14
NEWS & CURIOSA	15
Studienverführer	15
Anti-University	17
Rezensionen	18
Martin Luther King	19

Redaktion: Holger-Jens Riemer (verantwortl.), Christine Rodbruch, Ulrich Weisse.

Titel- und Rückseite: Holger Ruff.
Mitarbeiter dieses Heftes: Wolfgang E. Bolz, Dirk Hoerder (Minneapolis), Reginald Lark, Jens Litten, Urs Müller, Peter Mönker, Richard E. Otto, Sven G. Popke, Hans-Christoph Siesinghaus, Tobias Strunk (Berlin), Wolf Walter, Roland Winter.

Herausgeber: ASTA der Universität Hamburg, 2. Hamburg 13, Schulterstr. 7, Tel. 4 10 30 64.

Verkaufspreis: -20 DM.
An Studenten der Universität Hamburg: kostenlos.
auditorium erscheint siebenmal im Jahr, viermal im Winter- und dreimal im Sommersemester. Zur Zeit gilt Anzeigenstarif Nr. 7 / Bankverbindung: Dresdner Bank, Harvesterstraße 400 20.

Druck: A. Pockwitz Nachf. Karl Krause, Stads/Elbe, Poststraße 11-15.
Auflage dieser Ausgabe: 10.000.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher übernehmen wir keine Gewähr. Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion.

Vorlesungs- und Seminararbeiten werden anonym veröffentlicht. Die Namen der Verfasser sind der Redaktion bekannt.

Beleghehinweis: Beachten Sie bitte das beige Informationsmaterial der Zeitschrift BILD DER WISSENSCHAFT, die von Prof. Haber in der DEUTSCHEN VERLAGSANSTALT herausgegeben wird.

Einer Teilaufgabe ist eine Beilage der Burschenschaft Alenanno-Redria beigelegt.

auditorium dokumentiert die studentische Aktivität nach den Ereignissen der Ostertage an einem großen Teil der westdeutschen Universitäten.

Studenten in eigener Sache

MÜNCHEN

An der Münchner Universität herrschen nach Semesterferien. Trotzdem wurde nach dem Ostermarsch und anschließenden Aktionen gegen Springer-Zeitungen, bei denen zwei Menschen den Tod fanden, vom ASTA ein Schweigemarsch gegen Terror und Gewalt organisiert. Zentrum für weitere Aktionen ist vorerst noch die TH. Dort werden Flugblätter und Presseerklärungen verfaßt.

KÖLN

Nach dem gescheiterten Blockadeversuch der BILD-Auslieferung für Oster-Sonnabend, fand am 18. 4. nach einigen Vorbereitungen ein teach-in statt, dessen einziges Ergebnis der Beschluß war, ein Aktions-Komitee zu gründen. Der Beschluß der Tagung ist noch für April geplant. Kölner Studenten schwärmten aus, um Flugblätter vor Betrieben zu verteilen. Der ASTA verhandelte währenddessen mit dem DGB: Man kam überein, daß Studenten als Gäste auf der Mai-Kundgebung anwesend sein dürften und dem ASTA-Vorsitzenden eine Rede an die Arbeiter gestattet werden sollte. Dann aber schaltete sich Rosenberg ein. Er empfahl seinen DGB-Landesverbänden, keinerlei Solidarisierung mit Studenten zum 1. Mai zu proklamieren. Seitdem steht die Stellungnahme des DGB Köln aus.

Außerdem fand eine Unterredung mit dem Verleger Neven DuMont statt, der für BILD einen Druckauftrag hat. Das Ansinnen, BILD künftig nicht mehr zu drucken, lehnte er, auch mit Hinweis auf die Arbeitsplätze, jedoch ab. Der ASTA hofft aber, daß seine Presseerklärung zumindest von seiten der BILD-Zeitung ein Nachspiel haben wird.

FRANKFURT

Die Frankfurter tun sich auf dem Gebiet der Publikationen hervor. Eine

Extra-Zeitung wurde 50.000fach von Schülern und Studenten in der Stadt verteilt, dazu Flugblätter, vor allem vor Betrieben. Darüber hinaus wurde eine 50seitige Dokumentation mit Zeugnisaussagen zu den Polizei-Übergriffen zusammengestellt. Ferner fanden innerhalb einer Woche drei teach-ins statt. Auf einem dieser teach-ins sprach selbst Oberbürgermeister Brundert.

HEIDELBERG

Am Karfreitag fuhren Heidelberger Studenten nach Eßlingen, wo es ihnen mit starken Barrikaden gegen die Lokal-Polizei gelang, die Auslieferung der BILD-Zeitung entscheidend zu verzögern. Eine gleiche Aktion am Montagabend scheiterte an den vorsorglich aufgezogenen Absperrungen der Polizei. Nach einem teach-in am 18. 4. bildeten die Studenten Arbeitsgruppen, an denen auch die Gewerkschaften teilnehmen wollten, um Möglichkeiten zu erörtern, wie die Bevölkerung direkt anzusprechen und aufzuklären sei.

Für den 27. 4. ist eine Große Demonstration anläßlich des Besuchs von Axel Springer bei Bechtle geplant.

GÖTTINGEN

In Göttingens ASTA-Räumen herrschte die ganze Nacht zum Karfreitag Hochbetrieb: Bereits am Morgen wurden die Kirchgänger mit Aufklärungsflugblättern eingedeckt. Außerdem erreichten die Studenten, daß sie in den Kirchen selbst während des Gottesdienstes Stellung nehmen durften.

Abends warfen sie in einem Theater mitten in der Vorstellung 1000 Flugzettel ab und funktionierten die Veranstaltung zum Diskussionsforum um. Et

Forts. S. 4

Kein
Führerschein -
Private
Bildungs-
katastrophe

(frei nach Picht)

Fahrschule Kloninger jetzt ganz universitätsnah

333 Damenschritte vom audimax entfernt
Hamburg 13, Grindelallee 17 - Telefon 44 20 13
- neben Uni-Foto -

Unsere Hauptkunden sind
Schüler, Lehrlinge und
Studenten. Wegen des Preises.
Sie fühlen sich durch ihn
bevorzugt. Zu Unrecht natürlich.
Denn alle bezahlen jetzt den
niedrigen Preis bei uns:
Grundgebühr 20,00 DM
Übungsfahrt 7,50 DM
(25 Minuten)

Portraits · Passbilder

Fotokopien
Reproduktionen
Diapositive
Feinkornentwicklung
Handvergrößerungen

UNI
fu

HAMBURG 13
Grindelallee 19 - 44 71 59

neben Fahrschule Kloninger

Forts. v. S. 3.

was später bauten sie am Bahnhof Barrikaden und erwirkten von der Polizei die Erlaubnis, die eingehende Post auf Zeitungssendungen hin zu kontrollieren. An diesem Tag wurden in der Stadt 30 000 Flugblätter verteilt.

Am Sonnabend erprobten die Göttinger auf dem Marktplatz eine Variante der üblichen Kundgebung: Die Redezeiten wurden auf 3 Minuten begrenzt und anschließend in kleineren Gruppen diskutiert - mit Megaphonen, die die Polizei zur Verfügung gestellt hatte.

Mit den Gewerkschaften pflegen die Göttinger Studenten so gute Zusammenarbeit, daß der Landesvorstand Göttingen vom Dachvorstand gerügt wurde, 50 Arbeiter gaben ihr Parteibuch zurück.

MÜNSTER

Die Universität in Münster erlebte vor 3 Wochen einen eindrucksvollen Linksrutsch. Der neue ASTA wird von HSU, SDS und SHB getragen.

Dieser ASTA entfaltete am Karfreitag umfassende Aktivität. Mit Plakaten, 20-30tausend Flugblättern und Diskussionsgruppen in der Stadt sollte die Bevölkerung erreicht werden. Am 17. 4. fand eine Kundgebung zusammen mit Parteien und Gewerkschaften statt.

Am 18. 4. wurde ein ganztägiges teach-in abgehalten, das von 9 bis 23 Uhr dauerte. Der Rektor hatte dafür nach einigem Zögern vorlesungsfrei gegeben. Als besonders bemerkenswert hob der ASTA-Vertreter die plötzliche, starke Unterstützung von seiten der Assistenten hervor.

KIEL

Auch die Kieler Studenten empfingen am Karfreitag die Kirchgänger mit Flugblättern. Sonnabend veranstalteten sie ein teach-in auf dem Rathausplatz, das sich, von Bürgern gut besucht, bis in den Abend hinein ausdehnte. Am 17. 4. fand, wie überall auch, ein teach-in statt, auf dem scharfe Kritik an den gewalttätigen Lösungen des SDS geübt wurde. Eine Resolution für Gewaltlosigkeit wurde fast einstimmig angenommen. Danach zogen die Teilnehmer zum Rathausplatz, wo die Hochschulgruppen, die Jungsozialisten und die Jungdemokraten sich an die Bevölkerung wandten.

BOCHUM

Die Bochumer Kommilitonen, deren Campus ungünstig außerhalb der Stadt liegt, fuhren am Karfreitag nach Essen, wo sie die Auslieferung von Springer-Zeitungen wirksam behinderten. Am folgenden Tag veranstalteten sie mittags eine Kundgebung, auf der Politiker, Professoren und der Rektor sprachen. Eine Vollversammlung am 18. 4. beschloß, Seminare zu den Themen Springer und Demonstrationen zu bilden.

Hans Erich Bahr

Ordinarius für praktische Theologie in Bochum *)

Schweigen ist Verrat

Vor einer Woche wurde Pastor Martin Luther King ermordet. Ein Prediger der Gewaltlosigkeit, wie man uns sagt, ein schwarzer Gandhi, ein frommer Beter? So steht es in unseren Zeitungen. Ein Mann, der nicht kämpft, wenn man ihn und die Seinen zusammenschlägt?

Bürger, lassen wir uns diesen Bären nicht aufbinden! Der Friedensnobelpreisträger steht nicht auf seiten des Berliner Senats, steht nicht auf seiten der Großen Koalition. Er steht mit seinem aktiven Kampf gegen die Ungerechtigkeit, gegen die Kriegspolitik des Präsident Johnson auf seiten der Studenten in Bochum, in Berlin, in Prag und Amerika.

Martin Luther King steht mit seinem aktiven Kampf gegen die Notstandspraxispolitik auf seiten aktiver Opposition in der gesamten westlichen Welt. Bürger, Martin Luther King und Rudi Dutschke lassen sich nicht gegenüberstellen wie der gute Engel drüben und der böse Ruhestörer hier!

„Ich marschierte mit den zornigen jungen Menschen“, erklärte Dr. King kurz vor seiner Ermordung. „Und ich sagte: Molotow-Cocktails lösen eure Probleme nicht. Aber sie fragten“, sagt Dr. King, „sie fragten mich mit Recht: Und Vietnam? Sie fragten: ob Amerika und der Westen denn nicht massive Gewalt anwenden. Diese Fragen trafen mich tief“, erklärte King. „Und ich wußte, daß ich niemals wieder meine Stimme erheben könnte gegen Gewalttaten meiner eigenen Leute, bevor ich nicht eindeutig den größten Gewaltausüßer in der heutigen Welt angedreht habe, und das ist meine eigene Regierung.“

Und Dr. King fährt in dieser Erklärung fort: „Um der Hunderttausende willen,

Nach dem Sturm startete eine Solidarisierungswelle erschrockener Liberaler, die erkennen, daß die Unterdrückung der kritischen Studentenschaft Vorgeschnack „kommender Dinge“ ist. Während der Aktion aber, erfaßten nur wenige „Etablierte“ - in Hamburg keiner! -, wohin ein Staat steuert, der legale Demonstrationen zusammenknüpelt.

die unter den westlichen Gewaltakten zittern, kann ich nicht länger schweigen. Wir müssen bereit sein, aus Worten Taten werden zu lassen, und jeden nur möglichen Weg des Protestes suchen.“

Liebe Bürger, Tausende sind in Amerika diesem Aufruf Pastor Kings gefolgt. Au für uns ist die Zeit gekommen. Schweigen Verrat bedeutet! 1648 junge Amerikaner warten zu dieser Stunde als aktive Kriegsgegner im Gefängnis auf ihren Prozeß. 350 000 Amerikaner werden in der nächsten Woche auch ohne King nach Washington marschieren. Auch bei uns sind immer mehr Bürger entschlossen, aktiv zu werden für den sozialen Frieden, aktiv zu werden für den Frieden mit den sozialistischen Völkern.

Sie haben lange Zeit geglaubt, Frieden, das sei Ruhe ohne Experimente. Der Berliner Senat und viele Bonner Politiker glauben das heute noch. An Martin Luther King, an den Studenten in Berlin, in Prag, in Amerika und in Bochum können wir lernen: Nicht die Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, sondern der aktive Protest gegen eine Politik der zuschlagenden Gewalt, der aktive Protest gegen eine politische Führung, die zu feige ist, um die längst fällige Friedenspolitik endlich beginnen, der aktive Protest gegen einen Journalismus, der uns zur Menschenjagd aufruft. Martin Luther King starb nicht für die faule Ruhe, sondern für die gerechte Entlohnung der Arbeiter in der Müllabfuhr der Stadt Memphis.

Bürger, es kann eine Zeit kommen, in der Schweigen Verrat bedeutet! Diese Zeit ist für viele Studenten und für uns Professoren gekommen.

*) Rede, gehalten am Ostermontag auf dem Marktplatz in Bochum.

Dissertationen	bei	DM	Angebot anfordern
	druckt	Expl. = pro Seite	
	von DIN A 4 - Vorlage	70	3, --
	auf DIN A 5 - Format	100	3, 20
BÖNECKE		150	3, 45
		200	3, 60
		300	4, 30
3392 Clausthal-Zellerfeld		keine Nebenkosten	
Fach 29 Ruf 05323 525		● Raster billigst! ●	

PERSPEKTIVEN

Stellungnahme des ASTA

Erste Bilanz der Ereignisse zu ziehen, die wieder einmal so ungenau mit „studentischer Unruhe“ umschrieben werden, fällt nicht nur den direkt Beteiligten schwer. Das in den letzten Tagen zu beobachtende Schwanken zwischen einem ungekannten Machtgefühl und nackter physischer Angst beweist nur zu deutlich die Schwierigkeit einer eindeutigen Situationsanalyse; allenfalls kann eine Bandaufnahme versucht werden, die angesichts der ausgebliebenen notwendigen rationalen Kommunikation über die Vorfälle zu Ostern nur subjektiv sein kann.

Die folgenschwere Eskalation physischer staatlicher Gewalt vom Donnerstag bis zum Ostermontag ist bekannt; es genügt hier, auf die ausführliche Dokumentation und Chronologie zu verweisen, die vom ASTA vorgelegt wurde.

Empörung reicht nicht

Die berechtigte Empörung über das brutale Vorgehen der Polizei, ihre Führungslosigkeit und die ständig zu beobachtende qualitative und quantitative Inadäquanz der polizeilichen Mittel darf allerdings nicht zu der Annahme verführen, daß das Skandalon des Polizeieinsatzes entsprechende politische Konsequenzen zeitigen wird. Auch das brutalste Vorgehen kann heute auf die Zustimmung einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung rechnen, da diese, nicht gewöhnt, in unverzerrten historischen Perspektiven zu denken, von Teilen der Presse animiert wird, die „studentische Unruhe“ mit dem faschistischen Terror gleichzusetzen, und darin eingeübt ist, durch Wohlstandskonsum domestiziert, in einem wohlstandstemperierten autoritären Gemeinwesen das Denken durch staatliche Instanzen abgenommen zu bekommen. Solange die Gesellschaft ihre eigene Sicherheit mit dem Privateigentum Axel Springers identifiziert, muß sie einen Angriff auf die herrschaftliche Inanspruchnahme der Gewerbefreiheit – sprich Pressefreiheit – als einen gegen die „freiheitliche Grundordnung“ gerichteten Subversionsversuch interpretieren.

Immerhin ist der Öffentlichkeitscharakter der Ware „Zeitung“ auffälliger als der anderer Produktionsgüter. Insofern läßt sich die Hypothese wohl wagen, daß unsere Gesellschaft „springerbewußter“ geworden sei. Die vom Konzernherrn entfachte Rechtfertigungskampagne, die strikte Weigerung führender Verlagsan-

gehöriger wie etwa des Bild-Chefredakteurs Peter Boenisch, an öffentlichen Diskussionen über den Springer-Konzern teilzunehmen, läßt immerhin auf eine gewisse Nervosität, die Erkenntnis der Anfechtbarkeit der eigenen Position schließen.

Doch muß heute die Frage erlaubt sein, ob denn die Forderung nach Enteignung, die das Grundgesetz im öffentlichen Interesse ausdrücklich legalisiert, mit dem Mittel einer Belagerung durchgesetzt werden kann oder aber, sollten die Belagerungen der Springer-Häuser einen anderen Zweck verfolgt haben, dieser einigermaßen realisiert wurde. Heute erst wissen wir, was vorher hätte abgesehen werden können. Die wirtschaftliche Macht des Konzerns ist ungebrochen. Auslieferungen wurden, wenn überhaupt, verzögert, nicht verhindert. Und wer wollte wohl so naiv sein, zu meinen, daß der einmalige Verzicht auf die Lektüre der Bild-Zeitung den Mechanismus der Manipulation zu durchbrechen erlaubte, von dem es heißt, und das mit einigem Recht, er führe zu einer systematischen Verdümmung breiter Schichten der Bevölkerung?

Die veranstalteten Demonstrationen waren Manifestationen einer gegen Sachen gerichteten Gewalt immer dann, wenn sie in Belagerungen ausmündeten. Sie wurden als gewaltlos deklariert, weil auf Gewalt gegen Personen ausdrücklich verzichtet wurde. Die gegen Sachen gerichtete Gewalt hätte jederzeit gebrochen werden können, ohne Gewalt gegen Personen anzuwenden. Die passive Gewalt eines Sitestreikes ist in ihrer Passivität also jederzeit ohne Anwendung gegen Personen gerichteter physischer Gewalt zu brechen. Die Frage, ob die gegen Sachen gerichtete Gewalt gerechtfertigt war, ist nicht von ungefähr zu entscheiden.

Unbeschadet aller rechtlichen Erwägungen darf der politische Charakter des „Belagerungszustandes“ nicht eskamotiert werden: in der Demonstration selbst kommt die unnachgiebige Aufforderung zum politischen Handeln, zur Gesetzesinitiative zum Ausdruck, einer Initiative, der sich Politiker aller Couleur solange haben und werden entziehen können, als nicht der „Druck der Straße“, d. h. das in der Aktion sich publizierende und artikulierende mündige „Volk“, zu einem solchen Schritt drängt. Die verquere politische Situation in unserem Lande führt

dazu, daß allen Parteien die Aktionen einer als außerparlamentarisch sich verstehenden Opposition in dem Maße nützen, wie sie diese Aktionen verurteilen können. Daß Springer ohne jede demokratische Legitimation, d. h. ohne jedes Mandat und entsprechende Kontrolle, politische Herrschaft ausüben kann, haben die verschiedensten Ereignisse, darunter die Telefongebührenaftäre hinlänglich bewiesen.

Solange die rebellierende Gruppe noch klein ist, scheint es opportun, sie als linke Krawallierhorde abzutun. Verlieren die großen Parteien jetzt Wählerstimmen bei Landtagswahlkämpfen, ist der Sündenbock schnell gefunden. So hat jeder etwas von der „studentischen Unruhe“ und kann in ihrer scharfen Verteilung sein demokratisches Bewußtsein demonstrieren. Wenn man so will, eignet sich die studentische Bewegung als idealer politischer Barometer, läßt sich doch aus den Reaktionen sehr leicht ablesen, welche Tabuzerstörung der „freien und offenen Gesellschaft“ heute zugemutet werden kann.

Wir brauchen neue Konzepte

Freilich sollten wir uns davor hüten, den politischen Parteien diesen Bärendienst zu erweisen. Solange wir damit rechnen müssen, daß unsere Demonstrationen nicht ihren Adressaten erreichen, wir also davon ausgehen müssen, daß sie mit Billigung der Mehrheit zusammengeknüppelt werden können, ist das Risiko, daß eine als gewaltlos und friedlich geplante Demonstration in einem Blutbad endet, untragbar. Es mögen Masochisten auch weiterhin sich zusammenschlagen lassen, es bleibt ihnen unbenommen. Da wir wissen, wer über Schlag- und Schußwaffen verfügt und davon ohne Gefahr für sich großzügig Gebrauch machen kann, werden wir in der kommenden Zeit andere Wege gehen müssen. Diese müssen in der Zeit einer „Demonstrationspause“ artikuliert werden. Fertige Konzepte liegen nicht auf dem Tisch. Die Ratlosigkeit ist allgemein, sie muß rational bewältigt werden. Fordern wir die staatliche Autorität heraus, können die Folgen für uns tödlich sein; machen wir die Autorität in ihrem falschen Anspruch lächerlich, kann sie mit der Zeit daran zugrunde gehen. An dieser Alternative haben sich unsere Konzeptionen auszurichten, andernfalls laufen wir Gefahr, es allen recht zu machen und uns selbst aufzugeben.

Freiheit VON der Springerpresse

„Am Strukturwandel der bürgerlichen Öffentlichkeit läßt sich studieren, wie es vom Grad und der Art ihrer Funktionsfähigkeit abhängt, ob der Vollzug von Herrschaft und Gewalt als eine gleichsam negative Konstante der Geschichte beharrt – oder aber, selber eine historische Kategorie, der substantiellen Veränderung zugänglich ist.“

Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1965, p. 271.

Studenten in allen Teilen West-Deutschlands und in West-Berlin, die am Gründonnerstag, am Karfreitag und am Ostermontag auf die Straße zogen, um gegen den Springer-Konzern zu demonstrieren, um auf den Zusammenhang zwischen dem Attentat auf Dutschke und den Zeitungen dieses Konzerns aufmerksam zu machen, sehen sich nach Tagen brutalster polizeilicher Ausschreitungen und fortgesetzter Verketzerung in der Isolation wie nie. Vorbeugende Haft gegen „Rädelsführer“, Schnellgerichte und hartes Vorgehen wird von unseren autoritär-bestimmten Politikern gefordert.

Blätter des Springer-Konzerns, ebenso wie die FAZ, Rheinischer Merkur und DIE ZEIT sprachen von einem bedrohlichen Angriff auf die Pressefreiheit, der mit allen Mitteln abzuwehren sei. Ob der Plan, die Zentren der Manipulation, vor allem, nachdem die Konsequenzen ihrer sublimen Gewalt in Form eines quasi-politischen Attentats: „Dutschke war mir unsympathisch, weil er Kommunist ist“, manifestiert worden war, für einen Tag von ihren Opfern, den Konsumenten, abzuschneiden, als Angriff auf die Pressefreiheit hingestellt werden kann, dürfte immerhin noch fraglich sein.

Die klassische Definition der Pressefreiheit ist als eine negatorische Freiheit von staatlichen Eingriffen bestimmt. Heute, bei der wechselseitigen Durchdringung von Staat und Gesellschaft, steht freilich die öffentliche Aufgabe der politischen Presse im Vordergrund. Erst aufgrund dieser Aufgabe werden ihr nachfolgend Freiheiten garantiert. Im Verlauf dieses Prozesses ist die klassische Meinungsfreiheit der Individuen von den publizistischen Institutionen abhängig geworden, sie selbst hat damit den Charakter eines liberalen Grundrechts eingebüßt.

Gibt dieser Tatbestand für die sogenannten Intelligenzblätter Grund genug zur Kritik, die Bildung einer genuin demokratischen Öffentlichkeit, weil die sozialstrukturellen Voraussetzungen für ein kritisch-räsonierendes Publikum kaum noch gegeben ist, so trifft dies erst recht und vor allem auf die manipulative Presse zu, auf eine Presse, die vom Anpassungsjournalismus geprägt, nach Hans Dieter Müller, dem Autor von „Der Springer-Konzern – Eine kritische Studie“, konsum-faschistische Züge trägt. Für diese Blätter, die nachweislich die tägliche Enteiung des Bewußtseins der Menschen vollziehen, die Pressefreiheit zu beschwören, klingt wie Hohn und ist zynisch gegen jene gerichtet, die den Menschen erst wieder in ihre Rechte einsetzen wollen: ihnen zu ermöglichen, eigene gesellschaftliche Interessen zu erkennen. Eben weil diese Ziele studentischer Opposition, Aufklärung der Menschen, autonome Verwirklichung ihres Lebens, permanent entstellt werden, ist diese Reaktion auf den Springer-Konzern erfolgt, die selbst nur Ohnmacht dokumentieren kann, weil die Studenten den Verblendungszusammenhang, in dem die Menschen stehen, allein nicht durchbrechen können. Es gilt allerdings zu erkennen, daß die Entstellung politischer Ziele nicht allein der Böswilligkeit bedenkenloser Journalisten anzurechnen ist, sondern vielmehr strukturell dem rigorosen Anpassungsjournalismus innewohnt. Die von der BILD-Zeitung produzierte Schein-Öffentlichkeit nivelliert alles auf der Ebene des human-interest, aus dem Rezept der Konsum-Steigerung wird das der politischen Demagogie. Ihr entspricht die Stilisierung von Führern („Rädelsführer der Unruhen“) ebenso wie sie die theoretische Argumentation der Studenten vernachlässigen muß. So wurde im pseudo-öffentlichen Bewußtsein Dutschke zum Aggressions-Objekt gemacht, was in der Bevölkerung als „Dutschke – Volksfeind Nr. 1“ plakativ wiederkehrte. So wurden die politischen

Aktionen der Studenten zu einer Reihe von Krawallen und Happenings, deren Motivation bestenfalls noch im Psychologischen gesucht, viel eher jedoch als eine Art „jungakademischer Wohlstandskriminalität“ diffamiert werden konnte. Die Gründe studentischer Unruhe werden allenfalls noch tangiert, wenn es ausschließlich um die Hochschulreform geht. Aufklärerische Intentionen, die auf Veränderung sowohl der Verhältnisse als auch des Bewußtseins drängen, sind manipulativ nicht zu realisieren, sie selbst setzen das, was sie fordern, im Ansatz voraus: eine Ich-Bildung, die die Unlust von Kritik tolerieren kann. Das aber wird den Menschen in dieser Gesellschaft immer noch systematisch verweigert. Einen Ausweg aus diesem Zirkel der irrationalen Rationalität zu finden, glaubt sich die studentische Opposition nahe: die negative Erfahrung, die diese Gesellschaft ihr stets und immer aufs neue liefert, verstärkt ihre Anstrengungen. Daß der Angriff auf den Springer-Konzern weit über ihn als solchen hinausreicht, ist in einem ironischen Sinn zutreffend. Die gesellschaftliche Analyse nimmt uns die Naivität, zu glauben, ein Sinneswandel Axel Springers zugunsten der Studenten und ihrer politischen Vorstellungen ließe alles gut werden. Sein Konzern und dessen Produkte sind lediglich Signaturen für die politische Substanz einer kaum noch auf ihre Formalien Rücksicht nehmenden Herrschaftsapparatur. Wer die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik nicht wie Bundeskanzler Kiesinger und Axel C. Springer am Beispiel des „Dritten Reiches“ mißt – und dies nicht nur aufgrund von Generationsunterschieden –, dürfte ähnlich den Studenten zu gleich radikalen Ergebnissen kommen, was Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik betrifft. Pressefreiheit wird zwar nicht zu einer Freiheit von der Presse, wie Spengler noch prophezeite, aber zumindest zu einer Freiheit von der Springer-Presse.

BUCHHANDLUNG AN DER UNIVERSITÄT

Werner Engel

Fachbuchhandlung für Jura, Betriebs- und Volkswirtschaft

2 HAMBURG 13 · ROTHENBAUMCHAUSSÉE 16

„Wir schießen zurück!“

„Studenten drohen: Wir schießen zurück. Kurz zuvor hatten radikale Studenten BILD-Berlin telefonisch angekündigt: Wenn die Polizei noch einmal auf uns schießt, werden wir zuruckfeuern. Wir sind schon dabei, uns zunächst Gaspistolen zu beschaffen.“
BILD, 5. 6. 1967

Jetzt geht es nicht mehr um „Restauration“, zur Debatte steht nicht mehr eine „unflexible“ Koalitionsregierung. Es geht nun um Gemeingefährlichkeit. Gemeingefahrlich ist der Springer-Konzern und gemeingefährlich ist diese Bundesregierung geworden, die den Einsatz von Bundesgrenzschutz, das Verbot des SDS und eine Änderung der Strafprozeßordnung erwägt, um Demonstranten bei „Wiederholungsgefahr“ verhaften zu können. In Springerzeitungen wird gefragt, wann die Polizei denn endlich mit wirkungsvolleren Waffen ausgerüstet werde. Vorgeschlagen wird u. a. ein Spray, der Demonstranten für eine halbe Stunde blind macht. Es geht nicht um die Unfähigkeit dieser Regierung, lebenswichtige Probleme zu erkennen. Dieses Koalitionsregime weigert sich, entscheidende Probleme zur Kenntnis zu nehmen. Herr Wehner kürzt den SDS-Spitzel Wetzel zum Staatssekretär, obwohl dieser wegen eben dieser Spitzelei seines alten Amtes enthoben war. Strauens „Bayern-Kurier“ will „den eingeschuchterten Richtern und Staatsanwälten mit der gesamten Autorität der Vertretung des Volkes beizuspringen“ versuchen.

Luckes Nachfolger wird uns NATO-Notstandspläne bescheren, mit deren Hilfe wir dann endlich eine offizielle Bonner Regierungs-Mafia haben werden, der es nicht schwer fallen dürfte, die Berliner Mafia Schütz-Neubauer-Prill noch zu ubertumpfen. „Das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten“ hieß Sonnemanns 1963 erschienenen Buch, in dem damals schon zu lesen war – vor fünf Jahren also: „Das Ereignis der Revolution, im Leben eines Volkes nichts anderes als was im Leben des einzelnen das Ereignis der Reifung ist: dies normale und notwendige Wagnis kann, in und von Deutschland, nicht zu lange mehr hinausgeschoben werden. Es gibt, abermals wie in der Lebensgeschichte der Person, auch in der Geschichte eines Volkes einen Punkt, jenseits dessen sein Versäumnis zu einem

Verhängnis wird, das keine noch so rebellierte Generation dann widerrufen, wiedergutmachen könnte. Dieser Punkt ist... nahe; die Zeit, den Umsturz einzuleiten, reif. Sie wartet, wortlos wartend, auf die Reifen.“¹⁾

Die Frage muß gestellt werden, ob dieses Verhängnis, „das keine noch so rebellierte Generation dann widerrufen, wiedergutmachen könnte“, nicht schon längst über uns hereingebrochen ist. Seit dem 2. Juni 1967 mustren wir wissen, daß die Zumutbarkeiten tatsächlich unbegrenzt sind, daß der permanente Notstand hierzulande keine Utopie ist. Statt der uberraglichen Selbstkritik in Koalitions-, Polizei- und Springerkreisen erschallt der bekannte Ruf nach „Ordnung“; „schärfer durchgreifen“ heißt die ur-deutsche Devise. „Die Terroraktionen, deren Ende nicht abzusehen ist, zwingen die WELT nicht dazu, ihre Einstellung gegenüber der Unruhe an den Universitäten zu überprüfen“, heißt es in der WELT vom 20. April. Es kann jetzt schon mit einiger Sicherheit prophezeit werden, daß man sich in Bonn schon deshalb mit dem „Ausmerzen“ oder „schärfen Durchgreifen“ beschäftigen wird, um der NPD Wind aus den nationalen Segeln zu nehmen.

Wir Studenten, der „immatrikulierte, mobilisierte Mob“ also, sollten wissen, daß die Trias Notstandskoalition-Polizei-Springerkonzern nicht im luftleeren Raum operiert. Springers Minoritatenhetze hat überall in der Bevölkerung große Resonanz gefunden; diese Hetze wurde eben schon vorbereitet, als BILD-Leser Adenauer noch Bundeskanzler war. Unter Adenauer, dem starken Mann, der Ordnung schaffte, ohne sich dabei um juristische Komplikationen kümmern zu müssen, wurde das WELT-BILD unerträglicher Schwarz-Weiß-Malerei zur politischen Maxime: Kritik wurde damals schon landesverraterisch und wenn sie es nicht war, wurde sie dazu „gemacht“. Springers Zeitungen haben sich aus-

schließlich darauf konzentriert, aus kritischen Beobachtern dieses Notstands-Paradieses Landesverräter zu machen; wobei dieser terminus substituiert wird durch andere, die das deutsche Blut noch kräftiger in Wallung bringen: „Jung-Rote“, „FU-Chinesen“, „Abziehbild des häßlichen Peking Originals“ heißen die neonationalistischen Wort-Prägungen, die dann regelmäßig in Leserbriefen an Springers Blätter wieder auftauchen. Wir fordern die „Entflechtung“ des Springer-Konzerns; wir reden von „Enteignung“ und sind uns der eigenen Ohnmacht bewußt, dieses Vorhaben irgendwie beeinflussen zu können. Es ist durchaus möglich, daß, sollte es zur Bildung einer neuen „Kommission“ kommen, welche die Auswirkungen der Pressekonzentration zu untersuchen hat, Axel Springer diesmal nicht in diese Kommission berufen wird – man wird dann mit Christian Kracht vorliebnehmen, weil Herr Springer so etwas „unappetitlich“ finden würde.

Trotz der Einsicht, daß von uns praktizierte gewaltlose Demonstrationen zum Vorwand ausrufen zu können, den Notstand ausrufen zu können, ist Resignation nicht am Platz. „Es gibt in einer Demokratie das Widerstandsrecht, und wir müssen uns überlegen, ob wir in einer Situation sind, wo die Frage des Widerstands ernsthaft gestellt werden muß“, sagte Rechtsanwalt Mahler auf dem Kongreß in Hannover²⁾. Nun, wo wir es nicht dabei bewenden ließen, die Frage nach dem Widerstand einfach zu stellen, jetzt, wo wir ihn tatsächlich praktizieren und der Studentenschaft allgemein das Recht auf Widerstand abgesprochen wird, sollte man zu der Einsicht gelangen, daß die Bezeichnung „Demokratie“ einfach obsolet geworden ist in diesem Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten. Wir werden fortfahren in unserem Widerstand, wir werden fortfahren müssen, wenn wir verhindern wollen, daß kritische Studenten nach Verabschiedung der Notstandsgesetze auf Straflinginseln in der Nordsee mit Polizeiknuppeln weiter traktiert werden sollen.

Waschen - Reinigen - Selbstbedienung

Schnell und billig können Sie bei uns selbst Ihre Wäsche waschen, schleudern, trocknen und mansteln und Ihre Garderobe chemisch reinigen

SCHLUTERSTRASSE 81 · 5 MINUTEN VON DER UNI

1) Ulrich Sonnemann: Das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten; Reinbek 1963, S. 289.

2) Bedingungen und Organisation des Widerstands. Der Kongreß in Hannover, Valtaire Flugdrift 12, Berlin 1967, S. 104.

Dank an Professor Weichmann

Ein persönliches Wort von Genosse zu Genosse

Die Besorgnis unter unseren Politikern datiert nicht erst vom Karfreitag.

Schon am Ende des vergangenen Jahres hat sich unser Stadtoberhaupt der studentischen Probleme angenommen und – leider bis jetzt geheim –, uns einen Ausweg aus der verhängnisvollen Eskalation von Radikalismus und Gewalt gewiesen.

Kommilitonen, für uns alle kommt es doch darauf an, Erreichtes zu erhalten und an unserem schönen Staat konstruktiv mitzubauen. Herr Prof. Weichmann hat deshalb nur allzu recht, jegliche Kritik zu verurteilen. Für die Unvorsichtigkeit des größten Teils der Studentenschaft spricht nun, daß sie auf diese Verurteilung der Kritik wiederum mit Kritik antwortet.

Professor Weichmann hat in seiner ermüdeten Sorge ein Mittel erdacht, um der urchigkeifenden Unruhe Einhalt zu gebieten. Wieder einmal hat er sich um seine Stadt verdient gemacht und hat das rechte (!) Wort zur rechten Zeit gesprochen – leider vorerst unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Deshalb fühle ich mich als SPD-Mitglied und als Student verpflichtet, zu diesem Zeitpunkt auf die Lösung Bürgermeister Weichmanns aufmerksam zu machen und ihn gegen unverdienten Angriffe der nach falsch verstandener Demokratie rufenden Studenten in Schutz zu nehmen.

Dies ist um so notwendiger, als einige seltsame Gestalten mit Bärten – ich zögere, sie Kommilitonen zu nennen –, und erschreckenderweise auch anständige (!) Studenten in letzter Zeit versucht haben, mir meinen Glauben an die Weisheit der Entscheidungen meiner Partei-Oberen madig zu machen und ich manchmal sogar Anzeichen des Zweifels an mir selbst entdeckte.

Das klärende Wort unseres teils klugen und teils demokratischen Bürgermeisters betraf die politische Bildungsarbeit. Allzu häufig ist sie mißverstanden worden als Erziehung zum selbstverantwortlichen kompetenten politischen Urteil des mündigen Staatsbürgers. Dieses Mißverständnis ist vor allem in der Studentenschaft weit verbreitet, was nicht verwunderlich ist, wenn man bedenkt, daß beispielsweise Prof. Hausmann, der Senatsbeauftragte für politische Bildung an der Universität Hamburg, bedauerlicherweise der

Überzeugung ist, „daß nicht der Konsensus sondern der Dissens das wesentliche Merkmal des Politischen überhaupt sei“. Offenbar gehört dieser Gelehrte zu der glücklicherweise kleinen Schar von Hochschullehrern, die die Studenten verunsichern, indem sie sie zur Abkehr von fraglosen Geglauheiten veranlassen wollen. Professor Weichmann hat nun klargestellt, „daß politische Bildung darin bestünde, nicht in erster Linie Information zu vermitteln, sondern eine gewisse Heranführung des jungen Menschen an den bestehenden Staat im Sinne einer staatsbürgerlichen Erziehung zum verantwortungsbewußten und aufgeschlossenen Staatsbürger zu betreiben“.

An sich ist schon diese Neudefinition der politischen Bewußtseinsbildung ein Verdienst um die Wissenschaft. Darüber hinaus beweist die Tatsache, daß in der Demokratie, die Prof. Weichmann meint, nur die ehrenwertesten und intelligentesten Bürger Politiker werden können, daß Kritik völlig überflüssig ist. Oder wie soll man sich erklären, daß u. a. folgende Persönlichkeiten des Hamburger politischen Lebens sich die obige Äußerung unseres Herrn Bürgermeisters widerspruchlos anhörten?:

Senator Drexelius, Senatorin Keilhack, Staatsrat Fahning, Frau Fera (CDU), Dr. Frankenfeld (FDP), A. Höhne (DGB), H. Kalbitzer (SPD), Dr. Witten (CDU) und die Herren Zahn, Meisner, Merzyn und Dr. Tormin.

Denjenigen Studenten, die wie Prof. Weichmann und ein wachsender Teil der SPD wieder deutsch fühlen und denken, ist seit langem bekannt, daß sich die Wissenschaft schwer tut. Die einfachsten Zusammenhänge werden von ihr durch angeblich differenzierte Betrachtungsweise derart kompliziert, daß die loyalen Studenten und staatstragenden Politiker sie nicht mehr zu verstehen imstande sind. Prof. Weichmann dagegen hat nun vorbildlich der Wissenschaft vorexerziert, wie man das an sich komplizierte Problem der Studentenunruhen monokausal erklärt. Es wäre zu begrüßen, wenn die Hamburger Professoren dieses Vorgehen ebenfalls anwendeten, weil die Studenten es dann um vieles leichter hätten. Prof. Weichmann ist „recht besorgt über die Unruhe unter den Studenten und

(fragt) sich, ob die Mittel des Senatsausschusses in der Vergangenheit richtig eingesetzt worden (sind). Wäre dies der Fall gewesen, dann dürften die Unruhen zum mindesten nicht so umfassend sein und nicht diese Formen angenommen haben“.

Die Unruhen an den Universitäten sind also eine Wirkung der politischen Bildungsarbeit und Herrn Prof. Weichmann scheint es, „als ob hier ein Tropfen Öl auf ein wildes Meer gegossen werde und daß auch die Verdoppelung der Mittel für die politische Bildung keine Beruhigung bringen könne, denn die aus dem Programm des Senatsausschusses zu erschießende Auffassung von politischer Bildung (ist) offensichtlich nicht geeignet, diese Unruhe in der Studentenschaft zu dämpfen“.

Wenn die Erhöhung der Mittel für die politische Bildung keine Beruhigung der Studenten herbeiführt, so muß man umgekehrt verfahren und diese kürzen. So wurde es denn auch gehandhabt.

Den Studenten wurde in den letzten Tagen und Wochen schlagend bewiesen, daß es ungehörig ist, Kritik zu üben. Obwohl es Nachteile haben könnte, möchte ich auf eine Konsequenz hinweisen. Da die politische Bildungsarbeit die Ursache für die Studentenunruhen ist, wäre es nur konsequent, diese gänzlich einzustellen.

Das Faszinierende an der Persönlichkeit Prof. Weichmanns ist, daß er keine Gelegenheit ausläßt, seine scharfe Intelligenz zu beweisen, denn „es (ist) daher durchaus nicht ausgeschlossen, daß bei späteren Verhandlungen in der Bürgerschaft die ganze politische Bildungsarbeit an der Universität noch einmal geprüft werden müßte und dann nochmalige Kürzungen vorgenommen werden könnten“.

Die Studenten wissen nun endlich aus kompetenter Quelle, woher ihre Unruhe rührt. Kommilitonen, stellt Proteste und Kritik ein, wenn Bürgermeister Weichmann die politische Bildungsarbeit einstellt!

Und unsere Professoren sollten sich ernsthaft fragen, ob es ihnen nur ein einziges Mal gelungen ist, ein Problem mit so wenigen Worten und so kleinem intellektuellen Aufwand völlig transparent zu machen.

Noch ein persönliches Wort von Genosse zu Genosse: Lieber Herbert, jeder Mensch wird mal alt! Auch Du wirst nicht mehr lange Hamburgs Geschicke lenken können. Es wird ein harter Schlag für uns sein, wenn wir von Deinem Abschied von der Politik erfahren. Für mich und alle rechten (!) Deutschen bist Du ein Gewährsmann dafür, daß wir uns trotz der besorgniserregenden Zeitläufe darauf verlassen können, daß unsere politischen Führungsgremien sich nicht mehr ablösen lassen. Laß Dich von keinen Kritikern davon abhalten, zu tun, was Du als rechter Deutscher für richtig hältst!

Der Wurm in der Borcke - oder Germanistik im Schneider

Ein Filmspiegel für Ordinarien *

Der von der exklusiven Versammlung Hamburger Germanisten und Literaturwissenschaftler zusammengestellte Veranstaltungskalender für diese Sommer-Saison birgt für die zahlreichen Anhänger deutscher Kulturpflege wieder einige ausgesprochene Knüller: Angesichts dieses Programms fragt man sich, wo von der vielbesprochenen Misere des Hamburger Kulturlebens noch die Rede sein kann.

Niekerken präsentiert den Hamburger Fassenschlager „Lautgeschichtliche Grundbegriffe der deutschen Philologie“ in ununterbrochener Reihenfolge bereits zum 12. Mal (soweit meine Archive reichen) und übertrifft damit sogar die Laufzeit des Films „Vom Winde verweht“ (ermäßigte Eintrittspreise für Rentner). Die großen Kinos bieten zahlreiche Uraufführungen erfolgreicher Bestseller unter dem Reihentitel „Die Ahnen“: Mit Schneider als Hauptdarsteller kommt der alte Klopstock zur Wiederaufführung (WS 63/64, jetzt auch als Buch erhältlich für Liebhaber), Nicolai arrangiert wieder seinen Lessing (SS 65) und ebenfalls ein Comeback feiert die Schiller-Dichterlesung Sir Adolfs (WS 63/64).

Hamburg präsentiert also ein Festival der großen Deutschen im Rückspiegel Gundolfs und Georgus, eine Bildergalerie der deutschen Literatur auf ihrem Höhepunkt (für Sammler werden die Stars am Ende des Festivals eine Autogrammstunde geben).

Bei Borck findet in dieser Saison der Lumpenball statt unter dem Motto „Die deutsche Vergeschichte“, mit dem das Vermächtnis des emeritierten Pretzel weitergeführt wird (SS 64). In den Hamburger Nicht-Aktuellen-Kinos laufen seit nunmehr 20 Jahren in ununterbrochener Reihenfolge immer noch die drei germanischen Familienromane. Die Stammbäume der gotischen, althochdeutschen und mittelhochdeutschen Buddenbrooks sind der besseren Übersicht halber in Göschens Kinoführer an der Theaterkasse erhältlich. Wer sich darüber wundert, daß diese Non-stop-Revuen einer tausendjährigen Familientradition immer noch so gut besucht werden, sollte sich bei der Direktion der Propagandaabteilung erkundigen, die ihren Lieblingskindern das Prädikat „besonders dringend zu besuchen“ verliehen hat.

Im Theater des Ostens, Inszenierung Burkhardt, wird „Das Alibi“ gegeben (Un-

tertitel: Junges Deutschland) – ein politisches Feigenblatt der bekenntnisüden, formbastelnden l'art pour l'art Richtung Hamburger Film.

Im Theater des Okzidents, Inszenierung Worstbrock, soll ein mediaevistisches Happening veranstaltet werden – ein Tranquillizer für die popsüchtige Jugend. Beide Veranstaltungen, für die Avantgarde gedacht, werden in selbstloser und dankenswerter Weise von den Arrivierten subventioniert.

Etwas außerhalb am Rande des Festivals werden die Veranstalter des Hamburger Marionettentheaters ihre mentoralen Kindervorstellungen abhalten, die den Zweck haben, den Zuschauern den fundamentalen Unterschied zwischen Spaß beim Spiel und Ernst des Lebens deutlich werden zu lassen.

Zusammenfassend läßt sich also nur Lobenswertes vom Programm des Festivals berichten. – In der Terminologie der Marktwirtschaft: Endlich hat man einen Weg gefunden, Ladenhüter zu überbeurten Preisen doch noch abzustoßen, indem sich das Angebot nicht mehr nach der Nachfrage zu richten braucht; die schlechende Inflation wird durch den genialen Trick vermieden, daß einfach kein neues Geld mehr ausgegeben wird. Der einzige Nachteil ist, daß auf diese Weise die alten Scheine allmählich abgegriffen werden. Indes sitzen die Ordinarien da wie die Zwillinge der großen Koalition: Sie sparen, damit die anderen sich nicht ver Ausgaben können.

Wir brauchen nur zu warten: die nächste Wiederholung kommt bestimmt.

R. Winter

HINTS FOR DISCUSSION

„Das Argument“, Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, hat im Doppelheft Nummer 45 zum Thema: Dritte Welt und Opposition im Spätkapitalismus. Darin sind u. a. Beiträge von Herbert Marcuse: Ziele, Formen und Aussichten der Studentenopposition, von Wolfgang Abendroth zur Analyse Marcuses und von Karl Theodor Schuon über Fanons Lehre von der befreienden Gewalt enthalten.

*

Eine mögliche Strategie für eine außerparlamentarische Oppositionsbewegung zu entwickeln, wird in dem soeben als rororo-aktuell erschienen Taschenbuch: „Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition“ von Uwe Bergmann, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefevre und Bernd Rebehl versucht.

*

Ein Aufsatz, der die „Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 67/68“ wiedergibt, ist von Peter Schütt im Aprilheft der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ veröffentlicht worden.

*

In der Reihe „Luchterhands Loseblatt-Lyrik 10“ lassen Born, Delius, Haufs, Loschütz und Ziem den denkwürdigen 21. Februar 1968, die Freiheitskundgebung, zu der der Berliner Senat aufgerufen hatte, eindringlich zu Wort kommen. Die zugrundeliegenden Texte sind authentisch; von Augenzeugen, die ihre Verwunderung über die Veranstaltung handfest zu spüren bekamen. Nach dem Attentat auf Dutschke ist diese Sammlung von unerhörter Aktualität.

*

Einen knappen, aber informativen Überblick zur studentischen Opposition gibt Jürgen Jeziorowski: „Studenten im Aufbruch, Motive – Methoden – Modelle“. Jeziorowski kennt sich aus; er ist verantwortlich für die Presse- und Informationsstelle der ESG im Bereich der BRD und West-Berlins.



sozialistische hefte 7. Jahrgang

Informativ – kritisch
unabhängig

Die Monatsschrift für sozialistische Theorie und Politik mit Dokumentationstell.

Zu beziehen durch
sozialistische hefte
Albert Berg - 2 Hamburg 89
Riststraße 2

Preis 1,50 DM
zuzüglich
Versandspesen
für Studenten 1,- DM

Fordern Sie kostenlos Probeexemplar an

* Diese Rezension ist polemisch und nimmt keine Rücksicht auf feinsinnige Bedenken oder zarte Gefühle – die Betroffenen mögen sich beleidigt fühlen.

WAR IS PEACE

Zur Ideologie der Friedfertigkeit des Westens

„ODS“
Helmut Schmidt
„Quantula parva intelligentia mundus regitur“
Oxenstierna

Organisierte Friedlosigkeit

Seit Fritz Fischers Buch „Griff nach der Weltmacht“ ist die „Kontinuität des Irrtums“ deutscher Politik wieder ins Blickfeld gerückt. Sie wird durch die hierzulande produzierten Drohesysteme militär-politischer Art und durch den neuen Typ eines zivilen Militarismus illustriert. Laut Quincy Wright¹⁾ gehört ja die BRD zu den politisch nicht-saturierten Staaten. Aus dem gleichen politischen Grund – durch eine habgierige Investierung von Gewalt – hat Deutschland nachgerade zweimal die Minimalisierung seines Machtbereiches erzeugt. Beide Male aber hat es auch die Bildung von neuen „avulsa imperii“ nicht der eigenen, sondern fremder Schuld angelastet. Läßt sich nicht schon heute wieder in der bundesrepublikanischen Meditation über den Frieden (Picht/Weizsäcker) oder über den Krieg (Strauß / Schmidt / Guttenberg / Hassel) nachweisen, daß die Gewalt noch immer als sinnvolles Instrument der Politik auftritt? Sicher, der traditionellen Identifizierung von Gewalt und Krieg galt es den Abschied zu geben. „Der“ Krieg als konformer Akt der Gewalt hat die A-Waffen nicht überlebt; die politische Gewalt hat sich heute daher nicht nur in die Sektoren atomar/subatomar unterteilt, sondern sie vernetzt auch in einem ganzen Spektrum von Droh- und Einflußakten, von militärischen, ökonomischen und diplomatischen Schritten – immer überdacht von dem Baldachin einsatzbereiter nuklearer Waffensysteme.

Im Schwange des Kalten Krieges wurde auch Bonn als militärischer Phönix wieder akut. Trotz Art. 25/26 GG²⁾ trotz harmonisierender Friedensofferten läuft die Tätigkeit des Bonner Staates von Anbeginn auf eine möglichst handliche Synchronisation von Politik und Gewalt hinaus; ihr ist endlich auch die militärische Adaption an

die Bedingungen des Atomzeitalters gelungen – auf die Helmut Schmidt seit 1960 drängt –, sie wird zum perfekten „crisis management“. Die Diplomatie der eigenen Machtstabilisierung aktualisiert eine wachsende Instabilität für den Kontrahenten, Angriff scheint noch immer die beste Verteidigung. Die deutschen strategischen Analysen jonglieren dauernd mit der These eines „machbaren Friedens“, aber sie bedienen sich dabei der Tastatur des Krieges! Politisch gesehen ist das durchaus konsequent. Da Gewalt Wesen der eigenen Politik bleibt, muß im Gefüge der egoistischen Friedensmythik der Grund für die applizierte Gewalt dem Gegner angekreidet werden, dem nun systematisch und nicht mehr historisch schuld für die eigene Misere gegeben wird. Der Gegner wird zur Zwangsnurose der eigenen Politik.

Seit 1949 treibt der Bonner Staat mit diesem Denkkarussell ein politisches „brinkmanship“³⁾ – nur die Formen seiner politischen Aggressivität wechselten. Obschon das Phänomen der Abrüstung auch in der BRD als Element der Politik diskutiert wird, taucht Friede als Aufgabe der eigenen Aggressivität nicht am Horizont dieser Meditation auf. Abrüstung wird zur Gewaltstabilisierung. Der „Kampf dem Atomtod“ dient heute dem Machiavellismus, weil er unbedingte Voraussetzung der eigenen Seinsicherung ist.

In diesem Gefüge artikulierte Oskar Morgenstern den höchsten Grad üblicher Friedenserwartungen: Er spekuliert nur noch auf eine „technische Verunmöglichung des Krieges“.⁴⁾

Die propagierte „Abwesenheit des Krieges“ (als Friede) durch gegenseitige Abschreckung bleibt aber instabil und kriegerisch; sie bietet keinen Ausweg aus der einbrechenden Verdunkelung menschlicher Politik. Die Aporien der Haltung J. F. Kennedys, der als erster im Westen die Militärpolitik transparent machte, der eine Kommunikation mit dem „Gegner“ herstellte – zugleich aber die größte Aufrüstung der neueren US-Geschichte durchführte und einen erbitterten Kampf (von Kuba bis Laos) gegen die Befrei-

ungsbewegungen initiierte, zeigen daher akkurat die engen Grenzen des bürgerlichen Friedensdenkens. Die Vielfalt der wirklichen Bewegung der Weltpolitik wird subsumiert unter die Titel freiheitlich (kapitalistisch) und unfreiheitlich-unfriedlich (kommunistisch) – und alle Schritte der „Unfreiheitlichkeit“ (Revolten/Bürgerkriege/coup d'états) werden willkürlich dem Zentrum Moskau angekreidet.⁵⁾

Moskauer Modell

Obschon auch der sowjetische Kommunismus – als ein Trauma der Interventionsepochen (1917–1921/1941–1945) – noch ein verhältnismäßig dichotomisches Weltpolitikbild vertritt, wird hier doch immerhin der Friede konkreter definiert. Vor allem ist schon seit eh und je deutlich: daß Friede nicht durch Krieg (durch retardierende Gewalt) geschaffen werden kann! Friede, so sieht es die Theorie vor, setzt gerade die Schaffung gesellschaftlicher Gerechtigkeit voraus. Insofern spricht die Politik der friedlichen Koexistenz von einer Symbiose verschiedener Gesellschaftssysteme – aber von der Unvereinbarkeit verschiedener Klassen (Feldosejew).

Während bisher die bürgerliche Nicht-Kriegs-qua-Friedensvision extern und intern auf eine Zementierung von Gewalt als Mittel der Politik hinarbeitet, hat der Sozialismus zweiphasig eine friedliche Friedenskonzeption entwickelt. Zum einen hat er prinzipiell den Krieg als zwischenstaatlichen Vorgang ad acta gelegt und zielt durch Wettbewerb auf eine Infragestellung der brüchigen kapitalistischen Rationalität; zum anderen bildet der Sozialismus als modus accelerandi die einzige gesellschaftspolitische Matrix, die der Dritten Welt heute noch aus ihrer ökonomischen Misere heraushelfen kann.⁶⁾ Global gesehen soll dadurch auch der Prozeß der

Forts. S. 11

Hamburger Studenten Kaufstätte

STUKA

NEU

FOTOKOPIEN - ,25 bei 4 Kopien

Forts. v. S. 10

Enteignung der Gewaltinstrumente im Kapitalismus in Gang gesetzt werden, weil in einer sozialistischen Umwelt nur noch eine „kalte Sozialisierung“, d. h. auch eine politische Umfunktionierung den Zusammenbruch dieser Staaten verhindern könnte. Wie gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Produktionsform die Gesellschaftsform des ancien régimes stürzte, weil ihre Verkehrsformen obsolet geworden waren, so wird jetzt der die Möglichkeiten des Industrialismus nur klassenhaft nutzende Kapitalismus fallen.“)

III

Wehrhafte Politik

1961 erschien von Helmut Schmidt „Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO“.

1965 ließ der Verfasser das Buch fast unverändert wieder auflegen.“) Er modernisierte im Grunde nur die nicht stattfindende Debatte über „Wehrfragen“ in der BRD.

Erich Fromm hat drei Arten eines, wie es heißt, „pathological thinking“) bei außenpolitischen (also auch militärpolitischen) Entscheidungen isoliert. Er spricht von paranoidem, projektivem und fanatischem Denken. Dieter Senghaas hat diesen Katalog erweitert, indem er das possibilistische, präjudizierte und un-empirische Argumentieren hinzusetzte.“) Im Gefüge deutscher Illusionen, auf der Bühne deutscher Traditionen steht auch Schmidts Militärmodell unter dem Duktus dieses Fehlverhaltens. Seine Aussagen ritualisieren politische Leerformeln als praktikable politische Konstanten. Ergebnis: ein Potpourri systematischer Lehrsätze, die sich einer Falsifikation geschickt entziehen.

Das militärpolitische Denken in der BRD, das Schmidt nur verarbeitet, läßt sich allein durchbrechen, wenn seine pragmatischen Widersprüche erkannt und historisch aufgeheilt werden. Das kann im folgenden nur umrißhaft geschehen.

Das fanatische Element

Betrachtet man einige Aussagen Schmidts über den Gesamtzusammenhang der „Feindaktivität“, so wird deutlich, daß wir es hier mit im Eigentlichen unpolitischen Floskeln zu tun haben.

Hier findet sich der Glaube an eine kommunistische Weltorganisation, den „von der SU gesteuerten Weltkommunismus“ (S. 60), der „nicht nur objektiv, sondern auch seinem Selbstverständnis nach aggressiv und revolutionär“ sein soll (a. a. O.). In dieser mundialen Verschwörung ist eo ipso „der andere“ der Bösa, die eigenen Schritte scheinen gerechtfertigt; wir erleben eine Verengung des Denkens, die Schmidt ironischerweise der SU vorwirft. (S. 60). Also notiert Schmidt: „Letzten Endes ist die kommunistische Propaganda der Friedlichen Koexistenz... Teil einer übergeordneten ...

Strategie. (...) Sie ist tatsächlich viel eher eine Politik „am Rande des Krieges“ als ... die amerikanische Außenpolitik (S. 61). ... Aktuell füllt der Vietnamkrieg ... (die) amerikanische Denkkapazität aus. Das ist ... im europäischen Interesse sogar wünschenswert... Solidarität“, so fährt Schmidt drohend fort, „kann schließlich nicht einseitig gefordert werden“. (S. XIII)

In einer nicht mehr reflektierten Anabasis gegen die „Feinde der Freiheit“, welche freischwebend Motor der eigenen Handlungen sein soll, ist der zum Feind deklarierte Antagonist immer für alles verantwortlich. So hat etwa bei Schmidt die DDR schuld an der Stärkepolitik der BRD, denn „wir brauchen Beharrlichkeit... und Gelassenheit, wenn wir Ost-Berlin von seinem Kollisionskurs abbringen wollen“ (11). Der autistische Fanatismus dieser Aussage lagert in einem hehren Selbstbild. Im Feld einer „geistigen und psychologischen Schlacht gegen den Kommunismus“ (146 f.) stehen wir „einer säkularen Herausforderung gegenüber“ (S. 147); „wir brauchen ein unerschütterlich in der Tiefe der Seelen wurzelndes Bewußtsein von der sittlichen Überlegenheit des freien Geistes in einer demokratischen Ordnung“ (S. 249). Militarisch gestaltet sich dieser Kampf nach Schmidt gefährlich, denn „die NATO hat sich auf den falschen Krieg vorbereitet“ (S. 134). Aber in der „Abwehr einer ideologischen Infiltration“ (S. 137) besteht Hoffnung auf Sieg, denn die „überlegene Ratio und Effektivität der Institution des Marktes“ (S. 141), die „Überlegenheit der geistigen Grundlagen und ökonomischen Leistungsfähigkeit“ (S. 145) des Westens wird die Oberhand gewinnen, vor allem, wenn wir „die gemeinsamen geistigen Grundlagen und die religiösen Bindungen des Westens in unser aller Bewußtsein heben“ (S. 139). Wir müssen die „Auseinandersetzung mit dem Kommunismus aggressiv führen“ (S. 139), denn „im Westen herrscht eine bunte Vielfalt kontroverser Ideologien, die... einem ideologischen Vakuum gleichkommt. Dies Vakuum aber ist ein hervorragender Boden der kommunistischen Aggression“ (S. 149).

Das fanatische Element der Deduktionen Schmidts resultiert aus einem Verlust aller Kontrollmechanismen des politischen Denkens; die Sezierung der eigenen „Analyse“ unterbleibt, die Reflexion bleibt unreflektiert. Gerade auf Schmidt trifft somit zu, was er dem Kommunismus vorwirft: „Diese Ideologie (hat) eine die Religion ersetzende Funktion.“ (S. 138)

Der possibilistische Zug

Die von Schmidt vorgetragene Militätheorie verliert im Grunde ihren Feind; sie macht sich nur noch ein Bild von ihm. Schmidt artikuliert: „Die Strategien ... müssen einem kontinuierlichen System entsprechen, die unter Vermeidung von Lücken vom Kalten Krieg bis zum allgemeinen totalen Krieg reichen“ (S. 215). Der Feind und seine Motive und vor al-

Forts. S. 12

Kursbuch 12 1968

Der nicht erklärte Notstand

Dokumentation und Analyse einer Berliner Sommer von Peter Demerow, Peter Furch, Odo v. Graff, Hans Jordan und Eberhard Schulz

Polizei I: An der Bürgerkriegsfront, „Die permanente Notwehr“

Politik an der Freien Universität

Polizei und demokratisierende Minderheit. Zur Vorgeschichte des 2. Juni

Rekonstruktion einer Rüstung

Polizei II: Projektion und Provokation

Polizei III: Konforme Kriminalität

Volkes Stimme

Justiz

Nachbemerkung

Suhrkamp

Forts. v. S. 11

lem auch die provokante Wirkung der eigenen Schritte bleiben unkommunikativ und isoliert, weswegen das zum Objekt der Politik erklärte Gegenüber in ein Netz militärischer Verhaltensschemata gesperrt wird, das für jeden Schritt des Opponenten einen Gegenzug bereit hält, aber einen Zug, der im eigenen Schema präjudiziert ist und sich nicht mehr aus der Analyse der Impulse „des anderen“ ergibt.

Die Irrationalität einer hilflosen Eskalation unvermittelter Gegenzüge ist sofort einsichtig, ihre Gefahr liegt auf der Hand. Ihr Theoretiker ist Hermann Kahn¹⁾ – von Schmidt verehrt –, der den Handlungsraum der Politik abschafft und ihn durch ein militärpolitisches Maginot-system ersetzt: Jeder Schritt des Gegners löst irgendwelche „strip wire“ aus, die Geschütze in Stellung bringen.

Es wird einsichtig, daß diese militärische Welt keine offene Politik mehr erlaubt, vor allem keine Politik, die diese machtmäßigen Automatismen korrigieren könnte: Selbst der „Anschein der Verminderung der sowjetischen Aggressivität“ (S. XX) ist besonders aggressiv, weil er die Schlagkraft der NATO lähmt.

Die politische Logik der Atomwaffen gilt für den Feind einfach nicht, sonst fielen ja die Ratio der eigenen Machtposition fort; deswegen überdeckt konstant der Possibilismus eines Angriffs (S. 66) dessen Probabilität.

IV

Realitätslose Realität

George Orwell hat diese Mentalität als „double think“ bezeichnet. Er schreibt, „That means holding two contradictory beliefs in one's mind and accepting both of them.“ Diese ambivalente Fähigkeit demonstriert Schmidt in vielen zentralen Aussagen. So wird z. B. aus der verheerenden Wirkung der A-Waffen gefolgert, daß der Krieg an sich obsolet geworden sei; gleichzeitig wird aber nicht nur ein Haufen perfekter Schattenrisse „des nächsten Krieges“ (Bernhardi) entworfen, sondern wird auch die abstrakte Einsicht in bezug auf die SU durch ein „falsches Bewußtsein“ (Engels) getilgt. Die Außenpolitik der „in-group“ tritt an sich legitim auf, Widerstände werden als aggressiv verketzert.

Besonders gefährlich ist aber: die glaubte Aggressivität der politischen „out-group“ wird real, wenn meine Reaktionsweise die Reaktion des Opponenten

ersetzt! Ein Denkdialog findet ja, wie dargestellt, nur intern statt, Subjekt und Objekt militärpolitischer Meditationen fallen zusammen. Aus dieser Haltung ergeben sich gewisse praktische Folgen.

Oberstes Ziel deutscher Politik sei die Wiedervereinigung, die Herstellung eines „geschlossenen Siedlungsgebietes“ (S. 210). Drohend fügt Schmidt hinzu: „Aus der Spaltung kann ein Konflikt entstehen“ (S. 207)! Da die Wiedervereinigung das „übertragende nationale Ziel“ ist (S. 207), wird ein „auf das ganze Volk bezogenes Nationalbewußtsein eine Existenznotwendigkeit“ (S. 207). Wenn Schmidt ausführt, wir sollten „eine Rüstungsstruktur (herstellen), die zur Offensive ... ungeeignet ist, gleichwohl aber zur Verteidigung unseres Gebietes unmißverständlich ausreichend ist“ (S. 197), liegt die Frage nach dem Bereich dieses zu verteidigenden Gebietes auf dem Tisch.

In der deutschen Militärmeditation werden unter der Hand Verteidigung und Aggressivität Synonyma.

„Die Aufrechterhaltung einer abschreckenden Verteidigungsbereitschaft ... ist eine *conditio sine qua non* für jegliche Politik ... , die den in der Knechtschaft lebenden Teil des Volkes erlösen und mit uns in gesicherter Freiheit vereinigen soll“ (S. 193)! 193)! Obschon Schmidt darauf verweist, ein Krieg in Europa würde zur „Vernichtung der europäischen Bevölkerung“ (S. 92) führen, obschon also politische Ziele unmilitärisch erstrebt werden müßten, hält Schmidt im Rahmen einer paranoiden Militärstrategie an der militanten Außenpolitik fest.

Dazu zählt auch, daß die BRD „auf Geheiß und Verderben mit dem Verteidigungssystem des Westens gekoppelt ist“ (S. 19, vgl. Welt 29. Jan. 1966, I). Gleichzeitig muß zur Erfüllung der Ansprüche, die dieses System an uns stellt – und zur Ausfechtung der Ansprüche, die wir daran stellen – auch eine innenpolitische Ausrichtung der Nation erfolgen. „Die Frage unserer Existenz als Nation erfordert den Willen zum gemeinsamen Handeln“ (S. 250). Kritik am revisionistischen Kurs wird als zersetzend hingestellt. „Das geteilte Volk der Deutschen steht abermals vor einer schweren Bewährungsprobe. Wer das erkennt, kann nicht zulassen, daß wir uns im freien Teil Deutschlands in Streitigkeiten von nachgeordneter Bedeutung verlieren und dadurch die Kraft unseres Selbstbehauptungswillens schwächen.“ (S. XXXI). Daraus ergibt sich dann der Ruf nach einer weiteren Militarisierung der Politik, „das Militär ist noch nicht voll in die Gesamtmaschinerie der Staatsführung integriert“ (S. 14).

Schmidts Wille zur Synchronisation von

Politik und Militärpolitik („die Existenz der nuklearen Bomben hat ja bisher den Krieg noch nicht unmöglich gemacht“, S. 240) gipfelt in folgenden Satz: „Die endgültige Integration des Militärischen in den geistigen und politischen Gesamtzusammenhang unseres Bewußtseins, die endgültige Integration unserer Soldaten in die Gesellschaft ist nur dann möglich, wenn endlich die aus der jüngeren deutschen Geschichte tradierte und in den letzten 10 Jahren teilweise restaurierte Tabuisierung des Militärischen abgebaut wird“ (S. XXIII).²⁾

Im Gewebe der politischen Aussagen Schmidts verliert diese Forderung ihre schillernde Bedeutung – sie wird klar: Sicher, eine rabiate nukleare Parforcepolitik ist abzulehnen, aber unter der Notwendigkeit einer Revision des II. Weltkrieges muß Militärpolitik Ersatz für Verhandlungen werden. Die eigene außenpolitische Militanz wird zugleich auf den Feind projiziert und rechtfertigt dann alle Schritte zur Militarisierung der eigenen Gesellschaft in einem „warfare state“ (F. J. Cook). War is peace (Orwell)! Die kriegerischen Maßnahmen garantieren angeblich nicht nur den Zustand der Abwesenheit von Krieg, sondern sollen „in the long run“ auch den Sieg „der Freiheit“ über die kommunistische Herausforderung sichern. Die folgende These Schmidts wirkt vor diesem Hintergrund nicht einmal ironisch:

„Nicht immer entstehen Kriege aus Verbrechen, häufig entstehen sie aus Dummheit, häufig entstehen sie auch aus der Unfähigkeit leitender Staatsmänner, über ihre Schatten zu springen.“³⁾

Anmerkungen

- 1) A Study of War, Chicago/London 1965, 153p
- 2) vgl. dazu Wolfgang Abendroth: Das Grundgesetz, Pfullingen 1965, 60 f.
- 3) etwa Quincy Wright: American Policy toward Russia, WORLD POLITICS II (1950), 423 ff.
- 4) Strategie – heute, Frankfurt 1962, 312
- 5) vgl. etwa Erich Fromm: Man Must Prevail! An Inquiry into the Facts and Fictions of Foreign Policy, New York 1964, 17 ff.
- 6) dazu auch neuerdings von blügender Seite I. L. Horowitz: Three Worlds of Development. The Theory and Practice of International Stratification, New York 1965, 338 ff.
- 7) vgl. Peter Hall: Monopolis, Steel und das Problem des gesellschaftlichen Fortschritts im gewerthilfen Kapitalismus, in: Machtstrukturen des heutigen Kapitalismus, Frankfurt 1967, 17 ff.
- 8) Seevats-Verlag, Stuttgart. Danach wird im folgenden zitiert.
- 9) vgl. Anm. G, 25 f.
- 10) Kritik der Abschreckung. Ein Beitrag zu einer Theorie der internationalen Politik, Diss. Frankfurt 1967.
- 11) On Escalation. Metaphors and Scenarios, New York 1965.
- 12) vgl. dazu B. von Borries: Abschreckung mit einem Monstrum, BLÄTTER 12 (1967), 1301 f.
- 13) vgl. dazu K.-G. von Hase: „Mir will scheinen, daß die Bundeswehr ... noch nicht die Stellung hat, die sie in unserem zivilisierten Leben und Bewußtsein zukünftig ... J. Eines können wir ... unseren Soldaten ... für ihre Leistung den Platz geben, den wir ihnen schuldig sind, auch im Blick ... auf die Zukunft.“ (S. 3, 1968, BULLETIN 3 (1968), 19 ff. Vgl. S. G. Papke: Antikommunismus – Militarismus – NPD, in MARXISTISCHE BLÄTTER 3 (1967), 12–20
- 14) Das geistige Profil der SPD (Tatsachen-Argumente, Bonn 1965), 21

Hamburger Studenten Kaufstätte

STUKA

Studenten kaufen zu Vorzugspreisen!

Kollegbedarf - Schreibgeräte - Lederwaren - Textilien

VON DER GEWALT

Ausbeutung bedarf stets der Gewalt.

Diese Gewalt ist so einfach, weil ihre Gestalt mythisch, naturwüchsig und urtümlich ist. Theorie, die den Stellenwert, den Gewalt für das, was sie begreift, nicht reflektiert, verfällt der Illusion, sie könne gewaltlos sich verwirklichen. Das unreflektierte Verhältnis zur Gewalt oder gar der Pazifismus einer Theorie zeigt an, daß Gewalt ihr nicht als bedenkenswert erscheint und sie selbst durch die herrschende gedeckt ist. Solche Theorie ist niemals revolutionär, und selbst dann, wenn sie Revolution intendiert, bleibt sie de facto apologetisch. Sie impliziert qua Theorie nicht die Notwendigkeit ihrer Verwirklichung, bedarf also auch außer der herrschenden keiner neuartigen, ihr eigenartigen Gewalt. Praktisch ist solcherart Ideensystem nicht einfach Theorie, sondern theoretische Theorie, d. h. Ideologie.

Terror ist die erscheinende Gewalt, die viele Formen hat: Polizei-, Erziehungs-, Bomben- und Prüfungsterror sind die gängigen Schrecken, deren sich die Herrschenden bedienen. Der Terror, um seine apologetische Wirkung zu entfalten, muß als Allgemeines und somit Wahres sich behaupten und den terrorisierten Klassen blind wie die Gerechtigkeit erscheinen. Seine Mittel reichen vom lizenzierten Massenmord bis zum diffizilen Ideologie-Terror akademischer Kollegs. Alle Aufklärung ist Gegenterror, zunächst bloß intellektueller. Aufklärender Gegenterror hebt an als Dekadenzphänomen des Überbaues, als kreischender Mißton in der mythisch prästabilierten Harmonie des allgemeinen Ideologie-Terrors.

Ist die Dekadenz ihrer selbst bewußt geworden, wird sie zum revolutionären Gedanken verschärft, der sich dann zur Theorie systematisiert. Solche Theorie bleibt akademisch und apologetisch, solange sie im theoretischen Selbstverständnis bei Theorie sich bescheiden kann und umwälzende Praxis nicht zur notwendigen Bedingung ihres Theorie-Seins gehört. Theorie, die keine konkreten Möglichkeiten aufklärenden Gegenterrors aufzeigt, ist nicht gewaltig, sondern gewalttätig, ist nicht revolutionär, sondern konservierende Ideologie. Gegenterror hat zu zielen auf die Symbole

der Herrschaft und die Transmissionsriemen ihrer Gewalt, er richtet sich also gegen bestimmte Menschen und bestimmte Objekte, er muß, soll der blinde Terror gebrochen und der allgemeine Schrecken vor der herrschenden Gewalt aufgehoben werden, als gegen den Terror irrationaler Herrschaft gerichteter Spezialterror im höchsten Grade selektiv sein.

Wie die materielle Gewalt nur durch materielle Gewalt zu stürzen ist, so die geistige Gewalt nur durch geistige Gewalt. Gegenterror durchbricht den Ideologischen Bann, der den objektiven Schrecken der Herrschaft zum individuellen Leiden romantisiert. Noch als materieller schafft Gegenterror Alternativen, die Voraussetzungen der Geistesfreiheit.

Massenmedien sind in der kapitalistischen Gesellschaft nicht Mittel der Massen, miteinander zu kommunizieren, sondern Mittel der Herrschenden, die Massen medial verfügbar zu halten. Der gelenkten Dumpfheit des Volkes, seiner beschleunigten technologischen Verdummung eignet historisch ein progressives Moment.

Die permanente Umdummung der Massen durch die Herrschaftsmedien von Presse, Funk und Film, die alte Ideologie oder sogenannte Tabus laufend exdoktrinieren, um neu zu indoktrinieren, ist die industrialisierte Erscheinungsform der antiken Skepsis. Skeptizismus erfüllt sich in der Karikatur seiner selbst und produziert aus dem Vermittlungsgewebe poly-ideologischer Umdummungen eine neue Unmittelbarkeit, die, verwechselt sie sich mit der Ursprünglichkeit der Vorzeit, in die Barbarei eines Biubo absinkt, aber auch, falls sie ihrer Herkunft eingedenk bleibt, revolutionäre Potenz in sich trägt.

Die politische Apathie der proletischen Massen in den westlichen Industrieländern ist solange ein realitätsgerechtes Verhalten, wie Theorie keinen geschichtsträchtigen Gegenterror artikuliert, der sich an die Massen wendet und ihnen demonstriert, wie sie in ihrer unmittelbaren Lebenssphäre gegenüber der bürgerlichen Machtelite und deren kleinbürgerlichen Handlangern in ökonomischen und intellektuellen Vorteil sich setzen können, der gleichzeitig eine Kampfweise gegen die kapitalistische Gesellschaft ist, eine Taktik, die negative Sanktionen des bürgerlichen Privatstaates und seiner juristischen Hiwis unterläuft.

Bevölkerung, das auf seinen Tauschwert heruntergebrachte Volk, ist Masse im LeBon'schen Sinne, Explosion der standard-normalverteilten Zahl, die per definitionem gegen ihre Extremwerte sich faschistisch verhält, sie, eleminiert. Konkrete Massen des Volkes aber, die revolutionäre Theorie erreichen könnte, sind stets Minderheiten.

„Als gewaltsam sollen... alle diejenigen Aktionen bezeichnet werden, in deren Verlauf (von den Aufständischen) Personen festgehalten, verletzt oder getötet werden, in deren Verlauf nicht legal den Aufständischen gehörige Güter beschädigt oder zerstört werden, oder durch deren Auswirkung die Ausübung lebensnotwendiger Dienstleistungen oder die Herstellung und Verteilung lebensnotwendiger Güter verhindert wird.“

Theodor Ebert: Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg; Verlag Ronbach, Freiburg im Breisgau, S. 26.

die neue bar

schlüterstraße 7

ist übrigens
nicht nur mittwochs geöffnet

„Zionisten“ machen sit-ins

Ein Bericht über die Studentenrebellion in Polen

Einer der Menschen, auf die man mit angewidertem Bewunderung schaut, ist jener Leitartikler der „Welt“ mit dem Lore-Roman-Namen, Walden oder v. Walden oder so. Man vergißt derartig banale Pseudonyme so schnell. Entschuldigung! Abgezählte drei Stunden nach dem Attentat auf Dutschke räsonierte dieser Herr aus der „Welt“ in Radio Bremen gegen den „Mordanschlag“ als „Mittel des politischen Kampfes“. Dutschke trieb seine Christus-Parodie nicht so weit, am Karfreitag zu sterben. Daß er noch lebt, verdankt er jenem Herrn nicht: Noch vor kurzem hatte dieser behauptet, die Berliner Studenten demonstrieren für die gleiche Sache, gegen die ihre Warschauer und Prager Kommilitonen auftraten, und es sei mehr ein Zufall, daß man in Berlin nicht „No-No-Novotny“ rief. In Westberlin, so mußte der gelehrte Springer-Konsument schließen, müßte man nur die Studiker machen lassen, um eines schönen Morgens vom heiseren Organ Walter Ulbrichts geweckt zu werden. Ein Leser ging offensichtlich noch weiter auf dem Wege zur Endlösung der Studenten-Frage.

Ostthema – Westthema

Wenn Leute wie der genannte Herr die polnischen Studenten an die Brust drücken, hat man Hemmungen, zum gleichen Thema noch etwas zu sagen: Kann nicht jedes weitere Wort den Kommilitonen aus Warschau und Krakau schaden? Oder kann ein bißchen präzisierete Aufmerksamkeit deren Absichten unterstützen? Eine kurze Chronologie wird wohl das beste sein.

Was geschah in Warschau? Am Anfang eigentlich nicht viel: Das Warschauer Nationaltheater spielte seit dem 25. Novem-

ber 1967 die „Totenfeier“ des Goethe-Zeitgenossen Adam Mickiewicz – ein Stück, das jeder polnische Schüler dank schulischer Pflichtlektüre in- und auswendig kennt. Am 30. Januar 1968 wurde das Stück nach 13 Aufführungen wieder abgesetzt. Der Grund war der demonstrative Beifall, den das Publikum an einigen antirussischen Stellen gespendet hatte und der in der letzten Vorstellung (bei der das Verbot schon ausgesprochen war) zu besonderer Stärke schwoll. Am Abend des 30. Januar demonstrierten etwa 200 Jugendliche vom Theater zum Denkmal des Dichters, um gegen das Verbot zu protestieren – 50 von ihnen wurden verhaftet, einige „Rädelsführer“ mehrere Tage in Gewahrsam gehalten.

Als Anfang Februar zwei weitere Stücke in Warschau verboten wurden und der Verfasser des einen (ein Musical, das die Spitzen von Partei und Staat mit scharfem Spötterzahn benagte) zu drei Jahren Haft verdonnert wurde, muckten die Warschauer Schriftsteller auf. Eine Sitzung der Warschauer Sektion des Schriftstellerverbandes wurde am 29. Februar mit einer Resolution beendet, in der von „willkürlicher Handhabung und Beurteilung des Kulturschaffens“ die Rede war.

Inzwischen wurden die Studenten Michnik und Szlajfer (der Sohn des obersten Zensors Polens) von der Universität geworfen. Beide waren seit Jahren als Teilnehmer an „anarchistisch-politischen Handlungen“ einschlägig bekannt. Das und die Verbote der Dramen führte am 8. und 9. März zu den größten Protest-Demonstrationen, die Polen seit 1956 erlebt hat. 3000 waren es am 8., 5000 am 9., die erst nach betont brutalem Vorgehen der Miliz, bei dem eine Studentin ihr Leben ließ, zer-

streut werden konnten. Die Studenten marschierten unter Losungen wie „Freiheit“ und „Demokratie“. Die gegen sie antretende Miliz bedachten sie mit dem Kosenamen „Gastapo“.

Demonstrationen, Polizei – man kennt das auch anderswo. Doch es geht hier nicht um Analogien – mit einer Ausnahme: der überall gleichen Dummheit, die sich in der Presse niederschlägt. Auch in Warschau sahen sich die Studenten als „kleine Gruppen mit politischen Ambitionen“ abkonterfeit, die gegen die demonstrierten, die schließlich ihr Studium bezahlten usw. usw. Die Studenten taten das einzig Richtige: Sie verbrannten Exemplare der Zeitungen.

Und wieder die Juden?

TRYBUNA LUDU, das Organ der regierenden „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“, übernahm es, in die Kampagne gegen die Studenten einen besonders abstoßenden Zug zu bringen: Sie zählte Demonstrationsteilnehmer auf und suchte sich dafür solche mit jüdischen Namen aus. Das war das Signal: Eintönig leierte der Chor polnischer Zeitungen die Mär von den „Zionisten“ nach, die die Intelligenz des Landes unterwandert hätten.

Am 11. März ging die Auseinandersetzung in die nächste, scherbenreiche Runde: Dutzende Verwundeter, 300 Festnahmen (davon 30 Studenten), demolierte Läden und Kinos. Am gleichen und am folgenden Tag kam es auch in Krakau, Poznan und Lublin zu Protest- und Solidaritätskundgebungen für die Warschauer Studenten. Auch hier erkannten lokale Parteigrößen „Imperialistenknechte und Zionisten“ am Werk. Auch Bonner Agenten wurden gesichtet und hinter den ganzen Unruhen ein deutsch-israelisches Kom-

MODERNES
ANTIQUARIAT **WRAGE**

ständig über 4000 ungelesene Bücher zu stark herabgesetzten Preisen am Lager

Besuchen Sie uns unverbindlich
Prospekte auf Wunsch

2000 Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 3 • Tel. 45 52 40

plott vermutet. „Ferngesteuerte“ aller Länder, vereinigt Euch!

Der 14. März brachte in Wrocław und Lodz Demonstrationen und Verhaftungen. In Warschau versuchten die Studenten am 15. März, dem Rektor eine Resolution zu überreichen. Dessen wegwerfende Ablehnung nahmen sie zum Anlaß eines Vorlesungsstreiks, der bis zum 18. dauerte. Eine für das Ende vorgesehene Diskussion mit Professoren und Parteifunktionären sah zwar 3000 Studenten, aber keinen der sonst eingeladenen Teilnehmer.

Im ganzen Lande griff in diesen Tagen eine hysterische Kampagne gegen „Zionismus“ und „dekadente Schriftsteller“ um sich, hinter der eine Gruppe um den Innenminister Moczar, einen ehemaligen Partisanenführer und extremen Nationalisten, stand. In dieser Situation griff Gomułka ein, den bislang eine gemeinsame Abneigung gegen Intellektuelle mit Moczar verbunden hatte, der nun aber eine neue Welle von Säuberungen und Prozessen anrollen sah. Vor 3000 Zuhörern und aufenden Fernsehkameras sprach er am Abend des 19. März im Warschauer Kulturpalast. Trotz zahlreicher Zwischenrufe „Zionisten raus!“ warnte er davor, eine angebliche „zionistische Verschwörung“ als Hauptgefahr anzusehen. Gäbe es im Lande Zionisten, so stünde ihnen die Ausreise frei.

Im Anschluß an die Übertragung dieser Rede kam es in Krakau zu Diskussionen zwischen Studenten und Professoren, die vor neuen Demonstrationen warnten, um weitere „Massaker“ der Miliz zu verhindern. Doch nichts gegen „Massaker“: Immerhin hatten sie am 18. März einen Solidaritätsstreik der Arbeiter des Stahlwerks „Nowa Huta“ bewirkt (112 Verletzte, teilweise durch die Bisse eigens eingesetzter Hunde).

Schon in den Tagen vor Gomułkas Rede war es in Krakau zu Vorlesungsstreiks und sit-ins gekommen. Am 15. März blieben alle Studenten der vier Krakauer Hochschulen (Jagiellonische Universität, Wirtschaftshochschule, Bergbauakademie und Hochschule für Körperkultur) dem Lehrbetrieb fern – teilweise im Schneidersitz auf den Korridoren. („Okkupationsstreik“ nennt man das dort.) Aus Solidarität mit den Krakauern veranstalteten

die Studenten der Warschauer Universität und des Polytechnikums vom 21. bis 23. März ein sit-in. Nach dem 20. März wurden auch aus Wrocław, Lodz, Gdansk und Szczecin sit-ins gemeldet.

In Warschau wurden im Zusammenhang mit den sit-ins rund 200 Studenten festgenommen. Für andere hatte sich die Regierung eine besondere Repressalie ausgedacht: Sie wurden mitten im Semester zu Reservübungen in die Armee eingezogen – Übungen, die sonst nur in den Ferien stattfinden.

Relegationen

Am 25. März wurden auch die Hochschullehrer Gegenstand offizieller Aufmerksamkeit, was für sechs von ihnen, darunter der im Westen bekannte L. Kolakowski, die Entlassung bedeutete. „Durch die Umwandlung ihrer Universitätsämter in Zentren einer politischen Opposition“ hätten sie die „Initiatoren der letzten Exzesse gegen den Staat“ begünstigt. Die „Initiatoren“ wurden vor weiteren „illegalen“ Treffen gewarnt.

Ungeachtet dieser Warnungen forderten am 28. März rund 2000 Warschauer Studenten die Wiedereinsetzung der Entlassenen und die Freilassung der eingesperrten und Wehrübungen machenden Kommilitonen. Daneben soll es in Warschau kleine aktive Gruppen geben, die weitere Protestaktionen vorbereiten. TRYBUNA LUDU drohte am gleichen Tag ganz im Stil eines westdeutschen Sechsmillionen-Blattes: „Ernst und fest müssen wir sagen: Stopp! Wir haben genug von den Versammlungen!“ Wer ist wir? Sind Studenten überall Parasiten? BILD-Leser fordern . . . auch in Warschau? Dort jedenfalls haben ihre Forderungen Erfolg: Rektor Turski relegierte 34 Studenten und suspendierte weitere 11. Im übrigen wurde in zahlreichen Disziplinen der Philosophie, Soziologie, Ökonomie und Mathematik der gesamte Lehrbetrieb ausgesetzt und neue Registrierungen der Studenten ausgeschrieben. Auch diese sind nicht bereit aufzugeben; Ende April läuft das Ultimatum ab, das die Universität und Behörden zur Rücknahme der getroffenen Maßnahmen gestellt haben. Passiert nichts, sind neue Studentenproteste zu erwarten. Viel Glück, Warschauer Kommilitonen!

NEWS&CURIOSA

„Die den Umsturz der Gesellschaft anstrebende Minderheit, die unüberlegt und blind ihren Führern folgt (A. C. Springer), vermag sehr wohl im Gegensatz zu Polizei und Springerpresse, die nach dem Motto agieren „mitgefangen, mitgehungen“, Unterschiede zu sehen. Denn die Demonstranten vor dem Springerhochhaus in Berlin schoben, bevor sie die Auslieferungswagen anzündeten, erst die in der Nähe des Tatortes geparkten Privatautos der Arbeitnehmer Springers beiseite, um sie vor Schaden zu bewahren. Wer mag da noch von Revolution sprechen?“

Der Student H. H. wurde in Hamburg von Bauarbeitern mit dem Hinweis ermahnt: „Wenn Du auch zu denen (den Demonstranten) gehörst, setzt es was.“ Das Berliner Motto „Ich schlage jeden in die Fresse, der sich nicht demokratisch benimmt“, also auch hier.

Dr. Frenzel, Polizeipräsident: „Es galt der Pressefreiheit Genüge zu tun, damit die Bürger, die eine Zeitung lesen wollten, auch in den Genuß der Zeitung kommen.“ Wenn hier mit einer Polizeiaktion ein sehr wesentliches Merkmal der Pressefreiheit Frenzelscher Prägung verteidigt werden sollte, taucht die Frage auf, ob auch bei der Besetzung der Redaktion des ‚Spiegel‘ die Verwirklichung von Momenten der Pressefreiheit im Blickfeld blieb.

Studenten demonstrieren nicht nur, sie arbeiten – auch bei Springer. z. B. als Fahrer. „Wir bekamen jeder einen Schutzhelm, eine Tränengasbrille und einen vierkantigen Gummiknäuel mit“, berichtete einer der sechs studierenden Aushilfschauffeure. „Außerdem 30 DM und eine Vitaminzuzugewandung in Form von Obst.“ (Wie die Polizisten.) Der Demonstrant Dietmar Schmidt regelte jedoch wurde von einem der beiden regulären Fahrer mit dem Wagen überrollt.

NEWS&CURIOSA

Internationale Buchhandlung

Brücken-Verlag GmbH

Jetzt: **2 Hamburg 13, Johnsallee 67 / Nähe Auditorium Maximum**
Tel. 4104572

Buchhandlung für Literatur aus DDR., BRD., UdSSR. und VR. Polen.

Marxistische Philosophie - Soziologie - Politik - Geschichte
Wirtschaft - Pädagogik - Belletristik - Schallplatten.

STUDIEN- VERFÜHRER

Rezension
des Hamburger
Studienführers

Es entstand „im Einvernehmen von Rektor, Universitätssenat und Fakultäten, den Organen der Studentenschaft sowie im Zusammenwirken mit den Einrichtungen, die die Universität in ihren wesentlichen Aufgaben etwa in ihrer Gesamtheit darstellen“, der Studienführer der Universität Hamburg, Verlag: Lütcke & Wulff, 5. Aufl. 1967.

Viele Köche verderben den Brei: danach sieht es auf den 228 redaktionellen Seiten auch aus. Das Rektorat hingegen bescheinigt ihm zum Geleit „angemessene Form“.

Die Unzahl von geistigen Urhebern – kaum ein Professor mit Rang und Namen fehlt – hat denn auch nichts anderes vermocht, als die Zusammenschusterung einer akademischen Nabelschau mit (hier trivial rekapituliertem) Impetus: „Schaut her, Ihr lieben Studienanfängerlein, für Euch haben wir das feine Buch gemacht, damit Ihr seht, wie fleißig wir, die Hüter der Wissenschaft, sind. Ihr könnt hier eine ganze Menge Fächer studieren. Ihr könnt uns glauben, daß wir den Laden kennen. Und wenn Ihr auch schön fleißig seid, die Prüfungsordnungen befolgt und

das Eigentliche der Dinge zu sehen lernt, mal in diesen Studienführer guckt, dann wird schon alles gutgehen. Und die Allerbesten von Euch lassen wir dann promovieren und wenn Ihr dann immer noch schön artig seid und nicht in die Industrie abgewandert seid, dann könnt Ihr auch die Universitätslaufbahn betreten.“

So einfach ist das alles. Für die Freilegung von Textfeinheiten genügt ein Hauptseminar für Studienanfänger.

Im Konkreten erfährt man Sätze wie: „Die Physik nimmt in immer stärkerem Maße eine Schlüsselstellung innerhalb der Naturwissenschaften ein.“ Wer hätte das gedacht? Oder: „Da die Reflexion auf Sinn, Ergebnisse und Methoden der Einzelwissenschaften zu den Aufgaben der Philosophie gehört, ist eine gründliche ... Vertrautheit...“. Oder: „Wer sich zum Studium der Kunstgeschichte entschließt, muß Empfänglichkeit für die Werte der bildenden Kunst mit der Fähigkeit zu wissenschaftlichem Denken vereinen.“ Von solchen Trivialitäten lebt das halbe Buch. Die andere Hälfte nützlicher Details wird in solchen Weisheiten fast begraben.

Leidliche Frühformen eines Studienplanes tauchen nur bei den Medizinern und den Physikern auf. Die übrigen Einfälle finden in so genialen Hinweisen ihre Realisierung wie: Man solle doch bitteschön sich auf die Anschläge in den Seminaren oder sonstwo verlassen oder man solle doch einmal zur Studienberatung die Dozenten aufsuchen. Die stünden immer freundlich und hilfsbereit zur Verfügung. Wer schon unfreundliche Dozenten, inkompetente u. a. Menschen erlebt hat, und sich die verschiedensten Meinungen zu so einer Simplitas wie dem Studienplan angehört hat, der dürfte aus voller Brust einen solchen Rat nur geben können, wenn er keine Ahnung hat.

Am Ende des Werkes ist noch einmal eine Übersichtstabelle. In diesem Opus tauchen interessante Differenzen zwischen Mindeststudienzeit und durchschnittlicher Studiendauer auf. Die Erklärung dafür sollte man eigentlich auf den übrigen Seiten finden. Aber ach.

Es fehlen Zahlen über Professoren pro Student, Assistenten pro Student, sonstige personelle Durchschnittszahlen. Es fehlen Zahlen über Arbeitsplätze in Laboren, in Bibliotheken, in Seminaren. Es fehlen Zahlen über Räumlichkeiten und es fehlen Zahlen über Planungen. Es gibt kaum Angaben über Bibliotheken spezieller Natur, schon gar nichts ist über die Zahl von Bücherbeständen zu erfahren. Eine solche Liste ist beliebig zu verlängern. Insgesamt dürfte aber zu vermerken sein, daß solche Auskünfte sehr wohl dazu geeignet sein könnten, dem Abiturienten aus dem Bayerischen Wald zu vermelden, ob es sich für ihn lohnt, in Hamburg seine Studien zu führen.

Auf Seite 31 steht Bemerkenswertes: „Wer bereit ist, zu lügen oder etwas von der Wahrheit zu verschweigen oder zu vertuschen, wo man erwarten würde, daß er offen und ehrlich alles vollständig darlegt, der gehört nicht zu der geistigen Gemeinschaft der Wissenschaft, auch wenn er über noch so reiches Wissen ... verfügte.“ Da der Studienführer nun einmal zur Universität gehört, sollte er sich auch daran halten.

Richard E. Otto

XEROX Fotokopien **-,50**

Paul Gahlmann

HAMBURG 13

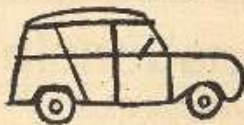
Tel.: 446857

• GRINDELHOF 9 •

montags bis freitags von 8.30 bis 18 Uhr

sonnabends bis 13 Uhr

man fährt



RENAULT

**NIEDERLASSUNG
HAMBURG**

Ballindamm 13, 32 59 44, Steindamm 87, 24 60 46
Behringstraße 128, 880 50 51

Erinnerungen an die KU beim Besuch der Londoner Anti-University

Tobias Strunk
Peter Mürder

„Die Gründung der Anti-Universität ist die Antwort auf den intellektuellen Bankrott und die geistige Leere des Bildungsestablishments sowohl in Großbritannien als auch in der übrigen westlichen Welt“, so heißt es einleitend im Programm der Anti-University London. Fast wörtlich hatte es 3 Jahre zuvor im Programm der Free University New York geheißen: ... „als Antwort auf den intellektuellen Bankrott und die geistige Leere des amerikanischen Bildungs-Establishments.“

Die Ähnlichkeit kommt nicht von ungefähr. Vom New Yorker Gründerteam eilten Allen Krebs und Joseph H. Berke als Organisatoren nach London, wo die Anti-Universität im Februar ihre Türen öffnete. — Beziehungswiese nur die eine Tür, denn das Gebäude 49, Rivington Street, London EC 2, ist ein schmales Eckhaus in einer langen Reihe von Lagerhäusern, Eigentum der Bertrand Russell Peace Foundation. Die Anti-Uni mietete es mit den Studiengeldern ihrer Teilnehmer (Gebühren mindestens 80,— DM im Quartal).

Vier Räume und der Keller stehen zur Verfügung, in einem weiteren Raum findet man Telefon, Kinder, Nescafé und Sessel. Überall Zettelwände mit Seminarankündigungen und Terminen. Die Lektoren kommen abends ab 18 Uhr für zweistündige Kurse, abgesehen von den Wochenend-Dauer Sitzungen mancher Poeten.

An erster Stelle im Programm steht die politische und psychologische Bewußtseinsweiterung. Ein Seminar beschäftigt sich mit der „Beziehung zwischen Kriminalität, Regierung und Wirtschaft“ andere Themen sind „Soziologie und Weltrevolution“, „Psychologie und Religion“, „Anti-Institutionen“, „Untergrund-Kommunikationstheorie“ und „Literatur und politisches Engagement“ u. a. Das Zuhören lohnt sich immer. Wenn z. B. der Psychologe R. D. Laing einen langen speech über Mythos und Psychologie hält, dann reichen die engen Räume der Anti-Uni nicht für die 200 Zuhörer, man geht in den Clubraum des pubs nebenan.

Für deutsche Verhältnisse erstaunlich ist die Ungezwungenheit, mit der diskutiert wird. Es gibt kein geistiges Hacken-Zusammenschlagen vor dem Dozenten; nicht selten wird dieser gar beim Vornamen genannt. Man setzt sich, wo gerade Platz ist: auf den Boden, auf Tische und mitunter auch auf einen Stuhl.

Es ist die Londoner Subkultur, aus der die Anti-Uni lebt. Der vielzitierte „underground“ mit seinem underground-film und den Zeitungen (OZ und it beispielsweise) gibt einen anderen Hintergrund ab als Berliner Mauer, Große Koalition und Intellektualismus. Bei alledem fehlen die Fronten, die in der BRD den Lebensnerv der KU bilden: Die Grenzen zum Establishment sind in London eher fließend: Michael Kustow z. B. kommt in die Rivington Street nur, sooft ihm sein „Institute of Contemporary Arts“ Zeit läßt. Hier steht auch keine Reflexion über die etablierte Universität auf dem Programm; mit erstaunlicher Indifferenz werden Begriffe wie Manipulation und Repression erörtert. Es fehlt die harte Wand, an der sich die Fäuste hart schlugen. Besucher vom SDS, die zur Vietnam-Demonstration am 17. März nach London kamen, fragten recht verwundert, warum man die Demonstration nicht in der Anti-Uni vorbereitet habe. Planende Versammlung und know-how der Teilnehmer gab es nicht. Und die Demonstranten waren ebenso verwundert wie ganz London, daß es zu harten Zusammenstößen zwischen berittener Polizei und den ersten Reihen der Menge am Grosvenor Square kam.

Für solche politischen Aktionen ist die Anti-Uni wenig um Vermittlung von Theorie und Praxis bemüht. Pluralistisch gibt sich die Fakultät: Künstler, black power, Studentenführer. Wollen die einen, nach einem Ausspruch von Alex Trocchine, nicht Brücken und Regierungsviertel besetzen, sondern das menschliche Bewußtsein in ganzer Breite verändern, so fragt die Black-power-Bewegung, — mit Ogi Egbuna, einem Mitglied des „Lehrkörpers“ — wann endlich die linke Opposition der Weißen nicht mehr ausschließlich zusehen wolle, advokatenhaft beifällig auf die Schultern klopfend. Die Pflicht des Revolutionärs ist es...

Doch beide Anschauungen stehen friedlich gegeneinander, es gibt keinen Streit, die Anti-Uni ist selbstgenügsam. Der Name ist eigentlich unpassend, besteht doch die Anti-Position lediglich darin, daß die Untergrund-Universität das Establishment rechts liegen läßt. Sie befriedigt das akademische Wühlen im Untergrund; rund 30 Studierende wählen mit Man ist mit dieser Resonanz zufrieden und will keinen größeren Kreis ansprechen. — „Our little university“ würde beinahe besser passen. Ob es der Anti-University gelingt, den kleinen Zirkel der „Wissenden“ zu vergrößern, ohne faule Kompromisse eingehen zu müssen?

Jedenfalls hat sie mehr Lebenschancen als die KU. Die diversen Kritischen Universitäten stehen und fallen mit der Bewegung unter den Studenten; sie sind außerdem weniger gesichert durch gute Lektoren.

Ob sie beim reinen Widerspruch zur bestehenden Universität verharren werden? Oder ob sie sich davon freimachen werden wie die Londoner Anti-Universität? Ob eine entstehende Subkultur ihr einen neuen breiteren Hintergrund geben wird?

Ohne diesen Hintergrund orientieren sich Theorie und Praxis der KU zu sehr an der wissenschaftlichen und politischen Sphäre. Vielleicht könnte sie von der Anti-Uni lernen, wo eine echte Alternative zur üblichen Erziehung zu suchen wäre:

„Sie soll ein praktisches Experiment sein, im Atmen, Schwitzen, Lieben, Wachsen, Sehen, Bauen, Schlafen: Keine Abfolge von Auseinandersetzungen, die dann zu Ende sind, wenn alle Beteiligten alles gesagt haben, was sie zu sagen hatten, das Ende des Geredes ist der Anfang von alternativer Bildung.“ (Robert Tasher, in „it“, Februar 1968).

Man trifft sich im Alfred-Delp-Haus

Rentzelstraße 17

zum Mittagessen
(12 - 13.30 Uhr außer Samstag)

zum Tee
16 - 17 Uhr (falls schönes Wetter:
im Garten)

zum Abendbiss
Studenten „brutzeln“ für Studenten
18 bis 20 Uhr beim interessanten
Programm der KSG oder einfach
zum Klönschnack (20 - 23 Uhr)

Spiel- und Arbeitsräume
stehen offen

Die Präsenzbibliothek
(12 000 Bände - vorwiegend kath.
Theologie und Grenzgebiete)
ist zugänglich 9 - 12 Uhr und n. V.
Ein bescheidener Semesterbeitrag
(8,- DM) ermöglicht uns günstige
Preise

**KSG Katholische
Studentengemeinde**

Klaus Dörner: Die Hochschulpsychiatrie. Sozialpsychiatrischer Beitrag zur Hochschulreform. Stand und Kritik; 22 DM, Ferdinand Enke Verlag.

Der Aufgabenstellung eines Trend-Report mag es nur teilweise angelastet werden, daß die vom Autor geleistete Kritik der amerikanischen Hochschulpsychiatrie (allein in Amerika konnte sich Hochschulpsychiatrie bisher in nennenswertem Ausmaß etablieren) einen – gemessen am Umfang des Literaturberichts – geringeren Stellenwert einnimmt. Inhaltlich macht Dörners Kritik streckenweise frühzeitig halt, wenn sie unterläßt, die richtige Erkenntnis der ideologischen Funktion amerikanischer Hochschulpsychiatrie mitsamt ihrer „mental health“-Programme einzubinden in die konkrete, d. h. aber auch empirische Analyse von Hochschul- und Gesellschaftsstrukturen, statt diese Zusammenhänge nur allgemein – freilich in kritischer Intention – zu konstatieren. Gerade an diesem Punkt hätte sich ein Trend-Report zwangsläufig ausweiten müssen, auch etwa zu einem Aufgabenkatalog hochschulpsychiatrischer Forschung, zumal ja Dörner versucht, einen Rahmen für eine sich in der Bundesrepublik erst konstituierende Hochschulpsychiatrie zu erstellen, hier aber vornehmlich Gedanken zur Praxis vorträgt. Damit schwächt der Autor aber seine kritisch verstandene Argumentation gegen die Trends in der amerikanischen Hochschulpsychiatrie, insbesondere, wenn die Theorie nur bruchstückhaft bleibt oder entfällt, so etwas wenn Dörner dem Postulat der Persönlichkeitssynthese in der amerikanischen Hochschulpsychiatrie das kritisch-differenzierende Denken, die Intellektualität kritisch gegenüberstellt, ein solange unverbindlicher und lediglich inverser Ansatz, als der Ausweis einer bündigen Theorie der Intellektualität unterbleibt. Für die hochschulpsychiatrische Forschung bleiben somit die theoretischen Determinanten in extenso noch zu benennen bzw. zu bestimmen. –sen

H. J. Schoeps / Chr. Dannemann (Hrsg.): Die rebellischen Studenten. Elite der Demokratie oder Vorhut eines linken Faschismus? Paperback, 9,90 DM. Bechtle Verlag.

Die Herausgeber, beide Doktoranden der Geschichte, verstehen ihr Buch als ein „Symposion der Argumente“. Leider schwimmt es jedoch lediglich auf der Woge einer Konjunktur in Rebellion. Gegenüber den Arbeiten von Kai Hermann (Die Revolte der Studenten) und Jena Hager (Die Rebellen von Berlin) hat es den ganz entscheidenden Nachteil, daß auf jede inhaltliche Konsistenz verzichtet wird.

Die verschiedensten Beiträge sollen die „disparaten Positionen“ aufzeigen, wie es im Vorwort der Herausgeber heißt. Im Effekt sind sie aber nur desorientierend; denn die wenig differenzierten Berichte und Kommentare des Großteils der westdeutschen Presse sind kaum dazu angeht, dem Leser, dem das Buch zugedacht ist, die Hintergrundinformation zukommen zu lassen, damit er derlei risikoreiche Ni-

REZENSIONEN

veau-Fälle begreifen kann. Das beziehungslose Zusammenstellen so qualitativer und von der Intention her unterschiedlicher Aufsätze wie z. B. von Neustüb und Zehm, lassen bei den Herausgebern Redlichkeit vermissen. Neustüb schreibt über außerparlamentarische Opposition, macht seine Voraussetzungen, von denen er her argumentiert, explizit und kommt dabei zu einer sehr genauen Bestimmung dessen, warum außerparlamentarische Opposition heute in der BRD notwendig ist, und was ihre Ursachen sind. Zehm fragt maliziös und nur noch rhetorisch, ob es wohl einen „linken Faschismus“ gibt. Oppositionelle Studenten sind ihm „Linksfaschisten“ (S. 123) und die von Habermas in Hannover vorsichtig als Frage vorgebrachte Formulierung eines „linken Faschismus“ wird bei Zehm zu einer „Warnung des Altmarxisten Habermas“.

Damit aber läuschen die Herausgeber darüber hinweg, daß von der einen Seite gar nicht mehr argumentiert, sondern nur noch friert und geschickt unterstellt wird. Zu der Erkenntnis, daß nämlich der Ansatz dieser Zusammenstellung fehlt geht, reicht schließlich der Untertitel des Buches. Er suggeriert eine so hoffnungslos schiefe Alternative, daß man vermuten muß, die Herausgeber selber haben ihr Thema nicht recht verstanden oder aber auf Vorurteile beim Leser spekuliert. –mer

André Gorz: Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus res novae Bd. 51, 16,90 DM, Europäische Verlagsanstalt.

Manchem mag Gorz schon durch seinen Beitrag im Handbuch zur Demokratisierung der Hochschulen „Wider die Untertanenfabrik“ von Leibfried bekannt sein. Gorz ist Franzose und kann deshalb noch, ohne naiv zu sein, von „Arbeiterbewegung“ sprechen; ein Wort, das den Linken der BRD nur noch schwer aussprechbar erscheint. Sein Ansatzpunkt ist bewußt undogmatisch: „Es genügt nicht mehr, vom Sozialismus zu sprechen, als verstehe sich von selbst, das er notwendig ist“ (S. 9). Er fragt nach anti-kapita-

listischen Lösungen innerhalb des kapitalistischen Systems. Dem liegt die Einsicht zugrunde, daß der Moment plötzlicher revolutionärer Aktion unwiderruflich vorbei ist. So entwickelt Gorz eine interessante Theorie der „revolutionären Reform“, die, als Strukturreform verstanden, nicht das herrschende System rationalisiert, sondern bestehende Machtverhältnisse verändert. Die Strukturreform soll von denen durchgeführt oder kontrolliert werden, die sie fordern. Das ist ihr revolutionärer Sinn. Somit werden neue demokratische Machtzentren gebildet: seien es die Verwaltung, die Betriebe oder die Universitäten. Immer geht mit dieser Art Reform eine Differenzierung und Dezentralisierung der Entscheidungsmacht einher. Sie bedeutet Restriktion staatlicher oder monopolistischer Macht und damit Erweiterung der Macht der Menschen über ihr eigenes Schicksal. – Ein Buch, das für die Diskussion der deutschen Situation wichtige Anregungen zu geben vermag.

Siegfried Bempfeld: Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung; Theorie 2,10 DM, Suhrkamp Verlag

Bempfeld, neben Wilhelm Reich wohl der einzige marxistische Psychoanalytiker der 20er Jahre, deckt nach eingehender Analyse der Pädagogik, ihres „Mangels an Wissenschaftlichkeit“, den ideologischen Rechtfertigungscharakter für die „Tendenzenmaßnahmen“ (113 ff) der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in der erzieherischen Praxis auf. Er umschreibt 3 Grenzen der Erziehung: eine soziale („Sie bestimmt die Wege der Erziehung“ 127), eine psychologische („Die seelischen Konstanten im Erziehungssubjekt“, 142, d. h. „der Erzieher steht vor 2 Kindern: dem zu erziehenden vor ihm und dem verdrängten in ihm“, ein Vorgang, den die Psychoanalyse in dem Begriff des „Wiederholungszwangs“ faßt) und letztlich „nach der gebräuchlichen Anweisung die Erziehbarkeit des Kindes“ (143).

Wird die Überwindung der sozialen Grenze erst durch eine gesellschaftliche Strukturänderung ermöglicht, so bleibt die psychologische Grenze so lange bestehen, wie nicht die Erziehung verwissenschaftlicht, die „Unsicherheit einer eindeutigen individuellen Prognose“ durch eine „kollektive“ Prognose (147) ersetzt wird, d. h. „der Entwurf des Grundrisses des Erziehungswesens unter Verwendung des Erkenntnis, welche die Psychologie über die Kinderseele und ihre Entwicklung, welche die Erziehungswissenschaft über die sozialen Wege der Erziehung vermittelt“ erstellt ist (149). Die Voraussetzung für eine derartige „nach dem Kollektiven gerichtete Zielsetzung und Prognostizierung, auf die Totalität der beeinflussenden Faktoren eingestellte Erziehungsgesinnung ist nur in einer sozialistischen Gesellschaft gegeben, ist jedenfalls in einer von der Tendenz der herrschenden Kapitalistengruppen kontrollierten nicht möglich“. (150).

Bücher: Bei Lucas Gräfe gegenüber der Mensa

Attentat auf die Gewaltlosigkeit

"I plan to stand by nonviolence because I have found it to be a philosophy of life that regulates not only my dealings in the struggle for racial justice but also my dealings with people, with my own self. I will still be faithful to nonviolence."

Martin Luther King

Der Träger des Friedensnobelpreises Martin Luther King schrieb dieses Plädoyer für Gewaltlosigkeit kurz vor seinem gewaltsamen Tod.

Gewalt triumphierte über Argumente und stellte die Sinnlosigkeit einer Gesellschaft bloß, in der Menschen nach ihrer Hautfarbe beurteilt werden.

Minuten nach der Bekanntgabe des Mordes an Martin Luther King durch das Fernsehen, stürzte in Minneapolis ein Schwarzer aus seiner Wohnung und erschoss den ersten Weißen, den er sah. Wenige Stunden später hingen riesige Rauchschwaden über mehreren Städten. — „Sie plündern, stehlen und brennen wieder“, kommentierten viele Weiße und dahinter stand mitteilungslos und verächtlich das Wort „Untermenschen“. „Es ist ein Aufstand der Unterdrückten im Namen der Menschlichkeit, die symbolische Vernichtung materieller Güter, das Ende der weißen Herren“, interpretierten die Negerführer.

Manche waren bewegt, aufgerüttelt, fühlten die Bedeutung der Ereignisse und die furchtbare Sinnlosigkeit des Mordes. Viele Weiße sahen nur die Folgen und nutzten die Gelegenheit, um ihren Rassismus offen auszusprechen. Die Waffenverkäufer stellten befriedigt fest: „Der Umsatz ist gut!“ An Weiße natürlich. Jeder hat ein in der Verfassung verankertes Recht, Waffen zu besitzen. Jeder, hauptsächlich der Weiße, hat ein Recht, seinen Besitz zu verteidigen. Eigentum! „Und das Leben des Schwarzen?“ „Unser Eigentum ist gefährdet. Warum benehmen sie sich nicht ordentlich, wie wir.“ Wie die weiße Mittelklasse. Entfremdung des Habens, sagt Marx. Unterwerfung des Menschen unter die Sache. „Sie sollen sich verhalten wie gute Staatsbürger, wie es sich gehört, ordentlich. Wir sind eine Demokratie, hier herrscht Freiheit.“

Fernseh-Sonderbericht: Brennende Geschäfte, „plündernde“ Neger. Eine Viertel Stunde lang. Unterbrochen nur durch Werbespots. Hinweise auf Reichtum und Wohlstand. Wieder brennende Straßen und plündernde Schwarze. Vor der Kamera muß etwas passieren. Konferenzen von Weißen und Schwarzen, die Kompromisse erarbeiten, um Ausbrüche von Gewalt zu verhindern, werden nicht gezeigt. Sie sind zu ruhig! Dem Sonderbericht des Fernsehens schloß sich ein Kommentar an:

„Diese Szenen sind eine Zusammenfassung aus vielen Städten. An ihnen sind in jeder Stadt nur wenige Hundert, selten mehr als tausend beteiligt. Es sieht so aus, als ob Amerika seine Städte niederbrennt. Aber einer Minorität von 12 Prozent (d. h. den Schwarzen) wird dies nicht gelingen.“

Soweit die Folgen des Mordes an Martin Luther King. Wie kam es zu dieser Situation? (Zahlen für 1966/67)

- Das Durchschnittseinkommen für Neger ist 42 Prozent niedriger als das von Weißen
- Das Sozialprestige niedriger Einkommensgruppen ist gering und der Abstand wächst
- Die relative Arbeitslosigkeit ist doppelt so hoch für Neger wie für Weiße
- Unter dem „poverty level“ (Definition der Social Security Administration) leben 11,9 Prozent der Weißen, aber 40,6 Prozent der Farbigen
- Das Preisniveau in Ghettogeieten ist durchschnittlich 50 Prozent höher als in anderen Vierteln. Hinzu kommt die Ausbeutung durch Ratenzahlungspläne mit überhöhten Zinsen und Gebühren
- Die Wohnungen verfallen, Schulen in Armutsgemeinden haben ein wesentlich niedrigeres Niveau als in anderen Vierteln. Nur in einem Punkt haben Schwarze höhere Chancen: 20 Prozent der Gefallenen in Vietnam sind Schwarze (Bevölkerungsanteil 12 Prozent).

Die Änderung dieser ökonomischen und sozialen Zustände im Sinne einer Chancengleichheit bedeutet den Einsatz hoher finanzieller Mittel. Aber die Great Society ist längst ein Opfer des Vietnamkrieges geworden. Dort wird monatlich soviel vergeudet, wie für anti-poverty-Programme jährlich ausgegeben wird. Selbst diese Ausgaben werden weiter gekürzt, weil zusätzliche Mittel für den Krieg benötigt werden. Bereits bewilligte Programme für bessere Wohnungen, bessere Erziehung, bessere Arbeitsstellen sind gekürzt oder vollständig eingefroren worden. Destruktion hat Priorität.

Neben diesem Verschleiß der Mittel steht eine grausamere Vergeudung von Menschen, von Menschen, denen man nur in body-count-Statistiken und Abhandlungen über „Unterprivilegierte“ begegnet.

In dieser Situation beginnt sich eine eigene Mentalität der Schwarzen zu ent-

wickeln, die sich in dem Gegensatz von „the sick white man“ und „black is beautiful“ lokalisieren läßt. Schwarze beginnen ihre Hautfarbe nicht mehr als unveränderliches Handicap anzusehen, sondern als Symbol für einen anderen, besseren kulturellen Hintergrund, als Grundlage für eine bessere Gesellschaft, deren Wertesystem nicht mehr durch das „was kostet...“ der Mittelklasse bestimmt wird. Aus einem humaneren Wertesystem entwickelt sich eine schwarze Identität. Symbole dafür sind die militanten Negerführer Rap Brown und Stokely Carmichael. Ihre Kompromißlosigkeit bedeutet Selbstbewußtsein.

Martin Luther Kings Bedeutung lag in seiner Fähigkeit, dieses Selbstbewußtsein Schritt für Schritt in Zugeständnisse umzusetzen. Viele Schwarze arbeiten an dieser Aufgabe, die nur evolutionär gelöst werden kann, weil das weiße Amerika, besonders die Polizei, besser bewaffnet ist. Automatische Gewehre, Gaskanonen und Panzerwagen stehen einsatzbereit. Im Pentagon werden Notstandspläne ausgearbeitet. Auch die Justiz steht in vielen Fällen zu Diensten: Vor wenigen Wochen wurde ein schwarzer Dichter von einer weißen Jury zu einer ungewöhnlich hohen Strafe verurteilt; Der Richter hatte neben der Anklageschrift zwei Gedichte des Angeklagten vorgelesen, die zur Revolution, zur Gewalt aufforderten.

Rap Brown und Stokely Carmichael haben sich in diese Tradition des weißen Amerika gestellt: Ebenbürtig durch Gewalt. Martin Luther King stand in der Tradition schwarzer Religiosität und Gewaltlosigkeit. Die Synthese beider Traditionen kann zur Emanzipation führen. Die Aufgabe der amerikanischen Gesellschaft, schwarz und weiß, jedes Teils für sich und beider gemeinsam, ist ausgedrückt in folgendem Auszug aus Gordon Kendall, Ani-shau-na-big (indianisch für „spontaner Mensch“). Ich glaube, daß diese Zeilen das Ziel Martin Luther Kings ausdrücken, ein Ziel, für das er ermordet wurde:

S. Rückseite

¹⁾ Die Negerführer in Minneapolis hatten mir versprochen, für das „auditorium“ einen kurzen Artikel über die Ziele von „black power“ zu schreiben. Sie haben in diesen Tagen heftiger Aktivität keine Zeit dazu gefunden. Statt dessen ist es ihnen gelungen, den Ausbruch von Gewaltaktionen zu verhindern und in Verhandlungen erhebliche Zugeständnisse von der weißen Bevölkerung zu erreichen. Das ist „black power“ in ihren sozialen und ökonomischen Aspekten. (Die kulturellen und humanitären Implikationen kann ich nicht erläutern, das können nur Schwarze erklären.)

²⁾ Insgesamt ca. 30 000 oder 3 000 1/10 % der amerikanischen Bevölkerung. Am. Dfl.

when one finds a culture
with a value system
that

places persons above profit,
and where persons serve community
for the sake of each person,
and where reverence for animals and things
makes the world more real,
and where goals are achieved
thru
sharing and cooperation

then

one has found
the thing that
will save a world.

Our society

must change radically
to save itself

the radical change must come

not in its techniques
but in its goals

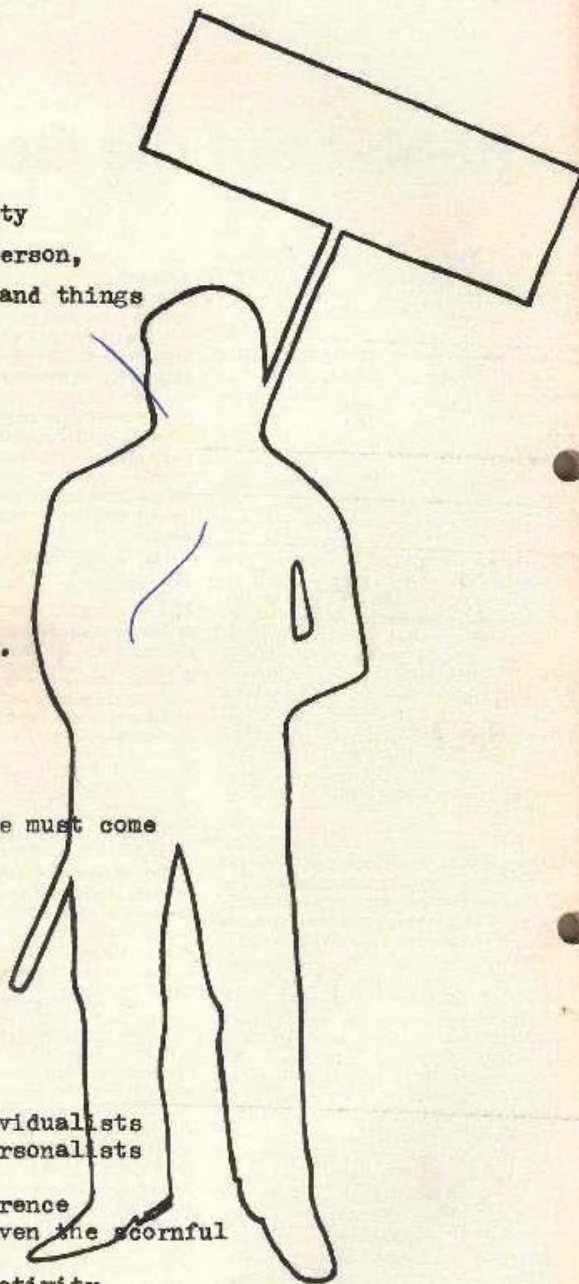
not in its means
but in its ends

not in its prices
but in its values

not in being personal individualists
but in being individual personalists

not being scornful of reverence
but in being reverent of even the scornful

not in filling time with activity
but in allowing time to be fulfilling. -



22.04.1968:

Der AStA der Universität Hamburg gibt sein 'AStA-Info' Nr.2 für das Sommersemester 1968

heraus, in dem zu den Demonstrationen der Ostertage bekanntgegeben wird: "Akademischer Senat fordert Untersuchungsausschuß", aber auch dass morgens ein Gespräch von Studenten mit u.a. Ruhnau und Weichmann stattfindet. Hingewiesen wird auf die eigene heutige Dokumentation dazu. Aufgefordert wird zu Spenden für das Informationsblatt 'Zur Sache' sowie zu Zeugenaussagen.

Q: AStA-Info Nr.2 SS 68,Hamburg 22.4.1968

AStA-INFO

Informationen des Allgemeinen Studentenausschusses
der Universität Hamburg

Nr. 2
22. April
Sommer-Sem. 68

Akademischer Senat fordert Untersuchungsausschuß

Der Akademische Senat hat am 19.4.68 einen Bericht des AStA über die Vorfälle bei den Demonstrationen an den Ostertagen entgegengenommen. Darin wird der Polizei vorgeworfen, gegenüber den Teilnehmern einer Demonstration gewaltlosen Charakters mit brutaler Gewalt vorgegangen zu sein. Ihren Höhepunkt haben die Ereignisse nach diesem Bericht in der Nacht von Ostermontag zum - dienstag gefunden. Der AStA mißbilligt aufs schärfste, daß offenbar von Seiten einzelner Demonstranten Steine geworfen worden sind. Er weist jedoch darauf hin, daß es sich hierbei nicht um eine geplante und gesteuerte Aktion gehandelt hat. Die im Bericht des AStA enthaltene Beurteilung der Vorgänge wurde durch Aussagen einiger weiterer Mitglieder des Akademischen Senats aus eigener Wahrnehmung gestützt.

Rektor und Senat erwarten eine schnelle Klärung der Vorfälle. Angesichts der gegen die Polizei erhobenen schweren Vorwürfe dringen Rektor und Senat auf die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Weiterhin fordern sie Presse, Rundfunk und Fernsehen nachdrücklich zu einer unvoreingenommenen und vollständigen Berichterstattung auf. Nur auf diese Weise können die Voraussetzungen geschaffen werden, unter denen anstelle einseitiger Vorwürfe und einer Verkettung von Andersdenkenden die sachliche politische Auseinandersetzung wieder möglich wird.

Dokumentation zu den Demonstrationen während der Ostertage

Der AStA hat heute eine Dokumentation herausgegeben, die eine genaue Chronologie der Ereignisse sowie die bis Freitag, den 19.4., beim AStA eingegangenen Zeugenaussagen enthält. Aus Gründen der schnellen Information der Öffentlichkeit wurde zunächst eine begrenzte Auflage hergestellt, die für Presse, Parteien, Gewerkschaften usw. vorbehalten ist. Wir werden versuchen, in den nächsten Tagen eine größere Auflage nachzudrucken, die dann auch für Studenten zugänglich ist. Der Termin wird durch öffentlichen Aushang bekanntgegeben. Im Augenblick bitten wir aber darum, die AStA-Zimmer nicht mit Nachfragen zu belagern, da wir beim besten Willen noch keine Exemplare herausgeben können.

bitte wenden

Spendenaufruf

Die Solidarität der am Mittwoch im Audimax versammelten Demonstranten hat es ermöglicht, die erste Nummer des Informationsblattes "Zur Sache" in einer Auflage von 100 000 Exemplaren herauszubringen. Die Spende erbrachte eine Summe von etwas über 2 000 DM ein, womit die Kosten dieser Nummer gedeckt sind.

Dennoch reicht eine einmalige Information der Öffentlichkeit nicht aus. Donnerstag wird die nächste Nummer von "Zur Sache" erscheinen, diesmal hoffentlich ohne die Spuren von Nacharbeit und hektik, die die letzte Ausgabe doch etwas im Wert minderten. Auch die Unzahl der weiterhin nötigen Flugblätter und Dokumentationen sind bei den geringen Beiträgen für den Haushalt der Studentenschaft kaum zu bezahlen. Deshalb bittet der AStA um Spenden auf das Konto Dresdner Bank Harvestehude Nr. 460 20 unter dem Stichwort "Aktion Bürgerinformation".

Außerdem benötigen wir dringend Hilfe zur gerichtlichen Unterstützung der festgenommenen Demonstranten. Dafür wurde ein Rechthilfefonds geschaffen: dasselbe Konto, Stichwort "Rechthilfe".

Zeugenaussagen, Foto- und Filmmaterial

Im AStA werden weiterhin Zeugenaussagen entgegengenommen und zentral ausgewertet. Wir bitten alle Zeugen, ihre Aussage möglichst schriftlich abzugeben, da die Schreibkapazität für den Andrang zu gering ist.

Außerdem bittet der AStA alle Amateur- und Berufsfotografen sowie -filmer, uns Kopien zur Verfügung zu stellen, damit die Zeugenaussagen mit dokumentarischem Material belegt werden können.

Weichmann, Ruhnau und andere

Heute morgen findet bei Bürgermeister Weichmann ein Gespräch über die jüngsten Ereignisse statt, an dem Bürgermeister Drextelius, die Senatoren Keilback, Ruhnau, und Schulz, für den AStA Jens Litten und Sepp Binder sowie je zwei Vertreter des Hamburger Jugendringes, des Ringes Politischer Jugend und des Schülerparlaments teilnehmen. Das Gespräch ist im Augenblick noch nicht beendet, so daß jetzt noch nichts gesagt werden kann. es bleibt nur zu hoffen, daß die Politiker begreifen, daß die Demonstranten mit den Aktionen ein politisches Ziel verfolgten. Gespräche über die Form der Demonstration müssen auf die Dauer fruchtlos bleiben, wenn die Politiker nicht endlich bereit sind, über den Inhalt zu sprechen und entsprechende Taten folgen lassen.

Herausgeber: Allgemeiner Studentenausschuß der Uni Hamburg
Verantw. l.: Wehrhart Otto, komm. Pressereferent

24.04.1968:

In Hamburg findet, laut Detlev Albers, eine vom SDS einberufene Studentenversammlung statt, die eine Demonstration für den 1. Mai beschließt. Einem Aktionsausschuß gehören vor allem Mitglieder von SHB und SDS an.

Q: Partisan Nr.2, Hamburg o. J., S.53

25.04.1968:

Der AStA der Universität Hamburg gibt seine 'Zur Sache' (vgl. 18.4.1968, 9.5.1968) heraus. Der Leitartikel fragt: "Was wollen die Studenten?". Berichtet wird von der Notstandsübung anlässlich der Osterunruhen (vgl. 12.4.1968, 13.4.1968). Gefragt wird: "Ist die Pressefreiheit in Gefahr?", gewarnt wird vor der Teilnahme am 1. Mai, da die Bevölkerung stark aufgehetzt sei.

Berichtet wird von den Prozessen um die Vietnamdemonstration am 17.2.1967 (vgl. 20.4.1968) und wegen des 17.2.1968. Dokumentiert wird die Berichterstattung der Presse vom 16.4.1968. Analysiert wird die Polizeiausbildung.

Q: Zur Sache, Hamburg 25.4.1968

Zur Sache

Aktuelles aus Hochschule und Gesellschaft
Herausgegeben vom
Allgemeinen Studentenausschuß der Universität Hamburg

25. APRIL 1968SCHUTZGEBÜHR 10 PFENNIG

Was wollen die Studenten?

Alle Welt redet von Studenten. Deutschland jetzt auch. Ob Politiker, ob Kirchenoberen, in Leitartikeln, im Film, Funk und Fernsehen — es vergeht kein Tag, an dem nicht die Studenten im Mittelpunkt mehr oder weniger (meistens weniger) intelligenter Kommentare stehen. Und die Studenten selbst? Die reden auch. Sie diskutieren über die politische Zukunft. Sie machen sich Gedanken, wie die Bundesrepublik aus der Sackgasse herausgeführt werden kann. Wie das in 20 Jahren total verrottete, moralisch völlig runtergewirtschaftete System noch zu retten ist. Mit Ihren Forderungen gingen die Studenten auf die Straße. Sie demonstrierten. Völlig legal. Und von Anfang an waren die Studenten gegen die Gewalt bei der Durchsetzung ihrer Forderungen. Daß es dennoch zu Kraftakten gekommen ist, wird von den Studenten ebenso bedauert, wie von der Öffentlichkeit, den Politikern und — zumindest sagt sie es — der Polizei. Dabei ist das eigentliche Anliegen, das Ziel der Demonstrationen völlig unterge-



beit der Parlamentarischen Opposition verrichten. Verfolgt man die Ereignisse in Bonn, so könnte man glauben, wir lebten in einer Diktatur. Daß dem nicht so ist, und daß sich die Politiker für ihr Lassen und Handeln öffentlich verantworten und Rechenschaft ablegen, ist Sache der Opposition. Da es aber die Parlamentarische Opposition bei uns nicht gibt, muß diese Aufgabe von der Außerparlamentarischen Opposition wahrgenommen werden.

Notstandsübung

schrauben, sollten die Mitglieder des Bundestages gleiche Chancen für alle schaffen!

Reform der Universitäten
Es geht nicht an, daß an den deutschen Universitäten heute noch genauso

Am Ostermontag beschützten Schleswig-Holsteiner Polizisten das Hamburger Polizeipräsidium. Der Einsatz von Polizeikräften anderer Bundesländer ist nach unserem Grundgesetz nur dann gestattet, wenn er der Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die Freiheit

... das Ziel der Demonstrationen völlig untergeordnet oder — was noch viel schlimmer ist, völlig falsch interpretiert worden. Hier nun eine kurze Aufzählung, was die Studenten grundsätzlich fordern:

Achtung des Grundgesetzes
Die Studenten fordern, daß das Grundgesetz von allen geachtet und beachtet wird. Es ist traurig, daß diese Forderung überhaupt erhoben werden muß. Es ist besonders bedauerlich, daß man diese Forderung noch dazu an die verantwortlichen Politiker, die sich als erste über die Rolle des Grundgesetzes in der Demokratie klar sein müßten, richten muß. Aber angesichts der Notstandsgesetze, der

Wahlrechtsreformen, angesichts der nicht endenden Kette von groben Mißachtungen des Grundgesetzes seitens der Politiker ist es ganz einfach notwendig, daß die außerparlamentarische Opposition die Achtung des Grundgesetzes fordert.

Eine demokratische Regierung
Es dürfte wohl inzwischen auch dem letzten unter uns klar geworden sein, daß die Studenten als außerparlamentarische Opposition die Drecker-

ren wahrgenommen werden.
Gleiche Chancen für alle
Es ist eine Tatsache, daß nur 6 Prozent der Studenten aus Arbeiter- und Bauernfamilien stammen. Sind deren Nachkommen deshalb dümmere? Nein! Die Antwort liegt woanders: Arbeiter und Bauern können es sich finanziell einfach nicht leisten, ihre Kinder bis zum Abitur zu unterstützen. Oder gar deren Studium zu finanzieren. Hier muß der Staat eingreifen! Anstatt Milliarden sinnlos für veraltete Waffensysteme zu verpulvern, anstatt ihre eigenen Gehälter in unglaubliche Höhen zu

heute noch genauso getrocknet und gelebt wird wie anno 1850. Daß Professoren auch heute noch wie Könige in ihrem Fachbereich regieren, über das Sein und Nichtsein abhängiger Studenten und Assistenten nach rein persönlichen Lutten entscheiden. Die Studenten fordern deshalb ein Mitspracherecht, die Demokratisierung der Universitäten. Sie fordern mehr Geld für mehr Fachkräfte und mehr Räume, mehr Geld für Bibliotheken und andere Arbeitsmittel. Denn nur, wenn mit dem Leerlauf und der unbeschreiblichen Zeitvergeudung während des Studiums Schluß gemacht wird, nur, wenn die Uni-

versitäten sich auf ihre neuen Aufgaben in unserer modernen Gesellschaft einstellen, nur dann hat Deutschland eine Aussicht, in Zukunft überhaupt noch eine Rolle unter den Industrie- und Kultur-Staaten zu spielen!

... das Ziel der Demonstrationen völlig untergeordnet oder — was noch viel schlimmer ist, völlig falsch interpretiert worden. Hier nun eine kurze Aufzählung, was die Studenten grundsätzlich fordern:



„Zur Sache“ ist eine Studentenzeitung. Sie wird allein von Studenten gemacht und an Verkehrsbrennpunkten von Studenten vertrieben.

„Zur Sache“ unterscheidet sich von anderen Studentenzeitungen. Wir treten an jeden Mitbürger heran. Wir wollen unser Anliegen allen vortragen. Mit allen wollen wir ins Gespräch kommen. Auch mit der Polizei, gegen deren politische Führung wir uns jetzt wehren müssen. Junge Polizisten lassen uns zurecht kritisieren. Sie lassen uns hoffen. Auch Sie lassen uns hoffen, wenn Sie uns aufmerksam lesen. Wir wollen und müssen Sie informieren. Wir haben kein Geld. Das weiß jeder. Von ihrem Groschen können wir nur eine Seite machen. Aber auch nur eine! Spenden Sie für die zweite! Unser Konto: 460 20, Dresdner Bank, Harvestehude. Stichwort: Bürgerinformation. Vielen Dank!

... das Ziel der Demonstrationen völlig untergeordnet oder — was noch viel schlimmer ist, völlig falsch interpretiert worden. Hier nun eine kurze Aufzählung, was die Studenten grundsätzlich fordern:

Schutz durch Panzerwagen

„Besseren Schutz für die Polizeibeamten!“ Das forderte der Landesverband Hamburg der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PDB): Die gepanzerten Sonderfahrzeuge, die wegen der ruhigen innenpolitischen Lage nicht mehr benötigt werden, sollten schnellstens ansonst werden.“ Dazu die OTV-Hauptabteilung Polizei: „Die Forderung der PDB nach Entauktion der gepanzerten Sonderfahrzeuge“ halten wir, besonders in der gegenwärtigen Situation, für völligem Unsinn.“ Klartext

Wer warf den ersten Stein?

Wann nahm die Gewalt in Unmöglichkeit Oder? Hamburg: Ihren Anfang? Wieso wollte die Polizei es? Wer war der unbekanntlich während der Ostersteinwerfer, dessen Tat in dem turbulenten Klima wie dem Ausbruch offener Gewalt zündender Punkte waltatügelten bei den Demonstrationen wehren, als Am Gründonnerstag zogen sie am Karfreitag das sinnlose 500 Demonstranten in lose Gemetzel am Valentinsplatz spontanen Reaktion ins Kampf in Lang streifen auf das Deutsche-Attentat Als sie 1200 Demonstranten durch die Innenstadt, Anwohner dem Polizeibereich, Gänsemarkt sammelte sich die Menge in diesem Moment wurden zwei Passanten Oder wollte sie sie bewußt scheiben in der HAMBURGER-ABENDBLATT-Pfahle durch Steinwürfe zerstört. Wollte sie Demonstrationen Wer war der Täter? Einige Demonstration, die ren, um dann mit „beredend zu näheren Kontakt ligen Fäden“ gegen sie vor mit einer bestimmten Sorte gehen zu können. Brauchte ziviler Polizei haben glaub die Polizei „Terroristen?“ Wer war der Mann, der den kennen, der ihnen offenbar ersten Stein warf? Ein Beispiel geben wollte. Ein Geheimpolizist oder behauptete: Ein Geheimpolizist. Unmöglich? Oe

Ist die Pressefreiheit in Gefahr?

Der Staat schützt den Mißbrauch

Seit einer Woche wird den Studenten von Politikern und einem Teil der Presse vorgeworfen, die Pressefreiheit in der Bundesrepublik durch ihre Demonstrationen und Aktionen zu bedrohen. „Bild am Sonntag“ sieht in den Ereignissen der Ostertage den „schwersten Anschlag auf die Meinungsfreiheit seit den Tagen des Dritten Reiches“. Die „Bedrohung der Pressefreiheit in der Bundesrepublik“ bestand darin, daß sich Studenten, Arbeiter und Schüler in spontanen Demonstrationen vor den Verlagshäusern und Druckereien des Springerkonzerns versammelt hatten. Zweck der Demonstrationen im ganzen Bundesgebiet war, den Springerkonzern durch gewaltlose Sitzstreiks an der Auslieferung seiner Produkte, besonders „Bild“ und „Welt“ zeitweise zu behindern. Denn Überzeugung der Demonstranten war: Springer mißbraucht seine Pressefreiheit, er hetzt gegen die Studenten und alle Jugendlichen, die sich kritisch mit der Politik unserer Regierung auseinandersetzen und dabei von Vorstellungen ausgehen, die der Springerpresse nicht passen.

Nach dem Grundgesetz hat jeder „das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten...“ Sicher, das Recht hat jeder, die finanziellen Möglichkeiten aber nicht. Dazu braucht man Geld, in der Bundesrepublik gibt es aber nur 200 bis 300 Leute,

die Geld und Möglichkeiten haben, ihre Meinung in Form von Zeitungen drucken zu lassen (Paul Sethe). Für die übrigen 55 Millionen Bundesrepublikaner bleibt nur die Möglichkeit: Nimm und nimm!

Unter den Zeitungsverlegern ist Springer der größte: Mit seinen 19 Zeitungen und Zeitschriften und einer Auflage von 19 Millionen Exemplaren beherrscht er den deutschen Zeitungsmarkt zu fast einem Drittel (28%). Er verkauft 88% der Sonntagszeitungen, 81% der Straßenverkaufszeitungen in der BRD. In Hamburg und Berlin sind 70% aller verkauften Zeitungen Springerzeitungen. Insgesamt verdient er etwa 50 Millionen im Jahr, und so kann er die Verlustzeitung „Welt“ finanzieren, die ihn allein 1967 volle 7 Millionen DM gekostet hat.

Gegen diesen Koloss unter den Zeitungsverlegern sind die Politiker machtlos: Helmut Schmidt meinte 1966, jede politische Aktivität in Richtung einer Auflagenbegrenzung durch ein Gesetz sei „politischer Selbstmord“.

Wozu benutzt Springer nun seine wirtschaftliche Macht auf dem Zeitungsmarkt? Um zu informieren? Um eine demokratische Kontrollfunktion gegen Parlament und Regierung auszuüben, die sich vor ihm fürchtet? Um die sachliche Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen

Gruppen unserer Gesellschaft zu fördern? Die Studenten meinen: NEIN!

Sie haben es am eigenen Leib erfahren: Spätestens seit dem 2. Juni 1967 ist das Wort „Student“ für viele Bundesbürger ein Schimpfwort geworden. Man traut sich kaum noch zu sagen, daß man Student ist.

Die systematische Verteufelung der engagierten Studenten als „Politgammer“, „FU-Chinesen“ mündete in Schlagzeilen wie „Störenfriede ausmerzen“, „Stopp den Terror der Jung-Roten jetzt“, „Studenten drohen: Wir schießen zurück“, Das ist Aufschmelzung zum Haß gegen einen bestimmten Teil der Bevölkerung, das ist Beschimpfung, bewußtliche Verächtlichmachung und Verleumdung. Es ist politische Verleumdung, wenn „Bild“ am Dienstag nach Ostern die Schlagzeilen bringt: „Ist das Demonstration? Ist das Diskussion? Möbelhaus in Brand gesteckt!“ und damit diese Brandstiftung mit den Demonstrationen in Zusammenhang bringt. Wie der Sachverhalt wirklich war, berichtet BILD erst einige Tage später: Ein Einbrecher, der nichts zum Stehlen fand, zündete aus Ärger darüber das Möbelhaus an.

Das ist Volksverhetzung, strafbar nach § 130 Strafgesetzbuch, was „Bild“ da betrieb!

Wie sollen sich die Studenten dagegen wehren? Wenn sie Springer zeitweise daran hindern, seine Zeitungen zu vertreiben, so verletzen sie zwar sein Recht auf ungehinderte Ausübung seines Gewerbebetriebes. Das ist aber kein Angriff auf die allgemeine Pressefreiheit in der Bundesrepublik. Daß ein solcher Angriff nicht in der Absicht der demonstrierenden Studenten liegt, wurde zum Beispiel in Hannover klar: Demonstrationen helfen den Zeitungsarbeitern der „Hannoverschen Presse“ beim Verleiden ihrer Zeitungen.

Was die Studenten durch ihre Sitzstreiks und Demonstrationen wollen, ist: Hinweisen auf den Mißbrauch der Pressefreiheit, auf gezielte Falschmeldungen, Verleumdungen und Beschimpfungen, die der Springerkonzern täglich gegen Gruppen losläßt, die ihm nicht passen. Im Augenblick sind das die Studenten.

Kaska

Warnung!

Wir müssen alle Studenten während der Feiertage anläßlich des 1. Mai zur Zurückhaltung mahnen und sie ausdrücklich davor warnen, öffentlich als Demonstranten aufzutreten. Es besteht die Gefahr, daß in großen Teilen der Bevölkerung das Bild von „den Studenten“ vorherrscht, das ihnen täglich von den Zeitungen aus dem Verlagshaus Axel Springer eingebläut wird. Es könnte deshalb zu Situationen kommen, wie sie in Berlin während der Frieden- und Freiheitsdemonstration aufgetreten sind. Barträger zum Beispiel sind bei solchen Gelegenheiten, besonders gefährdet, und auch Mädchen, die besonders nach Straßentempeln aussehen, erkennen sich nicht übermäßig

Flucht nach vorn

In Prozeß um die Vietnam-Demonstrationen vom 17. Februar 1967 im Hauptbahnhof, die zur Ausweitung des zugehörigen Studenten Obi Hoob geführt hatten, wurden am

Borger sah den Grund der Anklage darin, daß der Prozeß die nachträgliche Rechtfertigung des Handelns der Polizei und der Behörden während der Ereignisse um den 17. 2. 1967 erbringen

bruchs, Widerstands gegen die Staatsgewalt, versuchter Gefangenentreue, Körperverletzung und Beleidigung. Wenig erwies sich davon als stichhaltig. Vielmehr stellte sich dieser Prozeß als Flucht der Polizei nach vorn dar; sie hatte Anzeige erstattet, um nicht selbst angezeigt zu werden. Am Schluß der Beweisaufnahme erschienen jedenfalls die Angeklagten als die Geschädigten und die Polizisten als die Schläger. Dennoch sagten alle Polizisten Gegenteiliges aus und

sar Jörs von der politischen Polizei. Sein Name fiel oft, obwohl er als Zeuge gar nicht gehört wurde. Nach der Beweisaufnahme blieben Fragen offen: Hatte er die Anzeigen veranlaßt oder einige Berichte beeinflusst oder sogar diktiert?

Die Rolle der Angeklagten war interessant. Sie traten hier nicht als arme Sünder, sondern vielmehr als Rechtssuchende auf. Zeitweilig gelang es ihnen sogar, durch eigene Fragen die Glaubwürdigkeit von Polizeisagen gänzlich zu erschüt-

Demonstration aufgetreten sind. Barträger zum Beispiel sind bei solchen Gelegenheiten besonders gefährdet, und auch Mädchen, die besonders nach Ständertänzen aussuchen, erfahren sich nicht übermäßiger Beliebtheit. Der Nachweis jedoch, daß Springerzeitungen Meinungsstörungen gegen andersdenkende Minderheiten ausüben, verlohnt keine gefährlichen Verletzungen und mit diesen müßten wir diesmal rechnen.

Untersuchung gefordert

Der Akademische Senat der Universität Hamburg hat am 19. 4. 1968 einen Bericht des ASIA entgegengenommen. Darin wird der Polizei vorgeworfen, gegenüber Demonstrationen im Laufe der Osterlage mit brutaler Gewalt vorgegangen zu sein. Rektor und Senat erwarten eine schnelle Klärung der Vorfälle. Angesichts der gegen die Polizei erhobenen schweren Vorwürfe dringen Rektor und Senat auf die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Weiterhin fordern sie Presse, Rundfunk und Fernsehen nachdrücklich zu einer unvoreingenommenen und vollständigen Berichterstattung auf.

Zur Abwehr der Demonstrationen ist von der Polizei die „Angemessenheit der Mittel“ verkündet worden. Spätestens am Ostermontag war von dieser Einsicht nichts mehr zu spüren. Die Sprecher der Hochschulgruppen hatten Gewaltlosigkeit gepredigt. Wegen der schlimmen Erfahrungen vom Freitag glaubten sie den Marsch zum Springer-Verlagshaus nicht mehr verantworten zu können. Anstatt nun aber „angemessen“ im Hintergrund zu bleiben, schürte die Polizei völlig grundlos den Aufruhr: mit mehreren hundert Mann Bereitschaftspolizei besetzte sie das winzige SDS-Zentrum

und riegelte den davorliegenden Bornplatz mit untergehakten Dreierketten und strategisch aufgebauten Mannschaftswagen und dem Wasserwerfer ab. Da war

Angemessene Mittel?

mehr Staatsgewalt auf den Beinen als damals bei der SPIEGEL-Aktion. Und was fanden sie? Einen Hammer, eine Säge, ein Tomatenmesser, drei Breiter mit Nägeln – laut „Bild“ alles Mordwerkzeuge. Zwei Beamte mit Durchsuchungs- und Haftbefehl hätten genug, diesen Kram zu lösen, mit Wandzeitungen

bahnhoht, die zur Ausweisung des nigerianischen Studenten Obi Ifeobu geführt hätten, wurden am letzten Freitag die Urteile verkündet. Entgegen den häßlichen Anträgen des Staatsanwalts, der Gefängnisstrafen von einem Jahr und acht Monaten und nur einen Freispruch gefordert hatte, erkannte das Gericht zweimal auf Freispruch und nur einmal auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten zur Bewährung. Erst am letzten Verhandlungstag in den Plädoyers der Verteidiger Rechtsanwalt Hannover und Rechtsanwalt Dr. Borger wurde das präzise ausgesprochen, wovon die meisten der Zuhörer überzeugt waren. Dr.

fortigung des Handbuchs der Polizei und der Behörden während der Ereignisse um den 17. 2. 1967 erbringen sollte. Er sprach von einem politischen Prozeß. So schied diese Ansicht durch den Verlauf der Verhandlung bestätigt wurde, so wenig sagt sie etwas über die Art der Verhandlungsführung aus. Der Vorsitzende leitete die Verhandlung sachlich und fair. Für die Behörden erbrachte der Prozeß allerdings nichts. Rechtfertigendes. Er erwies sich vielmehr als ein Bumerang und fiel auf sie zurück. Angeklagt waren der Lehrer Werner K., der Ingenieurstudent Klaus W. und der Arbeiter Walter S. wegen Auftrufes, Landfriedens-

die Geschlagenen und die Polizisten als die Schläger. „Dennoch sagten alle Politisten Gegenteiliges aus und hätten es auch beschworen, wären sie nicht unverdächtig geblieben. Zu diesem Problem zitierte Rechtsanwalt Hannover einen bekannten Berliner Strafrechtler: „Die Körperverletzung im Amt ist einer der merkwürdigsten Tatbestände des Strafrechtsbuches. Bestraft wird nicht der Verletzte, sondern der Verletzte, und zwar wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt.“

lang es ihnen sogar, durch eigene Fragen die Glaubwürdigkeit von Polizeisagen gänzlich zu erschüttern. In seinem Plädoyer forderte Rechtsanwalt Hannover das Gericht schließlich auf, mit dem Gesetz „Polizisten lägen nicht“ zu brechen. Dennoch hielt das Gericht beim Angeklagten Walter S. die Tatbestände des Widerstands gegen die Staatsgewalt, der Körperverletzung und der Beleidigung für hinreichend bewiesen. Bemerkenswert an der Urteilsbegründung war jedoch, daß das Gericht in einer Vorbemerkung die Ermittlungsmethoden der Polizei in ungewöhnlich scharfer Form rügte. RA

und nicht einmal der leitende Beamte wäre bereit, ihnen auf ihre berechtigten Fragen „Warum? Wieso? Washalb?“ eine Antwort zu geben? Wenn zu solch einer Gefährdung im Verzug“ ausreicht? Das aber kann jedem von uns passieren, solange die Bittteilung ungehindert aus Tomasammern Mordwaffen machen kann und der Polizeipräsident ebenso wie der Senat das dann auch noch alles glaubt? Die brutalen Knüppel und die Schlägertruppen beweisen, daß der Polizei die Grundrechte im Augenblick

gleichgültig sind. Sie hat den Notstand nicht nur geprobt, sie hat ihn durchgezert. Mit Stacheldrath, Gasmasken (gegen wen eigentlich die Gasmasken?), Tränengas, Nebelkerzen, Wasserwerfern und allem Drum und Dran. Die Zuschauer am Bornplatz haben erlebt, wer hier den Notstand provoziert. Nicht die Studenten rufen die Erinnerung an die Hitlerzeit wach: es sind die Springerzeitungen mit ihrem kaum verhüllten Aufrufen zur Menschenlage („Wir können Ihre Ansichten, ihre Adressen, ihre Telefonnummern ...“). Am Ostermontag hat die Staatsgewalt vorgeführt, wie

sie uns zusammenknüpfeln wird. „Angemessenheit der Mittel!“ – lächerlich. Nur: das Lachen bleibt einem vor Entsetzen im Halse stecken. Uwe Friezel „Zur Sache“ Aktuelles aus Hochschule und Gesellschaft Herausgeber: Allgemeiner Studierendenausschuss (ASIA) der Universität Hamburg Chefredakteur: Holger Oehrens Anzeigen und Vertrieb: Ulrich Hepp Fotos: Gerd Schüttbe Z.Z. gilt Anzeigen-Preisliste Nr. 1 Satz: Karl Heinz Lüding KG, Hamburg 1 Druck: Auer-Druck GmbH, Hamburg 1

<p>Wenn Archive und Bibliotheken versagen bitte im Uni-Antiquariat nachfragen</p> <p>Unsere Spezialgebiete: Niederdeutsches Schrifttum / Hamburgensien</p> <p>Sie können stöbern jetzt in erweiterten Räumen!</p>	<p>Universitäts-Antiquariat mit Mokkastube (Libresso) 2 Hamburg 13, Binderstraße 24 Tel.: 45 16 63 Montag – Freitag 10–18 Uhr Sonnabend 10–14 Uhr</p>	<p>Auch als Käufer haben Sie unsere Sympathien. Denken Sie nur beim nächsten Bucheinkauf einmal „um die Ecke“.</p> <p>Wissenschaftliche Buchhandlung HELMUT BUSKE HAMBURG 13 — Grindelallee 26 — Telefon 45 25 22</p>
---	--	---

ENTEIGNET SPRINGER! Kein Anschlag auf Privateigentum

In Wirklichkeit ist der Zeitungsmarkt heute nicht mehr bestimmt vom Konkurrenzkampf freier Unternehmer, sondern vom Springer-Konzern beherrscht. Wie konnte es dazu kommen? Nehmen wir z. B. die HOR ZU, Springers erstes Erfolgsblatt. Aus der anfangs reinen Rundfunk-Zeitschrift wurde durch die Erweiterung zur deutschen Familienzeitschrift der finanzielle Erfolg gesichert.

Aus dem Profit an der HOR ZU baute Springer die Reihe seiner Zeitungen und Zeitschriften auf, an deren bedeutendster Stelle die BILD-Zeitung steht. Dieses wesentliche Startkapital wurde durch die Methode erzielt, illusionäre Bedürfnisse zu wecken und gleichzeitig schmerzlos zu stillen. Ketten anderen Zweck hatten die Romane der Erwachsenen, die Bildergeschichten für Kinder und die Ratschläge für einsame

Herzen von Irene alles Holländer. Auf diese Weise wird durch den gelenkten Lesergeschmack das Kapital vervielfältigt. Der Springer-Konzern kann weitere Zeitungen gründen oder aufkaufen, sich im Film- und Fernsehgeschäft niederlassen, und das hat kein Ende!

Ein demokratisches Massenblatt sollte aber die Bürger aufklären, Schwächen und Fehler der bestehenden Gesellschaft untersuchen, die Regierung kontrollieren. Tatsachen ohne Meinungsäußerung berichten und selbstverständliche Klar die Redaktionsaufassung herausstellen. Eine solche faire Presse hat gegen Springer finanziell keine Chance.

Aus dieser Aussichtslosigkeit ist die Enteignung Springers. Eine Demokratie kann sich kein Meinungsmonopol leisten. Aber

„Das Wort 'BILD' ist eine Art Symbol für das von Ihnen gehabte private Eigentum.“ So schrieb Springers BILD-Zeitung am 16. April und wollte damit beweisen, daß alle, die „Enteignet Springer“ rufen, das private Eigentum überheben abschaffen wollen. So verläßt BILD die berechtigten Kritik an Springers marktbeherrschendem Produktions-eigentum. Für den größten Teil der Deutschen ist das Eigentum ein Zaubervort. Doch er denkt dabei an seine Wohnung, an seinen Fernsehapparat und an sein Auto, alles Dinge, die er mit seinem Einkommen kaufen kann. Dieses Eigentum soll unangefastet bleiben. Es geht um Produktionsmittel. Springer versteht es, seinen Lesern einzureden, daß ihr geringer Besitzstand genauso gefährdet ist wie seiner, wenn er enteignet wird. Das ist eine aalglatte Lüge.

Springer erhebt Anspruch auf seine Zeitungen, und d. h. auf die Herrschaft über alle Redaktionen, die unmittelbar die Gefühle und Meinungen der Mehrheit deutscher Zeitungsläser bestimmen. Und er wird darin scheinbar von der allgemein herrschenden Auffassung über die Unantastbarkeit des Eigentums bestärkt. Jedoch sieht bereits das Grundgesetz im Eigentum eine Verpflichtung der Allgemeinheit gegenüber: ... Sein Gebrauch soll zu-

gleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Folgerichtig sieht das Grundgesetz auch eine Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit vor. Persönliches Eigentum kann durch Gesetz Gemeingut werden. Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz in Gemeineigentum überführt werden.“ Springers Produktionsmittel sind seine Verlagegebäude, Druckereien und Auslieferungsorganisationen. Dieses Enteignungs-Gesetz wollen die Abgeordneten aus eigenem Wahlinteresse nicht beschließen und in die Tat umsetzen.

Wir aber fordern vom Parlament: Es muß prüfen, ob der Springer-Konzern gegen das Wohl der Allgemeinheit verstößt. Nach verantwortungsvoller Prüfung kann das Parlament nur die Überführung des Springer-Konzerns in Gemeineigentum beschließen. Siefert/Jensch

Wer schützt uns vor politischer Polizei?

Der Prozeß um die Demonstrationen am 17. Februar 1968 im Hauptbahnhof mußte den kritischen Blick des unbefangenen Zuhörers besonders auf eine Abteilung der Polizei richten: die politische Polizei. Die Angehörigen dieser Sondertruppe sind darauf spezialisiert, im Trüben zu fischen. Jene Herren erscheinen im unauffälligen Zivil in den einschlägigen Versammlungen — wahrscheinlich auch bereits in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen — mit der Aufgabe, die „Situation wahrzunehmen“. Das ist jedoch genau dasjenige, was sie in den seltensten Fällen tun. Im allgemeinen erscheinen sie als bestellte, einseitige Zeugen der Strafverfolgungsbehörden. Folgendes zum Beispiel kam im Hauptbahnhof-Prozess zur Sprache:

Die Manipulation von Strafzeitungen

Obi Ifeobu - ein Opfer Ruhnaus

Als Rechtsanwalt Hannover in seinem Plädoyer darauf verwies, daß es die moralische und politische Pflicht jedes Passanten gewesen wäre, sich für die Befreiung des festgenommenen Obi Ifeobu einzusetzen, hatte er recht. Die Abschiebung des nigerianischen Medizinstudenten gehört zu den trübsten Kapiteln der Hanesstadt. Mit der Abschiebung wurden unter der Verantwortung von Innenminister Beamte der politischen Polizei betraut. Die Angelegenheit befand sich damit nicht in guten Händen.

Nach den Tatsachen, die im Hauptbahnhof-Prozess ans Tageslicht gekommen sind, erscheint es unwahrscheinlich, daß der Nigerianer überhaupt irgendeine Straftat begangen hat. Das Hauptargument der Ausweisung war damals der In-

bald darüber einig, daß bei der Ausweisung Obi Ifeobus die Ermessensmöglichkeiten der Behörden über die Grenzen rechtsstaatlicher Verträglichkeit hinaus mißbraucht wurden. Es genügt, darauf noch einmal hinzuweisen. Herausgestellt werden muß aber die Tatsache, daß vor knapper Jahresfrist die Wochenzeitung „Die Zeit“ Innenminister Ruhnau aufforderte, die Ausweisung rückgängig zu machen, um diesen rechtsstaatlichen Makel von der Hanesstadt zu nehmen.

Damals war es noch Zeit; der Innenminister tat jedoch nichts. Heute scheint es zu spät zu sein. Nach einer — allerdings noch unbestätigten — Meldung ist Obi Ifeobu dem Bürgerkrieg zwischen Nigeria und Biafra zum Opfer gefallen.

Stratverfolgungsbehörden. Folgendes zum Betrefften kam im Hauptbahnhof-Prozess ans Licht: Ein Reporter wollte den Hauptbahnhof betreten, nachdem dieser bereits durch eine Polzeikette abgesperrt war. Er diskutierte daraufhin mit einem Polizisten, wobei der Polizist eine Handbewegung machte, die ein etwas abseits stehender politischer Ordnungshüter im Zivil wohl als Ansatz zu einem Schlag verstanden haben mußte. Er stürzte nämlich zur Stelle und rief, er könne bezeugen, daß der Reporter zuerst geschlagen habe, — Niemand jedoch hatte geschlagen oder wollte es. Der Zivilpolizist wollte dennoch seinen Eid darauf leisten. Er blieb unerkannt, da er sich weigerte seine Dienstnummer anzugeben.

Das besondere Augenmerk der politischen Polizisten richtet sich auf Personen, die ihnen deshalb aufgefallen sind, weil sie schon an anderen derartigen Ver-

folge das Gerücht: die Manipulation von Strafverfahren. Die angeblichen Anzeiger erfahren von ihren Anzeigern erst im Prozeß: die Methode, Polizisten vor ihrer Vernehmung die Protokolle und Berichte von Kollegen lesen zu lassen; die Methode, mehrere Polizisten gleichzeitig und nicht getrennt zu vernehmen.

Nicht erwähnt wurde der schlimmste Vorwurf in diesem Zusammenhang, nämlich der einer starken Leichtfertigkeit im Beschwören von Aussagen. Nicht immer stehen Filme zur Verfügung, um diese Aussagen zu widerlegen. Nicht immer sind Aussagen so widersprüchlich wie die in diesem Verfahren. Angesichts dieser Tatsachen bleibt eine Frage: Haben es unsere Strafverfolgungsbehörden wirklich nötig, sich dieser bestellten Zeugen zu bedienen? Re

Strasat begangen hat. Das Hauptargument der Ausweiser war damals der Inhalt der Aussage des Küchenmeisters L., der kritisiert von den ausweisenden Behörden als wahr unterstellt wurde, während man sich anderen Aussagen verschloß. Küchenmeister L. wollte eine Messerstecherei Obi Heebus gesehen haben, die niemals stattfand. Er machte vor Gericht einen derartig verworrenen Eindruck, daß auch der Staatsanwalt ihm nicht mehr glaubte. Außerdem stand er damals unter Alkohol. Seine Aussage wurde von den Behörden seltenerzeit jedoch bevorzugt an die Presse weitergeleitet.

Die nicht vom Verlagshaus Axel Springer beeinflusste Presse war sich schon

geria und Biafra zum Opfer gefallen. Zusammenfassend läßt sich deshalb feststellen, daß bei der Ausweisung Obi Heebus alle Verantwortlichen unverantwortlich gehandelt haben. Dem Innenminister Ruhau muß vorgeworfen werden, daß er unverantwortliche Handlungen veranlaßt, gebilligt oder gedeckt hat oder zumindest auf unverantwortliche Weise falsch informiert war. Der zuletzt genannte Vorwurf ist kein Gerücht, denn ein Politiker, der Entscheidungen zu treffen hat, kann nur selbst für seine Informanten sorgen. Bestürzt ist, daß Herr Ruhau sich nicht bemüht hat, die Folgen seiner Verantwortungslösigkeit wiedergutzumachen. Re

auch günstiger bei der STUKA **Fotokopien** nur DM —,25 bei 4 Kopien

„...das Beste im westdeutschen Journalismus“



Studenten erhalten die SZ im Postabonnement für DM 6,— monatlich

Tomatenmesser und Hammer!
Stich- und Hiebwerkzeuge? Schwerer Diebstahl oder Vorwand?
Welt, 16. 4.
Am Nachmittag hatte die Polizei zwei Mitglieder des SDS festgenommen. Sie sollen Bauwerkzeuge gestohlen haben, um das Pflaster vor dem Springerhaus aufzureißen.

Bild, 16. 4.
Stichwaffen beim SDS beschlagnahmt — Zentrale von der Kripo ausgehoben. — Vier Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Hamburg wurden gestern von der Polizei festgenommen. Der Grund: Sie stehen im Verdacht, mehrere Spitzhacken von einer Baustelle gestohlen zu haben. Als die Beamten die Studenten Ursula B. (20), Inge J., Bernd R. (25) und Reinhold O. (24) im SDS-Büro am Von-Melle-

Park abholten, stießen sie in den Räumen auf Schlag- und Hiebwerkzeuge. Außerdem fanden sie ein Stillet und drei Nagelbretter.

Hamburger Abendblatt, 16. 4.
Wie die Polizei später mitteilte, seien am Nachmittag verschiedene Baufahrzeuge aufgebrochen worden, aus denen Schaufeln und Spitzhacken gestohlen wurden.

Was stimmt denn nun? AUS HAMBURGER ZEITUNGEN:
Kurz darauf seien verschiedene Mitglieder mit den Werkzeugen aus der Zentrale gekommen.

Bild, 16. 4.
Kurz vorher war es am Von-Melle-Park zu einem Diebstahl gekommen: Die Fahrerin eines VW entwendeten aus einer Baustelle Spitzhacken und mehrere Schaufeln. Das Fahrzeug wurde wenig später festgenommen. Die Insassen

Ein Auto oder ein ganzer Fuhrpark?
Hamburger Abendblatt, 16. 4.
19.45 Uhr — Korntrügergang: Demonstranten haben mit umgekippten Autowracks Barrikaden errichtet und einen Peterweg eingeschlossen.

Bild, 16. 4.
Demonstranten stürzten Kleinbusse um und errich-

ten mit Hausmüllkästen und Pflastersteinen eine Straßensperre.

Welt, 16. 4.
In Hamburg stürzten Demonstranten ein Pkw-Wrack um und blockierten die Ausfahrt.

Ein Vorfall — 3 Berichte Gibt es auch 3 Wahrheiten?
Bild, 16. 4.
Als ein Zeitungswagen versuchte, durch die Menschenmenge zu gelangen, kam es

zu einem tragischen Zwischenfall: Der Student Hans-Dietmar Schmitt (26) aus dem Von-Melle-Park 17 wurde von dem Fahrzeug erfaßt. Er kam mit Kopf- und Beinverletzungen ins Krankenhaus. Schmitt ist SDS-Mitglied.

Bild, 16. 4.
Und in Hamburg läuft einer der Demonstrationen vor den schweren Wagen — er wird schwer verletzt. Der Fahrer muß weiterfahren, die anderen hätten ihn sonst gelynchet.

Hamburger Morgenpost, 16. 4.
Der Weg für den ersten Wagen-Konvoi des Springer-Verlages wurde von den Polizisten freigezügelt. Mehrere Studenten sprangen die Fahrzeuge an und versuchten, die mit Zeitungen verklebten Windschutzscheiben einzuschlagen. Dabei geriet der 28jährige Student Dietmar Schmitt unter einen Lkw und erlitt schwere Kopf- und Beinverletzungen.



Ein Mädchen wird im Würgegriff abgeführt. Dazu sind drei Polizeibeamte nötig. Ob sie sie gelernt haben, zwischen Kriminellen und Demonstranten zu unterscheiden? Sie müßten wissen, wer sich von der Polizei durchlassen und gegen die Wucht der Polizei wehren darf, wer sich dagegen wehren darf.

Keine Büttel der Nation

Schier zurückgewiesen hat am letzten Freitag in Frankfurt das Vorstandsmitglied des Deutschen Richterbundes, Otto Palka, die Bemerkungen mehrerer Politiker, Strafrechtsnormen aus politischen Gründen umzuinterpretieren. Um der Demonstrationen Herr zu werden und um den „eingeschüchternen Richtern und Staatsanwälten“ mit der „Autorität des Volkes beizuspringen“, wurden aus Bonn folgende Vorschläge gemacht: verschärfte Maßnahmen der Polizei und der Justiz gegen die Demonstranten, Schnellverfahren gegen Rädelführer und Verschärfung der Strafbestimmungen.

Der Angriff auf die grundgesetzlich garantierte richterliche Unabhängigkeit gipfelt in der Behauptung des CDU-Bundestagsabgeordneten von Erhardt, Richter und Staatsanwälte stünden „immer nur solange auf dem Boden des Rechts, solange sie spüren, daß sie die Autorität des Staates und der demokratischen Gesetzmäßigkeit hinter sich haben.“

Wir sind erleichtert, daß sich die Richter so eindeutig äußern konnten. Wir sind erleichtert, daß sich die Richter so eindeutig äußern konnten.

Nachdenken lähmt die Entschlußkraft. — Das: „Wir müssen in der Ausbildung damit anfangen, das hinzunehmen, was gegeben ist.“ Das sagte wörtlich der Leiter der Polizeiausbildung, Leitender Polizei-Direktor Pötko. Hinzunehmen was gegeben ist, das heißt doch für den Polizeibeamten; die Gesetze des Staates müssen — eben weil der Staat sie erläßt — von Natur aus gut und wohlwollig sein. Hinzunehmen, was gegeben ist, heißt doch: die Befehle meines Vorgesetzten müssen vernünftig und der Situation angemessen sein, eben weil sie von meinem Vorgesetzten kommen.

Es bedurfte nicht erst der Brutalität des Polizeieinsatzes während der Osterstage, um die Frage nach der richtigen Ausbildung der Polizei in den Vordergrund treten zu lassen. Schon der Schahbesuch am 3. Juni 1967 war ein solcher Anlaß zum Nachdenken, vor allem für Studenten.

Studentenparlament und ASIA haben es immer abgelehnt, „die“ Polizei zu verurteilen, auch wenn sie aus eigenem Erleben allen Grund dazu gehabt hätten. Sie wollten vielmehr die Ursachen ergründen und abstellen, die solche Ausschreitungen erst möglich machen und machen. Sie wollten ihren Teil dazu beitragen, die gespannte Situation zu entschärfen. Sie wollten eine Frontstellung „Polizei gegen Studenten“ vermeiden. Denn die Studenten wollen nicht die Polizei provozieren, sie wollen die Politiker treffen, die sie zu gern die Polizei jeweils dann vorschicken, wenn ihnen die Argumente ausgehen.

„Nachdenken lähmt die Entschlußkraft“

Studenten prüfen Polizeiausbildung

Ständen und jungen Polizisten erzielt werden.

Die Methode des Unterrichts allerdings läßt dem eigenen Urteil des jungen Polizisten wenig Spielraum. Eigenständiges Denken und Fragen, die vom starren Schema des Lehrplanes abweichen, bringen die Ausbilder in Verlegenheit. Was wader, daß sie Fragen unterdrücken und ihre eigene Unsicherheit durch forsches Auftreten wettmachen. Sie schüchtern ein, wo sie die erstmalig große Initiative der Schüler ermuntern, wo sie zur Diskussion anregen sollten. Die Lehrinhalte sind der unmöglichen Unterrichtslehre angemessen. Komplizierte Sachverhalte werden auf einfache Art gelöst: für jede fachliche oder politische Frage gibt es sicher einen Paragraphen im Gesetz, einen Artikel im Grundgesetz, der sich trefflich zitieren läßt. Wie das Grundgesetz ausgelegt werden muß, ob jedes Gesetz vernünftig ist, wie sein Sinn im gegebenen Fall auszuweisen ist, ob es überhaupt für jeden Fall das passende Gesetz gibt, wird nicht erwogen. In dieser Welt ist noch alles „hell“.

nur nicht der Zweifel an der eigenen „rechten Gestaltung“.

Sicher, die Polizei unternimmt ernsthaft Anstrengungen, ihre Mauern abzubauen, die ihr den Blick auf die Wirklichkeit versperren. Der neue Wissenschaftliche Direktor Götsch konnte erste Erfolge in der Reform der Lehrpläne erzielen. Dennoch: wie konnte es zu den brutalen Polizeieinsätzen kommen?

Das Problem der Polizei sind ihre Führer. Sie wenden noch heute ihre Erfahrungen aus einer Zeit an, in der der Staat immer Recht und der mündige Bürger immer Unrecht hatte. Die jungen Beamten werden von ihnen in eine Lage befohlen, in der sie versagen müssen. Innen muß bei jeder Aufgeschlossenheit der eigene Maßstab zur Beurteilung einer Situation fehlen, dazu sind sie — trotz ihres Bemühens — nicht ausgebildet worden. So werden sie zu einer hilflosen und daher unberechenbaren Herde in der Hand ihrer Führer.

„Nachdenken lähmt die Entschlußkraft“? Der Entschluß zur Kraftausübung lähmt

Ständen und jungen Polizisten erzielt werden.

Die Methode des Unterrichts allerdings läßt dem eigenen Urteil des jungen Polizisten wenig Spielraum. Eigenständiges Denken und Fragen, die vom starren Schema des Lehrplanes abweichen, bringen die Ausbilder in Verlegenheit. Was wader, daß sie Fragen unterdrücken und ihre eigene Unsicherheit durch forsches Auftreten wettmachen. Sie schüchtern ein, wo sie die erstmalig große Initiative der Schüler ermuntern, wo sie zur Diskussion anregen sollten. Die Lehrinhalte sind der unmöglichen Unterrichtslehre angemessen. Komplizierte Sachverhalte werden auf einfache Art gelöst: für jede fachliche oder politische Frage gibt es sicher einen Paragraphen im Gesetz, einen Artikel im Grundgesetz, der sich trefflich zitieren läßt. Wie das Grundgesetz ausgelegt werden muß, ob jedes Gesetz vernünftig ist, wie sein Sinn im gegebenen Fall auszuweisen ist, ob es überhaupt für jeden Fall das passende Gesetz gibt, wird nicht erwogen. In dieser Welt ist noch alles „hell“.

sie die Autorität des Staates und der demokratischen Gesetzmäßigkeit hinter sich haben.“
Wir sind erleichtert, daß sich die Richter so eindeutig dagegen gewandt haben, das „gesunde Volksempfinden“ der NS-Redtsprechung nicht auf dem politischen Umweg wieder in die Justiz einfließen zu lassen. Auch die „Bild-Zeitung“ war in der letzten Woche schon mit der Schlagzeile „Endlich — Schnellgerichte“ an ihre Lesergemeinde herangestritten. Dagegen haben die Richter sich geweigert, durch derartige Manipulationen zum „Büttel der Nation“ degradiert zu werden. Diese Haltung dient der notwendigen Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik. Ré

wenn ihnen die Argumente ausgehen.
Um sich selbst ein genaues Bild machen zu können, nahmen fünf Tage lang, vom 18.—22. März 1968, drei Mitglieder des ASLA und ein Mitglied des SDS am Unterricht in der Landespolizeischule und bei der Bereitschaftspolizei in Alsterdorf teil. Sie lernten die ganze Breite der Unter-

an den gesellschaftlichen Zuständen konnte oftmals Übereinstimmung zwischen

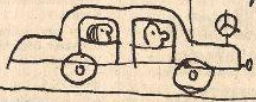
personale Gesetz gibt, wird nicht erwogen. In dieser Welt ist noch alles „heiß“. Nachdenken lohnt die Entschluß zur Kraftausübung lohnt das Nachdenken! WO

Führungsfehler und Willkür

Der berühmte Kommandeur der Hamburger Schutzpolizei, Leddín, gefährdet seit den Osterdemonstrationen nicht mehr allein Gesundheit und Sicherheit von Demonstranten, sondern auch die seiner untergebenen und befehlsabhängigen Beamten.
Trotz der Erfahrungen mit den Steinwürfen auf den Wasserwerfer gibt Leddín jetzt das Kommando zum Räumen und schickt seine Beamten ohne Deckung und Kopfschutz nach vorn. Mit gezogenen Gummiknüppeln setzen zwei Züge Polizisten über die erste Barrikade und werden prompt mit Steinwürfen von Demonstranten empfangen, die hinter einer zweiten Barrikade, die Leddín übersehen hatte, stehen. Innerhalb weniger Minuten werden sechs Polizisten erheblich verletzt, das Raumkommando flucht; Leddín befiehlt: „Zurück! Zurück!“ (ASTA-Dokument S. 4)
Während der Polizeiaktion gegen den Sitzstreik vor dem Polizeipräsidium am Ostermontag wendet Leddín eine bewährte und nicht minder brutale Taktik der Polizei an, die Gummiknüppelaktion nach dem Leberwurstprinzip, die schon am 2. Juni 1967 in Berlin zu einer Unzahl von schwerverletzten Demonstranten führte und immerhin die Absetzung des damaligen Berliner Polizeipräsidenten Duensing nach sich zog.
Kaum haben die Mannschaftswagen gestoppt, springen die Polizisten mit

gezogenen Knüppeln heraus, stellen sich in Zugformation auf, stürmen die etwa dreißig Meter zum Präsidium hinüber und beginnen sofort auf die sitzenden Demonstranten einzuschlagen. Eine Warnung ist laut übereinstimmenden Aussagen von Demonstranten nicht erfolgt. Diese Knüppelaktion orientiert sich nach dem Einverständnis Kommandeur Leddín am Leberwurstprinzip des ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Duensing. Es gibt ungezählte verletzte und bewußtlos geschlagene Demonstranten, die teilweise noch in diesem Zustand von Polizisten geschlagen und getreten werden. Es sind auffällig viele Mädchen unter den Verletzten, da sie sich nicht so schnell in Sicherheit bringen können.“ (ASTA-Dokument S. 9 u. 10)
Schließlich leistet Leddín persönliche Fleißarbeit bei der willkürlichen Festnahme von Leuten, die ihn ärgern. Seine gewalttätige Handschrift in solchen Fällen ist bekannt.
So nahm er eigenhändig den Tonbandamateure Erwin Huber im Kornträgergang fest und beschlagnahmte sein Band, weil dieser in sein Mikrofon sprach: „Jetzt geht er (Leddín) stolz und knippelschwingend hier vorbei.“ Leddíns Kommentar: „Ein kleiner Sachse. Er hat mich beleidigt.“
Das ist Willkür, Herr Leddín! Hoffentlich bekommen Sie bald Ihr Handwerk gelegt.

Liebes Krankenhaus *
Ich hab deine Rechnung am Vati gesehn, au wei!
Er sagt, wir müssen den 250 es € verkaufen. Der ist aber noch ganz neu.
Bitte nimm uns das Auto er nicht weg.



* Und das war die Rechnung:

Blasenkrankung	462 Tage Pflegekosten	
2. KIL		18.620,— DM
Operationen		3.000,— DM
Verloren, Labor usw.		1.483,— DM
		23.103,— DM

Harter Schlag, nicht wahr?
Die DKV hätte alle Kosten übernehmen können. Man braucht sich nur rechtzeitig bei Europas größter Privat-Krankenversicherung gegen hohe Krankheitskosten zu versichern!

DKV DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A-G.
Filiälin: Hamburg, Kleine Johannisstr. 8/11, 42 16 8

Dezember 1968:

Vermutlich im Dezember erscheint in Hamburg durch das Anarchokollektiv der 'Partisan' Nr.2. Dokumentiert wird ein Flugblatt der Rechtshilfe Hamburg zum "Verhalten der Demonstranten gegenüber der Polizei". Ein Foto zeigt den Polizeieinsatz am Ostermontag, den 15.4.1968. Bekanntgegeben wird, dass die "Prozesswelle rollt". Von Detlef Albers erscheint der Artikel "Ansätze unmittelbarer Demokratie in der Studentenbewegung – ein Beitrag zur Rezeption des Rätegedankens". Berichtet wird im zweiten Teil auch über den "Verlauf der Aktionen in Hamburg" im Anschluss an das Attentat auf Rudi Dutschke (vgl. 11.4.1968, 17.4.1968).

Q: Partisan Nr.2, Hamburg o. J., S.14f und 50ff

einmünden in den Versuch, Bedingungen und Möglichkeiten einer Revolutionierung der Gesellschafts- und Bewusstseinsstrukturen, ausgehend von den großen Zentren des öffentlichen Lebens, den Städten, zu klären. Dabei wird man sich immer wieder auf empirische Untersuchungen stützen müssen. Gegenstände unserer Untersuchungen werden z.B. die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden, die in den Städten zentralisierten Institutionen die öffentlichen Lebens, die Formen der städtischen Kommunikation, kulturelle Strukturen usw. sein.

Damit unsere Arbeit nicht im akademischen Nief versinkt, soll sie immer wieder in Aktionen konkretisiert und aktualisiert werden.

Für Interessierte wird unser Arbeitskreis in 1. Stock des Republikanischen Clubs Hamburg in einem kleinen Raum ein Informationszentrum einrichten, wo wir Literaturlisten, wichtige Adressen und Arbeitsmaterial zugänglich machen wollen. Zunächst wollen wir dort Material über die "Weißen Kreise" sammeln.

Zum Problem des Städtebaus erscheint auf Seite 125 eine kurze Besprechung des Buches "Tod und Leben großer amerikanischer Städte" von Jane Jacobs, Ullstein Bauwelt Fundamente Nr. 4, Ullstein Verlag, Berlin-Frankfurt-Wien 1965.



Osternmontag: Einsatz schleswig-holsteinischer Bereitschaftspolizei vor dem Hamburger Polizeipräsidium.

Verhalten der Demonstranten gegenüber der Polizei

1. Vorladungen der Polizei und Staatsanwaltschaft brauchen Sie nicht zu beachten. Beide haben kein Recht, Sie zwangsweise vorzuführen.
2. Vorladungen des Gerichts müssen befolgt werden, sonst können Sie mit Zwang vorgeführt werden.
3. Bei Festnahmen müssen der Polizei bzw. der Staatsanwaltschaft die Personalien angegeben werden.
4. Die Personalangaben (Name, Geburtsdaten, Wohnung, Beruf) müssen Sogendbor eipon Richter ebenfalls angegeben werden.
5. Keine Aussage zur Sache machen, wenn Sie festgenommen sind. Aussage auch verweigern, wenn Ihnen ein Haftbefehl angedroht wird. In diesem Fall lassen Sie sich telefonisch mit Ihrem Rechtsanwalt verbinden bzw. mit einer Vertrauensperson, die Ihnen Ihren Rechtsanwalt besorgt. Es ist besser, einige Zeit länger in Haft zu bleiben, als sich durch eine vorläufige Aussage selbst zu belasten.
6. Einen Haftbefehl kann nur ein Richter erlassen. Wird Ihnen ein Haftbefehl angedroht, bitten Sie sofort zu einem Richter geführt zu werden, sobald Sie mit Ihrem Rechtsanwalt Kontakt aufgenommen haben.
7. Aussage zur Sache auch vor Gericht nach Vorladung oder Festnahme verweigern, bevor Sie nicht mit Ihrem Anwalt gesprochen haben. Nur er kann die Akte einsehen und mit Ihnen besprechen, was Ihnen vorgeworfen ist und ob es richtig ist, überhaupt auszusagen oder nicht.
8. Sachen dürfen bei der Festnahme weggenommen bzw. vorläufig beschlagnahmt werden. Immer Quittung verlangen.
9. Schritte oder Fahrtritte braucht sich ein Demonstrant bei der Festnahme nicht gefallen zu lassen. Geben Sie Mitteilungen sofort zu Protokoll, auch wenn Sie sonst zur Sache nicht aussagen. Sichern Sie sich die Namen von Zeugen (anderer Demonstranten, Presse) und verlangen Sie die Dienstnummern der Polizeibeamten.
10. Hausdurchsuchung ist nur erlaubt, wenn darüber ein Gerichtsbeschluss vorliegt und Ihnen ausgehändigt wird. Die Polizei darf Räume ohne Gerichtsbeschluss nur durchsuchen, wenn sie auf frischer Tat betroffen werden bzw. wenn Gefahr im Verzuge ist. Verlangen Sie immer die Dienstnummer des Einsatzleiters und eine schriftliche Bestätigung der Durchsuchung.

11. Erkennungsdiensliche Behandlung darf durchgeführt werden, wenn sie für eine bestimmte Strafsache oder zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung unerlässlich ist. Die Polizei hat jetzt die Praxis, alle Demonstranten, also politische Täter, zu fotografieren. Ihr Recht dazu ist umstritten. Dennoch protestieren und passiv sullen. Aktiver Widerstand ist taktisch falsch.
12. Rechtshilfe: Sobald Sie von einem Ermittlungsverfahren der Polizei oder Staatsanwaltschaft gegen Sie erfahren, setzen Sie sich sofort mit dem Arbeitskreis Justiz im Republikanischen Club, Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 95, Telefon: 41 78 15 (regelmäßiges Treffen: mittwochs von 18.30 bis 20.00 Uhr) in Verbindung.
13. Machen Sie für sich und Ihren Anwalt eine Darstellung Ihres Falles. Bemühen Sie sich um Zeugen, die die Behauptungen der Polizisten widerlegen, z.B. wenn Sie bei der Festnahme geschlagen wurden, Ihnen jetzt aber Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen wird. Der Rechtshilfefonds übernimmt soweit wie möglich die Kosten der politischen Prozesse gegen Demonstranten.

Spenden auf das Konto Nr. 90 338 der Bank für Gemeinwirtschaft für Republikanischer Club Hamburg Rechtshilfe (verantwortlich: Arwed Milz, Hamburg 13, von-Melle-Park 17)

PROZESSWELLE ROLLT

Gegen mehr als 2000 Studenten, Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter, die Ostern vor Springerhäusern demonstrierten, sind gegenwärtig Prozesse anhängig. Weitere Verfahren befinden sich noch im "Ermittlungsstadium". Wie einige Beispiele, etwa in Bielefeld, Bremen, Berlin gezeigt haben, ist es mitunter durchaus möglich, diese Prozesse in Springer-Tribunale umzufunktionieren, da die Gerichte verpflichtet sind - und dieser Verpflichtung in Ausnahmefälle sogar nachkommen - Hintergrundanalysen zu liefern.

Eine umfangreiche Materialsammlung für diese Zwecke ist die zweite, verbesserte Auflage der Dokumentation "DAS BILD DER APO", die bei der Deutschen Pfadfinderschaft "St. Georg" in Berlin erschienen ist. Die Publikation enthält Polizeiberichte, Analysen, APO-Stellungnahmen, Berichte und Kommentare der Springer-, OML- und NPD-Presse und kostet DM 5,-. Diese für jeden Angeklagten und alle an den Prozessen Interessierten fast unentbehrliche Schrift - ebenso wie vieles andere Hintergrundmaterial - gibt es natürlich im SPARAKUS - LADEN

Hamburger Nazi-Juristen

1. Arland, Friedrich /1904
F: Staatsanwalt b. Sondergericht Prag
H: Amtsgerichtsrat in Hamburg
2. Bartz, Hans, Dr. /1901
F: erster Staatsanwalt b. Sondergericht Frankenthal
H: Oberstaatsanwalt in Hamburg
3. Behr, Bernhard, Dr. /1900
F: Landgerichtsrat b. Sondergericht Hamburg
H: Landgerichtsdirektor in Hamburg
4. Bergmann, Leo /1907
F: Landgerichtsrat b. Sondergericht Königsberg
H: Landgerichtsdirektor in Hamburg
5. Beyling, Günter /1904
F: Staatsanwalt b. Sondergericht in Linz
H: Staatsanwalt in Hamburg
6. Buck, Roland /1903
F: Marine-Oberstabsrichter Sicherung/Ostsee
H: Amtsgerichtsrat in Hamburg
7. Claussen, Kai /1910
F: Landgerichtsrat b. Sondergericht Hamburg
H: Senatspräsident b. Oberlandesgericht Hamburg
8. Damann, Marcus /1914
F: Landgerichtsrat b. Sondergericht Hamburg
H: Oberlandesgerichtsrat in Hamburg
9. Eckardt, Erich, Dr. /1900
F: Oberkriegsgerichtsrat b. d. Kommandatur von Gross-Parie; NSDAP, SS, usw.
H: Oberlandesgerichtsrat in Hamburg
10. Fadder, Julius, Dr. /1900
F: Amtsgerichtsrat b. Sondergericht Hamburg
H: Landgerichtsdirektor in Hamburg
11. Franheim, Otto, Dr. /1901
F: Landgerichtsrat b. Sondergericht Hamburg
H: Landgerichtsdirektor in Hamburg
12. Fürstenhagen, Heinz-Otto, Dr. /1905
F: Marine-Oberstabsrichter b. d. 9. Sicherungsdivision
H: Senatspräsident in Hamburg
13. Gram, Hans, Dr. /1906
F: Ministerialrat im Nazijustizministerium; für-derndes Mitglied der SS.
H: Senatspräsident b. Oberlandesgericht Hamburg; erster Vorsitzender d. Hamburg. Richtervereins

II. Verlauf der Aktionen in Hamburg

Der in unserem Zusammenhang wichtige Abschnitt in der Hamburger Studenten- und später APO-Bewegung setzt ein mit den Anti-Springer-Demonstrationen Ostern 1968, die unmittelbar durch das Attentat auf Rudi Dutschke am Gründertag, dem 11.4.1968, ausgelöst wurden. Dabei kann hier weder auf die Ursachen des Attentats noch auf die Entstehung der Anti-Springer-Kampagne, die Hamburg bis dahin kaum erreicht hatte, eingegangen werden. Auch die vorausgegangene Entwicklung der politischen Hochschulgruppen und der allgemeinen Auseinandersetzungen an der Hamburger Universität muß hier außer Acht bleiben; ebenso werden parallel laufende Handlungsebenen ausgeklammert, die sich auf die hier zu untersuchenden Ansätze und Aktionen nicht unmittelbar auswirkten. Erwähnt sei noch, daß der Verfasser selbst aktiv an den hier behandelten Demonstrationen beteiligt war und sich dabei zum "linken SHB-Flügel" zählte, eine Gruppierung, die den SHB in den geschilderten Auseinandersetzungen konsequent als Bestandteil der APO auch gegenüber der SPD verstand und schließlich als Ergebnis der Aktionen für Doppelmitgliedschaften zwischen SHB und SDS als Vorstufe zu Fusionierungsverhandlungen auf lokaler und überregionaler Ebene eintrat.²¹⁾

21) Dieses Ziel, das uns gegen Ende des Semesters als naheliegende Konsequenz praktizierter Aktions-einheit erschien, das zudem "putschistische" Gefahren des einen und "revisionistische" des anderen Verbandes beheben konnte ist nach der Saarbrücker HDV des SHB wieder in weitere Ferne gerückt. Dort wurden zwar alle Unvereinbarkeitsbeschlüsse zwischen SHB und SDS aufgehoben, aber eine weitergehende inhaltliche wie formale Annäherung an den SDS unterblieb.



Als uns am späten Nachmittag des 11. April die Nachricht vom Anschlag auf Rudi Dutschke erreichte, kam es noch am gleichen Abend zu einem ersten spontanen Demonstrationsszug durch die Hamburger Innenstadt. Einige hundert Studenten trafen sich vor Springers "AMENDELATT"-Geschäftsstelle am Gänsemarkt, mehrere Lederschleiben wurden zertrümmert, erregten aber an diesem Abend nicht einmal die Polizei. Alle, auch die SDS-Sprecher, die zu dieser Demonstration aufgerufen hatten, waren so verwirrt, daß niemand auf die Idee kam, sofort zum Springerhaus zu ziehen, das um diese Zeit wahrscheinlich noch ungeschützt war. Man zog von einer Springer-Filiale zur anderen; alle wußten, und das blieb auch in den folgenden Tagen ganz unbestritten, daß Springers Zeitungen die wichtigste, wenn auch indirekte auslösende Ursache für das Attentat darstellten. Aber außer ohnmächtigen Sprechschreien wie "BILD hat mich geschossen" u.ä. kam es an diesem Abend zu keinen weiteren Vorfällen. Hier ist anzumerken, daß nicht nur alle von dem Attentat völlig überrascht waren, sondern daß es auch zu einem Zeitpunkt bekannt wurde, als sich unmittelbar vor den Osterfeiertagen und dem anschließenden Semesterbeginn nur sehr wenige Studenten "demonstrationsbereit" in den Univer-sitäten aufhielten. Es ist nicht ohne Ironie festzustellen, daß so die ersten gemeinsamen Demonstrationen mit Schülern und jungen Arbeitern gewissermaßen "aus Versehen" zustande kamen, weil einfach genügend Studenten fehlten. Jedenfalls ist für die gesamten Osterdemonstrationen charakteristisch, daß es fast vom Zufall abhängt, wer in jenen Tagen als Akteur auftrat. Dem bis zuletzt weitgehend spontanen Verlauf dieser Aktionen entsprechend, gelang es auch während der Ostertage nicht, einen einigermaßen zusammenhängenden operierenden Ausschuß oder dergleichen zu bilden. Dem ist auch die Osterdemonstration in unserem Zusammenhang gerade ein Beispiel für den Ablauf einer nicht geplanten, organisatorisch weitgehend unvorbereiteten Aktionsform.²²⁾

Am Karfreitag, dem 12. April, als die ersten Berichte über die unmittelbaren Reaktionen in Berlin vorlagen, riefen dann SDS, SHB und ASTA gemeinsam zur Anti-Springer-Demonstration auf. Verschiedene Redner forderten einen Zug durch die Innenstadt mit anschließender Blockade der Springer-Druckereien. Andere Vorschläge, wie etwa den in der Staatsoper weilenden Bürgermeister Weichmann zur Diskussion zu stellen, wurden nicht ernsthaft verfolgt und schnell fallengelassen. Als die Demonstranten vor dem Springerhaus eintrafen, stand ihnen eine gut

22) Wenn sich in der Öffentlichkeit, nicht zuletzt in betroffenen Teil der Presse, dennoch hartnäckig das Gerücht eines zentral gesteuerten Anschlags auf die Pressefreiheit Axel Springers hielt, ist das bestenfalls als Ausdruck der allgemein explosiven Spannung jener Tage zu werten.

vorbereitete, wenn auch noch improvisiert verteilte Polizei gegenüber die das gesamte Presseviertel mit mindestens einem Dutzend Haupt- und Nebenstraßen abgesperrt hatte. Die Demonstranten verteilten sich ebenfalls und errichteten an den Seitenausgängen des Springervierteils Barrikaden. Vor allem gelang es, am Hauptausgang Kaiser-Wilhelm-Straße mit weit über 1000 Demonstranten zusammenzubleiben. So wurde über mehrere Stunden tatsächlich eine blockadeähnliche Absperrung erreicht. Ein ausgerechnet über die Notbrücke der U-Bahn-Baustelle unternommener Anbruchversuch der Polizei scheiterte trotz Wasserwerfer und Knüppelinsatz an den heftig umkämpften Barrikaden. Erst spät am Abend gelang es einem massierten Polizeiaufgebot unter rücksichtsloser Anwendung von Tränengas, Gummiknütteln und Wasserwerfern gegen sitzende Demonstranten, durchzubrechen und die Zeitungswagen herauszuschleusen. - "BILD weicht dem Terror nicht", wie es dann in einer Schlagzeile am Ostermontag hieß.

Die nächste Demonstration am Ostermontag, dem 15.4., war weitgehend ähnlich angelegt wie am Karfreitag. Den organisatorischen "Aufhänger" bot die Abschlussskundgebung des "Ostermarsches 68" auf der Moorweide, an die sich der Aufruf zur Anti-Springer-Demonstration anschließen sollte. Dabei kam es zum ersten innerstudentischen Konflikt, als der ASTA-Sprecher plötzlich vor den schon versammelten Demonstranten von allen weiteren Aktionen abriet, während SHB und SDS nachdrücklich auf der Fortführung der Demonstration bestanden. Obwohl sich auch diesmal

4 - 5000 Demonstranten anschlossen, war der Blockadeversuch nicht durchzuhalten. Die Polizei ging sehr viel härter und systematischer vor und lieferte gegen Mitternacht etwa 1500 Demonstranten vor dem Polizeipräsidium, wo die Freilassung aller vorbeugend inhaftierten SDS-Mitglieder gefordert wurde, den blutigsten Einsatz während der Ostertage überhaupt.

Der nur symbolische Erfolg der Blockadeversuche, die demoralisierende Wirkung des Polizeieinsatzes und die extrem negative Reaktion der westdeutschen Öffentlichkeit²³⁾, die nun Studenten und "Kocker"

23) Erst eine Woche später rückte der "stern" mit dem freilich nur kokettierenden Titel "Ist die Revolution noch zu stoppen?" das Bild wieder einigermaßen zurecht. Mag in den Ablauf der Demonstrationen auch manche Parallele zum Mord an Martin Luther King und die Reaktion der amerikanischen Neger darauf hineingespielt haben, so erschienen uns im Nachhinein die Osterdemonstrationen doch als die inhaltlich radikalste Aktion der APO, wenn es nur gelungen wäre, die Demonstrationen tatsächlich zentral zu koordinieren, und andererseits ihre bewußtseinsmäßigen Konsequenzen - etwa zum Prinzip des Widerstands und der Gegengewalt - auch in den nächsten Wochen durchzusetzen.

gemeinsam als Terroristen zu entlarven meinte, löbte in den folgenden Wochen heftige innerstudentische Diskussionen über das weitere Vorgehen aus. In einem Meeting am 17. April begnügte der ASTA vor "Demonstrationspausen" die solange dauern sollte, bis sie (die Studentenvertreter) die Gewaltlosigkeit der Demonstrationen auch dann gewährleisten können, wenn sich andere Gruppen in ihre Reihen einschleichen.²⁴⁾ Die linken Studentengruppen hatten der Wirkung dieser Forderung, die in der Hamburger Öffentlichkeit besonders beifällig aufgenommen wurde, zunächst wenig entgegenzusetzen. Erst am 24. April gelang es, auf einer vom SDS einberufenen studentenversammlung eine neue Demonstration für den 1. Mai zu beschließen und einen sofort gewählten Aktionsausschuss - vor allem aus Mitgliedern des SHB und SDS - mit der Vorbereitung zu beauftragen. Dennoch konnte der ASTA einen Tag später seine politik der Demonstrationspausen im studentischen Parlament durchsetzen: "Es wäre unverantwortlich, weitere Aktionen zu unternehmen, die nur zu einer erneuten Verhärtung der Fronten führen würden. Die Studentenschaft beschließt daher, die Maidankundgebungen weder durch Gegenveranstaltungen noch durch Unterlaufen von Gewerkschaftsveranstaltungen unnötig zu stören, weil jede derartigen Situation die Unruhe sofort den Studenten angeliefert würde."²⁵⁾

Trotzdem nahm der Aktionsausschuss 1. Mai sofort seine Arbeit auf. Nachdem die Gewerkschaften jede Zusammenarbeit ablehnt hatten - selbst "BILD AM SONNTAG" kündigte "ein großes Volkfest mit abwechslungsreichem Programm" für den 1. Mai an und konstatierte: "Die politischen Akzente sind sparsam gesetzt"²⁶⁾ -, mußten wir durch eine Gegenkundgebung die erwarteten 100 oder Schiefer übernehmen seit dem 26. 4. die Verteilung, ein anderes Komitee aus Arbeitern und Studenten verteilte eine Woche lang täglich Flugblätter im Laufen. Immer mehr Organisationen, darunter auch die gewerkschaftliche Studentengruppe, schlossen sich als Silvernstanter an; schließlich lassen auch die Hamburger Jungsozialisten zwei Redner auf der APO-Kundgebung stellen zu dürfen, auch der Leitartikel des "HAMBURGER ABENDELATTES" wußte noch am

24) Drucksache Nr. 2b des Hamburger Studentenparlaments.

25) Drucksache Nr. 21j des Hamburger Studentenparlaments (Hervorhebung durch den Verf.)

26) Wams, 28.4.1968.

